

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Anzeigen und Berichtigungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das istgedruckte Wort 20 Pf. (zählend 2 setzgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

## Der Papst und die christlichen Gewerkschaften.

II.

Dennoch, trotzdem der „aufrührerische Geist“ in den christlichen Gewerkschaften um sich griff und sie nicht nur zur Stellung höherer Lohnforderungen, sondern auch verschiedentlich zu kleinen Arbeitseinstellungen trieb, ließ der Klerus zunächst die christlichen Gewerkschaften gewähren und beschränkte sich auf stille Ermahnungen. Das änderte sich, als in den Jahren der industriellen Hochkonjunktur, 1899 und 1900, auch die christlichen Arbeiter von dem niederrieselnden reichen Goldregen etwas zu erlangen trachteten, und in diesem Bestreben bei den protestantischen wie bei den katholischen Unternehmern gleichmäßig auf jähren Widerstand stießen. Wollten die christlichen Gewerkschaften nicht auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder verzichten und den freien Gewerkschaften das Feld überlassen, mußten sie den Kampf gegen die Unternehmerschaft aufnehmen. Und tatsächlich sahen sie sich denn auch alsbald in verschiedenen Lohnkämpfen verwickelt.

Das paßte der katholischen Unternehmerschaft durchaus nicht. Die christlichen Gewerkschaften waren zu dem Zweck gegründet, die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften zu bekämpfen, nicht aber Lohnkämpfe gegen ihre katholischen „Arbeitgeber“ zu führen. Aus den verschiedensten industriellen Kreisen des Rheinlandes liefen Proteste gegen das Verhalten der christlichen Gewerkschaften ein, darunter auch aus dem schwärzesten aller schwarzen Bezirke: aus München-Grudbach, der Zentrale des katholischen Volksvereins und der christlichen Arbeiterbewegung, dem Kreis, in welchem der große Sozialpolitiker des Zentrums, Herr Hitze, jahrelang gewirkt und geredet hatte. Als im November 1899 in München-Grudbach eine Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes gegründet werden sollte, da erhoben die vereinigten Eisen- und Stahlindustriellen des Grudbacher Kreises energischen Protest und warnten ihre Arbeiter, sich an dem christlichen Verbands zu beteiligen, „weil er das bisherige gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unbedingt zerstören wird“.

Und doch verhielten sich im ganzen die christlichen Gewerkschaften recht maßvoll; nur wenn die Unternehmer sich allzu halsstarrig verhielten und jede Forderung, auch die bescheidensten, ablehnten, griffen sie zum Streik. Auf ihrem ersten Kongress, 1899 zu Mainz, hatten sie sich nicht nur wieder zum sozialistischen Male zum Christentum bekannt, sondern auch in ihren Leitfäden ausgesprochen, „daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen hätten. Darum solle“, heißt es weiter, „die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von verständlichem Geiste durchweht und getragen sein; die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschieden vertreten werden. Der Ausstand aber darf nur als letztes Mittel und wenn Erfolg verheißend angewandt werden.“

Solches Bekenntnis zum Christentum war der katholischen Unternehmerschaft jedoch herzlich gleichgültig. Nach ihrer Ansicht war die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung ein Krebsgeschwür, wenn sie, statt die Sozialdemokratie zu bekämpfen, selbst Lohnkämpfe einleitete. Gegen solche Verletzung der sittlichen Weltordnung müsse unbedingt die Kirche mit ihrer hohen Autorität einschreiten. Die Klagen der katholischen Industriellen über die christlichen Gewerkschaften mehrten sich und fanden, unterstützt von den wohlhabenden Handwerksmeistern und dem halbfeudalen Adel, bei dem in mittelalterlichen Wirtschaft- und Standesanschauungen befangenen höheren Klerus offene Ohren. Als auf dem zweiten christlichen Gewerkschaftskongress in Frankfurt am 3. und 4. Juli 1900 die Mehrheit der Ansicht zustimmte, daß die unter der Arbeiterschaft bestehende Verschiedenheit der Weltanschauung sie nicht zu hindern brauche, ihre wirtschaftlichen Interessen gemeinsam zu vertreten, also unter Umständen die christlichen Gewerkschaften bei Lohnkämpfen mit den freien Gewerkschaften zusammenzugehen könnten — da platzte die Bombe. Der Episkopat ergriff sofort die Gelegenheit, gegen die christlichen Gewerkschaften vorzugehen. Am 22. August 1900 erging ein Beschluß des preussischen Episkopats, das sogenannte Fuldaer Pastorale, worin erklärt wurde, daß „es keiner religiös-neutralen Neuschöpfungen bedürfe, um die materiellen Interessen der christlichen Arbeiterschaft zu verteidigen und zu fördern, sondern daß die katholischen Arbeitervereine befähigt und stark genug seien, neben der geistigen Wohlfahrt auch die materiellen Standesinteressen ihrer Mitglieder zu vertreten“.

Damit waren die „christlichen“ Gewerkschaften prinzipiell verworfen. Und noch schärfer griff Erzbischof Noerber in Freiburg ein, indem er in einem Hirtenbriefe vom 11. Oktober 1900 erklärte, die christlichen Gewerkschaften hätten bewiesen, daß das Wort „christlich“ ein leerer Schall und ein bloßes Aushängeschild sei, während sie tatsächlich die Vereinigung mit der Sozialdemokratie anstrebten. Und dieser Parteimahne der preussischen Bischöfe folgte alsbald die offene Parteimahne des „Heiligen Stuhls“. In

einer gegen die Bestrebungen der christlichen Demokratie gerichteten Enchiridion vom 18. Januar 1901 erklärte der Papst: „Darum darf der christlichen Demokratie nichts heiliger sein, als die Gerechtigkeit; das Gewerbe- und Besitzrecht muß sie für unantastbar erklären; sie achte den Unterschied der Hände, die da für ein geordnetes Staatsleben wahrlich notwendig sind... Demnach ist klar, daß die Sozialdemokratie und die christliche Demokratie nichts miteinander gemein haben... Dem Gesagten entsprechend darf der Katholik, der sich zugunsten der Besitzlosen bemüht, weder praktisch noch theoretisch darauf ausgehen, eine Staatsform auf Kosten der anderen vorzuziehen und sie zur Einführung zu bringen. Auch ein anderer Mißgriff muß von der christlichen Demokratie vermieden werden. Sie darf nichts tun, um den Vorwurf zu verdienen, sie wende dem Volke der niederen Stände dermaßen ihre Sorge zu, daß die höheren Stände von ihr vernachlässigt werden. Die Leistungen der letzteren sind doch sicherlich für die Erhaltung und Vervollkommnung des Staatswesens von nicht geringerer Bedeutung.“

Solche Wahrung der Interessen der „höheren Stände“ des katholischen Volkes durch den „Arbeiterpapst“ gefiel natürlich der katholischen Bourgeoisie wie dem adeligen Großgrundbesitz und stärkte deren Verlangen, der deutsche Episkopat möchte der christlichen Gewerkschaftsbewegung entschieden entgegenzutreten. Und diese wohlhabenden Schichten spielen heute im deutschen Katholizismus und im Zentrum eine ganz andere, bedeutendere Rolle als zur Kulturkampfzeit. Das Zentrum begann seine Existenz im wesentlichen als konfessionelle Mittelstandspartei und wurde groß als Oppositionspartei. Die Mittelschichten, in manchen Gegenden sogar die Kleinbürgerlichen Schichten, hatten das Uebergewicht, und dieser Zusammensetzung entsprechend überwogen im Zentrum die antikapitalistischen und antiputokratistischen Tendenzen. Die Konservierung der alten rückständigen, handwerksmäßigen Betriebsweisen erschien seinen Leitern als eine der Hauptaufgaben.

Doch mit der Beendigung des Kulturkampfes und dem Vordringen des Kapitalismus in den katholischen Gegenden änderte sich auch die Konstitution des Zentrums. Kirche und Zentrum machten den Wandel der Zeiten mit und paßten sich den Anforderungen des Kapitalismus an, den sie nicht zurückhalten vermochten. Die Mittelschichten verloren ihre ausschlaggebende Bedeutung. Die kapitalistische katholische Bourgeoisie nahm ihre Stellung ein — und neben dieser errang der Klerikale Adel und Großgrundbesitz, der sich während der Kulturkampfzeit dem Zentrum angeschlossen hatte, eine wichtige Position. Um diese agrarisch-feudalen Schichten nicht zu verlieren, mußte das Zentrum, als die Bewegung für die Einführung der Agrarzölle einsetzte, den Zollwünschen dieser Kreise Rechnung tragen. Dadurch hielt es zwar den abligen und großdauerlichen Grundbesitz bei seiner Fahne, geriet dafür aber in solchem Maße unter die Vormachtigkeit der agrarischen Elemente, daß es sich bekenntlich bei den letzten Zollkämpfen gegenwärtig sah, mit den Agrarconservativen in Reih und Glied zu marschieren.

Diesem heute in der katholischen Kirche wie im Zentrum höchst einflussreichen Kreise ist aber die christliche Gewerkschaftsbewegung aufs äußerste zuwider, zumal die christlichen Gewerkschaften sich nicht einfach dem Diktum der Bischöfe fügten, sondern gegen das Fuldaer Pastorale protestierten, während der Zollkämpfe der Jahre 1901/02 verschiedentlich gegen die hohen Zollforderungen des katholischen Großgrundbesitzes Verwahrung einlegten und selbst davor nicht zurückschreckten, bei einigen Lohnkämpfen, so z. B. beim großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905, mit den freien Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen.

Seit Jahr und Tag bemühen deshalb diese Elemente ihren Einfluß, um nicht nur den deutschen Episkopat, sondern Rom selbst zu einem vernichtenden Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften zu bestimmen. Nichts ist verkehrter, als wenn behauptet wird, die jüngsten abfälligen Neußerungen des Papstes Pius X. entsprängen lediglich einer Laune. Seit Jahren wird vielmehr systematisch in Rom gegen die christlichen Gewerkschaften gehetzt, von feudal-adeliger wie geistlicher Seite.

An der Spitze dieser Mächenschaften steht der Kardinal Kopp von Breslau, der Verächter des „faulen Westens“, dem nicht nur als streng konservativen Vertreter des kirchlichen Autoritätsprinzips, sondern zugleich als Großkapitalisten die christlichen Gewerkschaften ein Greuel sind, denn Se. Eminenz dürften so ungefähr 15 bis 20 Millionen Mark besitzen, die zum Teil recht profitabel angelegt sein sollen. Und sein erster Assistent ist der Prälat Franz, ebenfalls ein guter Kapitalist, der an allerlei großen kapitalistischen Unternehmungen beteiligt ist und auch 1900 im Auftrage des Kardinals Kopp das oben erwähnte Fuldaer Pastorale verfaßt hat.

Es sind also große politische und wirtschaftliche Gegensätze, die hinter dem päpstlichen Vorgehen gegen die christlichen Gewerkschaften stecken, und deshalb ist es auch völlig verkehrt, wenn einige liberale Blätter meinen, der Streit werde ungefähr auslaufen wie das Hornberger Schießen. Mögen die christlichen Gewerkschaften, wie sie das bereits in letzter Zeit getan haben, sich noch so reaktionär und „gut katholisch“ geben, mögen sie, um den drohenden Schlag

abzuwehren, katholische Bekenntnisversammlungen abhalten, die Wahlrechtsmogeleien der Zentrumsfraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses für große Freiheitskämpfe erklären und gegen die Sozialdemokratie nach allen Regeln kirchlicher Kunst schimpfen: alle diese Kraftanstrengungen werden sie nicht davor bewahren, von der Kirche kastriert zu werden.

Uns kann es recht sein. Nimmt der deutsche Episkopat die christlichen Gewerkschaften unter die Kirchenzucht und drückt ihre Bedeutung auf das Niveau der Berliner Fachabteilungen oder der katholischen Gesellenvereine herab, so werden gerade die intelligenteren und energischeren ihrer heutigen Mitglieder die Vertretung ihrer Interessen gegen den übermächtigen Kapitalismus in anderen Vereinen suchen. Wenn nicht gleich, so werden sie um so sicherer später in den freien Gewerkschaften landen. Ein durchaus akzeptabler Erfolg der kapitalistischen Kardinal- und Prälatenpolitik.

## Die russischen Flottenrüstungen und der imperialistische Kurs.

I. Neue Tendenzen in der russischen Rüstungspolitik.

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß die neuen Anzeichen einer revolutionären Massenbewegung im zaristischen Reich zusammenfallen mit verstärkten Rüstungen und einer größeren Aktivität der russischen Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Hier wie dort treten dieselben Tendenzen in Erscheinung, die einerseits den japanischen Krieg, andererseits die Revolution heraufbeschworen: auf dem einen Pole — gewaltige Erüstungspläne, Heeres- und Marinerrüstungen, Forderungen einer kräftigen imperialistischen Politik, Anzettelung, Anzettelung internationaler Schwierigkeiten und Konflikte; auf dem anderen Pole — Sammlung der revolutionären Kräfte, Politisierung der breiten Volksmassen, Verschärfung der Klassenkämpfe und Zuspitzung der gesamten inneren Lage.

Nach dem Zusammenbruch der russischen Militärmacht und der Vernichtung der Flotte im japanischen Kriege galt die „Regeneration“ der Armee und der Flotte als die wichtigste Aufgabe der konterrevolutionären Regierung. Die geschlagene Armee hatte zwar noch zur Not ausgereicht, die revolutionäre Erhebung der Arbeiter und der Bauern niedergzuwerfen, und die vor dem Feinde geflüchteten Generale (Orlov, Rennenkampf u. a.) verübten „Minder der Zäpferheit“ gegenüber dem wehrlosen Volke — aber als Großmacht war das besiegte, innerlich zerrüttete Rußland aus der Weltpolitik ausgeschaltet. Es galt zu dieser Zeit als oberster Grundsatz der Regierung und der herrschenden Parteien allen äußeren Konflikten aus dem Wege zu gehen, die vorhandenen Kräfte nach innen zu konzentrieren und auszubauen, und durch Anschluß an die neu gebildeten Mächtegruppierungen Eingang in die internationale Politik zu erlangen. Die tiefe Unterstützung des westeuropäischen Vorkapitals lieferte dem Zarismus die Möglichkeit, diesen Aufgaben mit großer Energie nachzugehen, während der deutsche englische Gegenpart ihm sehr bald zu einer einflussreichen Rolle in der internationalen Politik verhalf. Parallel damit ging eine ähnliche Entwicklung im Innern vor sich. Das Großbürgertum, das neben dem Junkertum starken politischen Einfluß erlangt hatte, sah in der Stärkung der Militärmacht ihre erhabenste politische Aufgabe, einmal, um ihren Einfluß in der Armee zu verankern und ihre Vormachtstellung dem „inneren Feinde“ gegenüber zu bewahren, andererseits, um sich an den Rüstungen zu bereichern und gestützt auf die Armee auf neuen kolonialen Raub im nahen und fernen Osten auszugehen. Auch das oppositionelle Kleinbürgertum geriet sehr bald in das Fahrwasser des Militarismus und Imperialismus, und seine politische Vertretung, die Kadettenpartei, bewilligte nicht nur den Militäretat und das Heereskontingent, sondern machte auch als „Er. Majestät Opposition“ fast die gesamte Außenpolitik des Zarismus mit.

Vorderhand wurde die Hauptaufmerksamkeit auf die „Reformierung“ der Heeresorganisation, auf den Bau neuer strategischer Bahnen, auf die Verstärkung der Schlagkraft der Armee gerichtet. In den letzten 5 Jahren wurden für die Armee 3262 Millionen Rubel verausgabt, und die strategischen Bahnen, voran die berühmte Amurbahn, verschlangen Hunderte von Millionen. Zwar ist die russische Militärmacht auch heute den Bestmachten nicht gewachsen, zwar sieht ein guter Teil der grandiosen „Regenerationspläne“ der Armee auf dem Papier und diese Millionen, die der Militarismus vom Volke erpreßt, sind in den weiten Taschen diebischer Generale verschwunden, aber an den Verhältnissen nach dem Kriege gemessen ist dennoch ein Fortschritt eingetreten. Mit seiner Friedenspräsenzstärke von 1.4 Millionen und seinem Heeresetat von 543 Millionen Rubel (für 1911) steht Rußland an der Spitze aller Militärmächten. Im Vergleich mit dem Heeresressort hat das russische Marinereffort in dieser Zeit schärflich abgenommen. Die Schmach von Tsushima brannte heftiger im Gedächtnis, und die Unfähigkeit und Schamerei des Marinerefforts traten greller zutage als die Korruption des Kriegsministeriums mit seinen Lieferungsstandolen und Intendanturprozessen. Das Wesentlichste aber war, daß die Konterrevolution es mit neuen Flottenrüstungen nicht so eilig hatte als mit ihren Heeresrüstungen. Allerdings wurden alljährlich neue Kredite für Schiffsbauten gesordert und mit oder ohne Zustimmung der Duma erlangt, es wurde aber der führenden Partei der dritten Duma, den Okzobristen, nicht allzu schwer gemacht, den „Kampf“ gegen das Marinereffort zum Bruchstück ihres „Konstitutionalismus“ zu machen. Ungeachtet der oktobristischen Flottenopposition liegt der Sitz des Marine-

ressort mit jedem Jahre: 1907 betrug er 74 Millionen, 1908: 94, 1911: 120, 1912: 160 Millionen Rubel, um nun mit einem Schlage einen gewaltigen Umfang anzunehmen.

## 2. Die neue Flottenvorlage und die Parteien.

Einige Tage vor der Schließung der dritten Duma hat die Regierung das sogenannte „keine Flottenprogramm“ unter Dach und Fach gebracht, welches für 1912—1917 Flottenbauten für über eine Milliarde Mark (502 Millionen Rubel) vorsieht. Die Regierung war offenbar der Ansicht, daß die Sündenlast der Duma zu klein war, und so bürdete sie ihr kurz vor Zerschlagung noch eine Tat auf, die nicht nur dem Volke, sondern auch den herrschenden Gewalten schwere Erschütterungen verspricht. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Etat des Marinerefforts schon im nächsten Jahre 330 Millionen Rubel, d. h. mehr als der Marineetat irgendeiner Seemacht, mit alleiniger Ausnahme Englands, betragen wird, und daß ferner das angenommene Flottenprogramm nur die Einleitung zu dem „großen“ Programm (für 1918—30) bildet, das nach den sehr mäßigen Berechnungen des Oskobistenführers Gutschkow einen Gesamtaufwand von zweieinhalb Milliarden, nach anderen Berechnungen gar einen Aufwand von dreieinhalb Milliarden Rubel oder 400 Millionen im Jahr erfordert, um allein die finanzielle Tragweite dieses Beschlusses zu kennzeichnen.

Der Annahme der Flottenvorlage in der Duma ging eine ziemlich heftige Diskussion in der Presse voraus, in welcher das Abenteuerliche und Ungeheuerliche dieses Schrittes schlagend nachgewiesen wurde. Als Gegner der Vorlage trat u. a. auch der reaktionäre Schriftsteller Menschikow in der „Kowoje Brestja“ auf, der die bisherige Rüstungsaktivität verteidigte. „Natürlich“ — schrieb er — „sind Milliarden für die Flotte notwendig, aber vorher müsse man die Gewißheit haben, daß der Bau einer solchen Flotte durchführbar sein.“ Unter den heutigen Verhältnissen könne die Verwirklichung des Flottenbauplanes nur dazu führen, einen Krieg zu provozieren. Mit äußerster Festigkeit wurde die Vorlage auch von dem bekannten Marineschriftsteller „Brutus“ (Pseudonym des Admirals A. D. Alexejew) bekämpft. Unmittelbar vor den Dumaabhandlungen trat er mit dem Nachweis in der Presse hervor, daß das Marineministerium bis zum gegenwärtigen Augenblick nicht weiß, von welcher Größe die Schiffe sein sollen, die es bauen will, wieviel Geschütze diese tragen sollen usw. Können da, schrieb er, ein Zweifel darüber bestehen, daß die halbe Milliarde von der Reichsduma einfach aufs Geratewohl verfangt werde, um so mehr, als von den fünf Werften, die mit Bestellungen beauftragt werden sollen, zwei zunächst nur auf dem Papier existieren und eine im Schiffsbau vollständig unerfahren ist! Alle diese Einwendungen und Enthaltungen fielen jedoch ins Wasser, denn das Schicksal der Vorlage war bereits vom Jaren und dem am Ruber befindlichen Kriegspartei vorausbestimmt, gleichviel ob die Duma ihre Zustimmung gab oder nicht.

Um die „verfassungsmäßige“ Form zu wahren, traten die Minister und ihre Käte in der Kommission und im Plenum der Duma in Aktion. Zu einer eingehenden Erörterung kam es aber gar nicht. Ministerpräsident Kozlow drohte in der Kommission, daß die Hinauszögerung der Entscheidung bis zur Moskauer Patenfeier als Ablehnung aufgefaßt werden würde. Und in der Duma selbst wurde die Vorlage, die für das Reich von einschneidender Bedeutung ist, in geheimer Sitzung an einem Tage durchgepeitscht. In dem veröffentlichten Sitzungsbericht sind nur Bruchstücke aus den Verhandlungen enthalten. Und die Rede des sozialdemokratischen Fraktionsredners, Genossen Pokrowski, ist — da ihr Inhalt offenbar als „gemeingefährlich“ angesehen wird — von der Regierung vollkommen unterschlagen worden. Rührte das Häuslein der sozialdemokratischen Abgeordneten schon zur Verhandlung zugelassen werden, so war eben das schmachlichste Mittel zum Zweck, um die sozialdemokratische Kritik dieses Attentates gegen das Reich dem Volke vorzuenthalten.

Die Abstimmung über die Flottenvorlage ergab 228 Stimmen für und 71 gegen das Gesetz. In der Minderheit stimmten die Sozialdemokraten, die „Arbeitsgruppe“, die Adettenfraktion und 6 Oskobisten. Alle anderen Abgeordneten stimmten für die Vorlage. Die Adetten, die es sich natürlich nicht nehmen ließen, sich „grundsätzlich“ als Anhänger des Militarismus und Marinismus zu erklären, formulierten ihre Kritik dahin, daß der politische Teil der Vorlage ihnen verdächtig, der technische Teil — zweifelhaft, und der finanzielle Teil — izzig erscheine. Von den Oskobisten sprach nur ihr Führer Gutschkow gegen die Vorlage — den Fraktionsangehörigen selbst war die Art der Abstimmung freigestellt worden. Weshalb — geht aus folgender Meldung der gut unterrichteten „Weltscherneje Brestja“ hervor:

„Die Banken haben sich vereint und gehen in geschlossenen Reihen zum Angriff gegen die halbe Milliarde des Volksgeldes vor. Ihr Plan besteht in folgendem: die künftigen Flottenbestellungen müssen in ihre Hände gelangen; zu diesem Zweck soll von den Werften Befehl erteilt werden; geht das nicht, so muß eine neue Aktiengesellschaft zur Gründung neuer Werke gebildet werden, denen die Flottenbestellungen zugeschanzt werden sollen. . . . Wie aus sicherer Quelle verlautet, sollen die betreffenden Vorgesetzten die Gewißheit haben, daß die „kompetenten Kreise“ ihnen keine Hindernisse in den Weg legen werden, denn diese Kreise sind an der lebhaftesten Tätigkeit der Petersburger Banken weit mehr interessiert als an der richtigen und ernstigen Organisation des Schiffsbau.“

Das Bahnanal der Kangerplattentpatronen und Spekulanten begann also bereits, bevor die Vorlage unter Dach und Fach gebracht war; das erklärt zu einem großen Teil die plötzliche Flottenbegeisterung der „führenden“ Dumapartei, die den Bank- und Börsenkreisen ebenso nahe steht wie der Bürokratie. Die jetzt inaugurierte Prestigepolitik ist ebenso nach ihrem Geschmack wie die verärrte Aktivität der zarischen Diplomatie in Persien und in der Mongolei, und die jetzt begonnenen gewaltigen Rüstungen werden von ihr ausschließlich von diesem Standpunkt und der Möglichkeit fetter Profite bewertet. Ob das Reich hierbei dem finanziellen Ruin entgegengetrieben und das Volk noch mehr der Verelendung preisgegeben wird, ist diesen Ohnen des Schlachtfeldes ebenso gleichgültig, wie die drohenden Perspektiven, die durch das Wettrennen heraufbeschworen werden.

## Der Krieg.

### Türkische Soldaten, die zu den aufständischen Albanesen übergehen.

Konstantinopel, 25. Juni. Nach näheren Nachrichten aus Monastir soll die Zahl der bisher mit sieben Offizieren desertierten Soldaten hundert übersteigen. Es wird behauptet, die Bewegung sei gegen das jungtürkische Komitee gerichtet, was aber noch nicht erwiesen ist. Die desertierten Offiziere sind sämtlich Albanesen. Die Verfolgung der Deserteure ist eingeleitet, doch soll sich die Regierung bemühen, auf sie durch Ratschläge einzuwirken.

Ein Communiqué des Ministeriums des Innern sagt, die desertierten albanesischen Offiziere und Soldaten seien längst als Befreier der von den Rebellen verfolgten Ideen erkannt worden.

Die Vorgesetzten dienen den Zwecken jener, die gegen die Interessen der Türkei arbeiten und bilden einen Verrat, der die Interessen Italiens fördere. Die Regierung tue ernstlich ihre Pflicht. Die Verräter würden bestraft werden. Weiter besagt das Communiqué bezüglich der Desertationen in Monastir, daß ein Hauptmann neun Leutnants und etwa 50 Soldaten aus den Garnisonen Monastir, Berlepe und Dibra desertiert seien. Den zur Verfolgung ausgehenden Detachements gelang es, zwei Offiziere und zwei Soldaten festzunehmen. Sechzehn Unteroffiziere und Soldaten sind reuig zurückgekehrt. Ueber den Vorfalle ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni 1912.

### Am 8. Juli Termin gegen Vorchardt und Reinert!

Frau Justitia hat es erstaunlich eilig, die Genossen Vorchardt und Reinert auf die Anklagebank zu bringen. Nachdem dem beiden Genossen in den letzten Tagen der Beschluß der Strafkammer auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen sie zugegangen war, ist am Dienstag, dem 25. Juni, bereits die Ladung zum Termin zur Hauptverhandlung erfolgt! Und zwar ist die Verhandlung bereits auf den 8. Juli, vormittags 9½ Uhr, vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I Berlin anberaumt. Der Staatsanwalt hat dazu den Abgeordneten Dr. Schifferer als Zeugen geladen.

Genosse Vorchardt wird beschuldigt, „aus einem abgeschlossenen, zum öffentlichen Dienst bestimmten Raum, in dem er ohne Befugnis verweilte, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt zu haben und in diesem Raum widerrechtlich eingedrungen zu sein“. Außerdem werden beide Genossen beschuldigt, den Schulheuten, „welche zur Vollstreckung von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden berufen sind, in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes durch Gewalt Widerstand geleistet zu haben“. — Der Antrag der beiden Angeklagten auf Eröffnung der Voruntersuchung wird abgelehnt. Die Strafkammer ist der Meinung, daß keine erheblichen Gründe vorliegen, aus denen eine Voruntersuchung zur Vorbereitung ihrer Verteidigung erforderlich erscheint!

Die Justizbehörden haben offenbar die Absicht, das Strafverfahren gegen Vorchardt und Reinert so zu beschleunigen, daß es vor der Entscheidung des preussischen Kammergerichts über die Rechtsgültigkeit der Geschäftsordnung des preussischen Landtags zu Ende kommt! Gegen den Polizeileutnant Kolb und seine Schulheute ist Strafantrag wegen Vergehen gegen das Strafgesetz erstattet, und zwar wegen Verletzung der Immunität unserer Genossen Vorchardt und Reinert. Gibt das Kammergericht dieser Strafanzeige Folge, dann liegt auf der Hand, daß Vorchardt und Reinert nicht widerrechtlich handelten, als sie sich gegen die Verletzung der Abgeordnetenimmunität zur Wehr setzten. In diesem Falle kann natürlich auch eine Verurteilung nicht erfolgen, und dieser Eventualität möchte man offenbar zudorkommen.

Der blinde Eifer der Frau Justitia kann uns aus politischen Gründen natürlich nur hochwillkommen sein!

### Ein schönes Ende.

Zum Krach in der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Bochum, über den wir gestern bereits kurz berichteten, wird uns ausführlicher geschrieben:

„Die Industriekonservativen und Oberscharmacher im Wahlkreis Bochum, die Baare, Kirdorf und Konforten, haben es sich bekanntlich Hunderttausende von Mark kosten lassen, um den Wahlkreis Bochum der Sozialdemokratie wieder zu entreißen. Sie stellten schon vor der Wahl 1907 einen Generalsekretär und sieben Untersekretäre an, die auf die Hauptzentren des Wahlkreises verteilt waren. Mit Hochdruck wurde jahrelang gearbeitet. Die organisatorischen und besonders die finanziellen Erfolge, die man sich versprochen, blieben aber aus. So vorzüglich man sich auch auf das Schamrocke verstand: den Löwenanteil der gewaltigen Unkosten mußten nach wie vor die Beden- und Hüttenbesitzer selber zahlen. Schließlich wurde man mit dem Generalissimus Hans Schad unzufrieden; man schob ihm den größten Teil der Schuld an den Mißerfolgen zu. Vielleicht nicht ganz mit Unrecht. Aber das interessiert hier weiter nicht. Tatsache ist, daß die hochmögenden Wacker der nationalliberalen Partei im Wahlkreis immer unzufriedener mit ihrem Schad und seinen Knappen wurden, und daß nur die heranwachsende Reichstagswahl hemmend auf den Lauf der Dinge einwirkte.“

Der Generalsekretär Hans Schad wußte, daß sein Schicksal siegelhaft war, wenn es nicht gelang, der Sozialdemokratie den Wahlkreis zu entreißen. So erklärte sich, daß dieser Mann, dessen ganzes Auftreten in nichts an seinen früheren Beruf als Pastor erinnerte, während des letzten Wahlkampfes zu den stumpelosesten Mitteln griff; so stumpelos, daß sich sogar der damalige Vorsitzende der nationalliberalen Partei im Kreise, Rechtsanwalt Heydeman, seiner schämte. Aber der Zweck heiligt die Mittel. Diesen christlich-jesuitischen Grundsatze hatte Schad sich zu eigen gemacht. Nicht nur hatte er es verstanden, mit den Bochumer Zentrumsführern, die er noch vor nicht langer Zeit in öffentlicher Versammlung mit den Worten: „Da sitzt die Schweinebande!“ apostrophierte, ein schmähliches Stichtwahlabkommen zu enterieren, er scheute nicht davor zurück, mit dem Zentrum den schamlosesten Schwindel zu betreiben, der bei der letzten Reichstagswahl verübt worden ist. Schad war es, der am Stichtwahltag den Wahlkreis Bochum mit der sendenden, von den Bochumer Zentrumsleuten ausgehenden Verleumdung überschüttete, daß Sozialdemokraten die polnische Kirche in Bochum mit Rothausen beschmutzt hätten. Was nach der von den Christenführern entsandten beispiellosen Hege gegen Genossen Hue noch an der Erwähnung infernalischen Hasses möglich war, das wurde mit diesem Rothausenschwindel erreicht.

So wurde der Renommier-Arbeiterkandidat Hedemann gewählt. Ein Mann, auf den die Auführungen des Politikers vorzüglich paßten, der jüngst im „Deutschen Reichsarchiv“ jammerte, daß für alles Mögliche ein Befähigungsnachweis verlangt werde, nur nicht für die Befehlsgeber.

Und doch soll nun die Herrlichkeit ein Ende haben. Die Geldleute der vorgenannten nationalliberalen Partei im Kreise können rechnen, und die kalkulieren offenbar so: Der Zweck, den wir mit dem kostspieligen Organisationsapparat verfolgt haben, ist erreicht: Hue ist hinaus. Und zwar mit geschlossener Hilfe des Zentrums und der Zentrumsgeheimen. Was sollen wir da noch mit einem so großen und kostspieligen Hauspersonal während der stillen Zeiten? Und im übrigen: Der Schad und seine sieben Schwaben tun ja doch auch nicht, hätten den Kreis auch nicht erobern können, wenn die Schwarzen nicht bis auf den letzten Mann mit angetreten

wären. Und diese haben sich mittlerweile auch für die Zukunft festgelegt.

Diese und vielleicht auch noch andere Erwägungen und Umstände sind offenbar für den Entschluß entscheidend gewesen, dem Hauspersonal zu kündigen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtete in anerkennend-wertiger Offenheit über die Kündigung in folgender Form:

„Die innere Krise der nationalliberalen Gesamtpartei kommt auch darin zum Ausdruck, daß die nationalliberale Wahlkreisorganisation Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Derne-Witten wegen künftigen Wegfalls der bisherigen Unterstützung aus Industrie- und Parteibureaus in Derne, Hattingen, Witten, Wattenscheid und Wanne mit dem 1. Juli eingehen läßt. Den sechs Parteisekretären, von welchen fünf aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, war am 1. April die vertragliche vierteljährliche Kündigung zugestellt worden. Dem Generalsekretär des Wahlkreises, Schad in Bochum, ist auf 1. April 1913 gekündigt.“

### Das Tagelicht von Buttenshausen.

Eine recht interessante Charakteristik des Herrn Mathias Erzberger gibt die neueste Nummer der antibakemittischen „Rölnner Korrespondenz“. Sie schreibt u. a.:

„Aus der „Rölnner“ Presse erhält man den Eindruck, daß Wagem, Erzberger und Kaufmann die drei berühmtesten Männer des katholischen Deutschland sind. Dr. Jul. Wagem und Dr. Kaufmann stehen sich als die feindlichen Feinde gegenüber. Mathias Erzberger, der alles weiß und alles kann, balanciert zwischen beiden und bekommt daher bald auf der einen, bald auf der anderen Seite seine Gegenseite. Es ist noch nicht lange her, da erklärte Herr Erzberger, es widerstrebe ihm, der „Rölnner“ Volkszeitung eine Berichtigung zu schicken; daß der „Schleisschen Volkszeitung“ (Rölnner Richtung) wurde er scharf zurechtgewiesen, und den Protest gegen die Zentrums-kandidatur Span hat er mit unterschrieben. Momentan befindet er sich wieder auf der „Rölnner“ Seite. Seine Opportunisten-Natur und seine persönliche Kampfesweise drängen ihn zu den Rölnnern hin, bei denen er nun hoffentlich für einige Zeit hängen bleiben wird.“

### Liberales Wahlabkommen für die württembergischen Landtagswahlen.

Für die Neuwahlen zum Württembergischen Landtag haben Nationalliberale und Fortschrittler ein Wahlbündnis geschlossen. Ueber die Einzelheiten sollen erst dann Mitteilungen gemacht werden, wenn die Landesauschüsse der beiden Parteien dem Bündnis ihre Zustimmung gegeben haben. In vier Landtagswahlbezirken ist eine Einigung erzielt worden; diese Bezirke scheiden bei dem allgemeinen Wahlabkommen aus. Das Wahlbündnis geht dahin, daß in den einbezogenen Kreisen nur je ein liberaler Kandidat aufgestellt wird. Die Kreise werden zwischen beiden Parteien aufgeteilt, Fortschrittler und Nationalliberale stimmen für den gemeinsamen Kandidaten.

Die Liberalen setzen große Hoffnungen auf das Wahlbündnis.

### Bismarck über die Kolonialpolitik.

In einem soeben erschienenen Buche „Gerhard Kofl's“ von Konrad Gintler werden Briefe des bekannten Afrikareisenden veröffentlicht, die seine Erlebnisse mit dem Fürsten Bismarck schildern. Kofl's war in den achtziger Jahren ein häufiger Gast des Reichskanzlers. Im Jahre 1884 äußerte sich Bismarck in bezug auf das belgische Kongounternehmen nach den Aufzeichnungen des verstorbenen Afrikaforschers folgendermaßen:

„Ich wäre gar nicht abgeneigt, in irgendeiner Weise ein Abkommen zu treffen. Entweder wir übernehmen das ganze Unternehmen, kaufen es dem König der Belgier ab und setzen uns an die Stelle der Internationalen Gesellschaft, oder wir entsandigen den König der Belgier, übernehmen eine Art Protektorat, und setzen an die Stelle der International Association eine Art deutscher Handelskompagnie, ähnlich wie die frühere Englisch-Oesterreichische Kompagnie, die sich selbst regierte, worüber wir nur kasslich die Oberaufsicht hätten, oder aber drittens, wenn Sie finden, daß schon faits accomplis vorliegen, dann muß man sehen, für die Deutschen dieselben Vergünstigungen zu bekommen, die den anderen Nationen gewährt sind. Das wäre die Hauptsache. Eigentlich kolonisieren können und wollen wir nicht. Wir werden nie eine Flotte haben wie Frankreich. Und unsere Handwerker, Referendare, ausgebildete Soldaten usw. taugen auch nicht zum Kolonisieren.“

Auch hier zeigt sich wieder, daß Bismarck weit davon entfernt war, kolonial- und weltpolitischen Projekten zugeneigt zu sein. Wir werden nie eine Flotte haben wie Frankreich,“ prophezeite er damals. Ein Vierteljahrhundert später hat Deutschland die französische Flotte bereits überflügelt, um nunmehr mit der englischen Flotte zu wetteifern! Der Heros des Jahrhunderts war also in dieser Beziehung ein schlechter Prophet. Darin allerdings hat er sich als scharfsichtiger Realpolitiker erwiesen, daß er die Meinung vertrat, unsere Referendare und ausgebildeten Soldaten taugten nicht zum Kolonisieren! Unsere ganze kolonialpolitische Geschichte hat dies Faktum bestätigt. Und alle Zukunft wird dem Fürsten Bismarck von neuem recht geben.

Interessant ist aus den Briefen Kofl's auch eine Aeußerung Bismarcks über den italienischen Bismarck, Herrn Crispi. Bismarck erklärte bei derselben Unterredung mit dem Afrikaforscher, Crispi sei „ein so indiskreter Mensch“ und so „lügenhaft dazu“, daß er, Bismarck, „schon hundertmal bereit habe, ihn einst in Gastein empfangen zu haben“. Drei Jahre später war Crispi mehrere Tage lang der Gast Bismarcks in Friedrichsruh!

### Der „nationale“ Luftflottenverein.

Der Luftflottenverein hat seine Schwenkung ins nationale Fahrwasser so gut wie vollzogen. Am Sonnabend, den 22. Juni, fand in Berlin unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Wassermann eine Ausschuhung des Deutschen Luftflottenvereins statt. Der schon auf der letzten Mitgliederversammlung angeregte Gedanke, den Verein zu einem nationalen Verein auszugestalten, wurde im Ausschuh aufgenommen und soll nun einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die Ende Oktober in Mitteldeutschland, wahrscheinlich in Kassel, stattfindet, vorgelegt werden.

Der Verein wird nun in dem Ruf nach „Stärkung unserer Wehrmacht“ mit dem Wehrverein und dem Flottenverein in Wettbewerben treten nach der Parole: Unsere Zukunft liegt in der Luft!

### Entschlüpfte Bekenntnisse.

Die „Post“ fuhr in ihrem Leitartikel von gestern, Dienstag, den 25. Juni, aus Versehen den richtigen Weg, denn sie schrieb in der megalomaneischen Wortsprache:

„... es geht in Belgien, wie es in Deutschland ist: wer da waagt, wider den amtlichen Stachel zu lösen, der steht mit einem Fuße schon jenseits aller bürgerlichen Ehrenrechte.“

Gerade die „Post“ gehört zu den gewissenlosesten und schmutzigsten Gegnern gegen die Arbeiterbewegung, weil diese nicht so ist, wie es

die Regierung gern haben möchte. Wir wären immer gegen den amtlichen Stachel. Die „Post“ ist stets die erste, die uns dann gleich alle bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sehen möchte.

Einem verwandten Geschwister der „Post“, der „Deutschen Reichspost“ ist es einmal eben so ergangen, auch sie hat sich Wahrheiten entschlüpfen lassen. Die „Deutsche Reichspost“ schrieb nämlich: Die Hunderttausende der politischen Wähler und wirtschaftlich Schwachen haben eben das Vertrauen zu dem guten Willen und der Kraft der Regierung und der bürgerlichen Parteien verloren, sie sind der Meinung: „Gäbe es keine Sozialdemokratie, man würde mit uns legen und aufsetzen!“ — Somit der Beweis erbracht ist, daß auch reaktionäre Blätter einmal etwas Vernünftiges drucken können!

### Heizerleben auf Kriegsschiffen.

Sind schon an und für sich die Heizräume der Kriegsschiffe keine angenehmen Aufenthaltsorte, so werden sie zu reinen Marterhöhlen, wenn rohe Vorgesetzte dort walteten. Ein solcher Leuteschinder war der Obermaschinistmaat Jahn vom Dreadnought „Odenburg“. Am 18. April befahl er einem Heizer, einem etwas schwächlichen Mann, vier Feuer zu reinigen, eine Arbeit, die, wie vor Gericht befunden wurde, für einen kräftigen Mann zu viel ist. Der Heizer wurde denn auch schlapp, als er mit dem Ausbrechen des dritten Feuers zu Ende war. Während der Arbeit durfte auf Gebot des „menschenfreundlichen“ Vorgesetzten die Wasserspritze nicht in Tätigkeit gesetzt werden, damit die Blut nicht gedämpft werden konnte. Zum Anfaßen der heißen Eisenteile durften die Handlappen nicht benutzt werden, so daß sich der Heizer am Oberschenkel und der rechten Hand verbrannte. Ein anderer Heizer, der in die Asche uriniert hatte, weil der Obermaschinistmaat die Bitte um Erlaubnis zum Austreten fast stets abschlug, wie der Heizer vor Gericht aus sagte, sollte er sich auf Befehl des Obermaschinistmaats in die nasse Asche setzen. Als das nicht gleich tat, packte der Vorgesetzte ihn, drückte ihn nieder, ließ ihn dann mit Wasser bespritzen und darauf die Luftklappe öffnen, so daß der durchnäßte Mann sich der kalten Zugluft ausgesetzt sah.

In der Gerichtsverhandlung kam auch zur Sprache, daß der Matratzenmehrfach den Heizern verboten hatte, von dem im Heizraum vorhandenen Trinkwasser zu trinken. Sie sollten Seewasser oder das Wasser aus der Speisepumpe trinken. Einem Heizer hat er einmal den vollen Trinkbecher aus der Hand geschlagen. Der Vertreter der Anklage nannte die Behandlung der Heizer durch den Obermaschinistmaat systematische Quälerei, die schwer gesühnt werden müsse. Er beantragte acht Monate Gefängnis und Degradation. Das Kriegsgericht des ersten Geschwaders, das in Kiel über den Obermaschinistmaat aburteilte, nannte die Fälle minder schwer, erkannte auf drei Monate Gefängnis und sah von der Degradation ab.

In derselben Sitzung verhängte daselbe Gericht über einen Matrosen strengen Arrest, weil er nach erfolgter Bestrafung durch den stellvertretenden ersten Offizier das „schwere Verbrechen“ begangen hatte, sich unrechtmäßig zu beschweren.

### Soldatenfreuden.

Wegen Ungehorsams und Achtungsverletzung wurde vom Königsberger Kriegsgericht ein Kanonier vom Feldartillerie-Regiment Nr. 16 zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Als in der Mannschaftsstube ein Unteroffizier die Vorschriften über die Verpackung der Spinde bekanntgegeben hatte, soll der Angeklagte trotz wiederholten Befehls nicht aufgestanden sein, um in militärischer Haltung die Bekanntgabe der Stubenordnung anzuhören. Und dafür drei Monate und eine Woche Gefängnis!

Ein Grenadier vom 1. ostpreussischen Grenadier-Regiment hatte dem Befehl eines Befreiten, der zu der fraglichen Stunde gerade Beamtenqualität besaß, nicht Folge geleistet. Urteil des Kriegsgerichts: zwei Monate Gefängnis! Der Mann legte Berufung beim Oberkriegsgericht ein und bat um eine mildere Strafe. Er hätte nicht gewußt, daß der Befreite, mit dem er sich duzte, Beamtenqualität bei Erstellung des Befehls besessen hätte. Er habe sich früher nie etwas zuschulden kommen lassen; leider habe er das Anglück gehabt, in einem Strafverfahren gegen einen Unteroffizier als Zeuge fungieren zu müssen. Seit der Zeit habe er trotz größter Mühe und besten Willens in den Augen der Unteroffiziere nichts mehr leisten können und sei fortgesetzt schikaniert und zur Bestrafung gemeldet worden.

Das Oberkriegsgericht kam jedoch zu einer Vertiefung der Verurteilung.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Die Annahme der Wehrvorlage.

Wien, 25. Juni. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die ersten 40 Paragraphen der Wehrvorlage, darunter in namentlicher Abstimmung mit 322 gegen 113 Stimmen, also mit der verfassungsgemäß erforderlichen Zweidrittelmehrheit, die Bestimmung an, durch die für die nächsten 12 Jahre das erhöhte Rekrutenkontingent festgesetzt wird. Das Haus nahm weiter in namentlicher Abstimmung mit 305 gegen 135 Stimmen die Bestimmung an, durch die die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie, die dreijährige für die berittenen Truppen, die vierjährige für die Kriegsmarine festgesetzt wird. Die Wiederheitsanträge der Sozialdemokraten bezw. der kistenländischen Abgeordneten, durchweg die zweijährige Dienstzeit einzuführen bezw. bei der Kriegsmarine die dreijährige zu stagnieren, wurden abgelehnt. Die Bestimmung der Wehrvorlage, daß ein Teil der Mannschaften bei der Infanterie zur Ergänzung des Unteroffizierstandes ein drittes Jahr zu dienen habe, wurde gleichfalls angenommen.

### England.

#### Die Antwort auf die deutsche Flottenrüstung.

London, 25. Juni. Die Erklärung des Schatzkanzlers über die Verwendung des Budgetüberschusses findet in der Presse eine günstige Aufnahme. Ueber die Verwendung von 1 Million Pfund Sterling für die Flotte schreibt „Daily Chronicle“: Es ist der Gegenstoß gegen die Ausgaben, die Deutschland nach dem neuen Flottengesetz auf sich genommen hat. Diese Ausgaben geben keinen Anlaß zu unangebrachten Besorgnissen, aber insofern die Lage dadurch geändert wird, muß man Gegenmaßnahmen ergreifen.

„Daily News“ beklagt die neuen Ausgaben und erklärt sie als eine Folge der falschen auswärtigen Politik Englands, die in zwölf Jahren das englische Flottenbudget von dreizehn auf fast fünfzig Millionen Pfund Sterling gebracht habe. Diese Entwicklung könne nur durch eine Aenderung der Politik aufgehalten werden.

„Daily Telegraph“ führt aus, daß die Zuwendung von 1 Million Pfund Sterling für die Admiralität zunächst keine Vermehrung des Flottenetats bedeute, da die Admiralität im vorigen Etatsjahr 1,6 Millionen Pfund Sterling

von der vom Parlament bewilligten Summe nicht ausgegeben habe. Das Blatt ist besorgt, daß die Regierung nicht mit der nötigen Energie in der Flottenfrage vorgehe.

„Times“ sagen, wenn von dem Ueberfluß des letzten Budgets nur 1 Million Pfund Sterling auf die Flotte entfielen, so würde Mr. Churchill berechtigt sein, bei der Einführung des Nachtragsbudgets weitere Summen aus dem laufenden Budget zu fordern. Man müsse erwarten, daß er dies tun oder überzeugende Gegenargumente vorbringen werde.

### Ein Zwischenfall im Unterhause.

London, 25. Juni. (W. T. V.) Heute nachmittags kam es im Unterhause im Zusammenhang mit der Frage der Behandlung der Stimmrechtlerinnen im Gefängnis und ihrem Hungerstreik zu einem erregten Zwischenfall. Der Abgeordnete Timothy Healy forderte Asquith auf, die Frauenrechtlerinnen, die wegen Einwerfens von Fenstern in Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt worden waren, freizulassen. Asquith erwiderte, McKenna habe bereits die Erklärung abgegeben, daß die Gefangenen unerbittlich freigelassen werden würden, wenn sie versprechen, ihre Gewalttätigkeiten nicht zu wiederholen. Diese Antwort erregte die Entrüstung des Sozialisten Lansbury, der ein Verteidiger des Frauenstimmrechts ist. Er stand auf und ging von seinem Sitz auf die Ministerbank zu, vor der er stehen blieb, seine Faust gegen Asquith schüttelnd und ausrufend: „Sie sollten aus dem öffentlichen Leben herausgetrieben werden. Sie sind ein verächtlicher Mensch. Sie werden der Geschichte angehören als der Mann, der unschuldige Frauen marterte.“ Lansbury klagte stehend abwechselnd die Minister an und die Unionisten. Er rief unter anderem: „Sie wissen, daß die Frauen das Versprechen nicht geben können. Es ist nicht ehrenhaft, es von ihnen zu fordern.“ Schließlich kehrte Lansbury zu seinem Platz zurück. Der Sprecher befahl ihm darauf, das Haus für den Rest der Sitzung zu verlassen. Lansbury weigerte sich, indem er erklärte: „Ich gehe nicht, während diese unwürdigen Dinge geschehen.“ Der Sprecher wiederholte darauf seinen Befehl mit Nachdruck. Crooks, Mitglied der Arbeiterpartei, forderte Lansbury auf, dem Befehl zu gehorchen, und dieser Rat wurde ihm auch von anderen Mitgliedern der Arbeiterpartei gegeben. Der Sprecher wiederholte den Befehl zum dritten Male und verband damit die Warnung, daß, wenn dem Befehl nicht Folge geleistet würde, Gewalt angewendet werden würde. Lansbury gab schließlich dem Drängen seiner Kollegen nach und verließ das Haus. Damit war der Zwischenfall erledigt.

### Amerika.

#### Die Kauferei um die demokratische Kandidatur.

Baltimore, 24. Juni. Das demokratische Nationalkomitee hat Parker zum zeitweiligen Vorsitzenden des demokratischen Konvents gewählt.

Wryan kündigte seine Kandidatur als zeitweiliger Präsident der demokratischen Konvention gegenüber Parker an. Wie verlautet, soll Parkers Annahmeerklärung Wryan zur Genehmigung vorgelegt werden. Wenn dieser sich ablehnend verhält, wird Parker zurücktreten.

### China.

#### Folgen des Geldmangels.

Schanghai, 24. Juni. Mit Rücksicht auf die Erschöpfung des Staatskassens wird der Verkauf gemacht, die Gehälter aller chinesischen Beamten auf ein einheitliches Monatsgehalt von sechzig Dollar herabzusetzen. Die hiesigen Beamten, von denen einige ein Gehalt von tausend Dollar oder mehr beziehen, beschwerten sich über diese Maßnahme.

### Aus der Partei.

#### Und noch einmal Bremen.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ bringt in ihrer letzten Nummer eine Antwort auf unsere notgedrungene Abwehr. Genau so, wie wir es erwartet hatten, fiel die Antwort aus. Ein verknöpfter Schulmeister kann nicht zensurwürdig sein, als man es in Bremen ist. Da ist die Haltung der „Leipziger Volkszeitung“ in der Göttinger Angelegenheit „bestremlich“, die des „Hamburger Echo“ „zurückhaltend wie immer“, die des „Vorwärts“ aber — man höre und schaudere — „ganz im Sinne des Revisionismus!“ Habent sibi; mit Deuten, die Radikalismus mit Krakeelismus verwechseln, ist eine Verständigung ausgeschlossen. Wir konstatieren, daß wir im „Vorwärts“ gegen etwaige Erpressungsabsichten in der Göttinger Affäre Stellung genommen haben, ehe die Bremer Kapitollwächter Befehle witterten, und daß wir unsere weitere Haltung in dieser Angelegenheit nach genaueren Informationen geregelt haben. An den radikalen Höhnern in Bremen wird freilich auch diese Konstatierung wirkungslos abprallen, denn sie scheinen sich das edle Ziel gesetzt zu haben, jede radikale Verständigung und allen radikalen Zusammenhang in Grund und Boden zu polemisieren.

#### Genosse Kinkel vom Göttinger Gemeinderat seines Amtes als Krankenkontrollleur entsetzt.

Der Göttinger Gemeinderat als Aufsichtsbehörde für die Göttinger Ortskrankenkasse nahm in nichtöffentlicher Sitzung zu den Vorwürfen Stellung, die gegen den Genossen Kinkel in seiner Eigenschaft als Krankenkontrollleur erhoben wurden. Ein Korrespondenzbureau meldet über die Angelegenheit:

Mit allen gegen 4 Stimmen der Sozialdemokratie bei 1 Stimmenthaltung hat der Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung als Aufsichtsbehörde der Ortskrankenkassen beschlossen, den Landtagsabgeordneten und Krankenkontrollleur Kinkel wegen der ihm zum Vorwurf gemachten Verfehlungen bei der Ausübung seines Amtes ohne Kündigung zu entlassen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Rückverweisung des Falles an den Ausschuss wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft, die sich schon mit dem Fall beschäftigt hatte, stellte seinerzeit das Verfahren ein, weil sie Kinkel nicht als Beamten im Sinne des Gesetzes ansah, gab aber die Akten an die zuständige Verwaltungsbehörde weiter, weil sie die Handlungsweise Kinkels als großes Disziplinarvergehen beurteilte.

Bei der Frage der Entlassung enthielt sich ein bürgerlicher Gemeinderat der Abstimmung, der dann auch für den Antrag auf Rückverweisung der Sache an die Krankenkasse stimmte. Wegen der Entscheidung des Göttinger Gemeinderates ist Beschwerde bei der Kreisregierung eingelegt worden.

### Soziales.

#### Besserung der Brauindustrie?

„Unter dem schweren Druck der neuen Brausteuererhöhung und der dadurch verursachten großen wirtschaftlichen Schädigung ging die Zahl der versicherten Arbeiter 1909 auf 111.193, also um über 8000 und im Jahre 1910 auf 110.518, also weiter um über 600 zurück.“ meldet uns der soeben erschienene Bericht der Brauerei- und Mälzereiberggenossenschaft. Dagegen sei es erfreulich, daß jetzt fast drei Jahren zum ersten Male wieder eine Zunahme der Zahl der versicherten Personen zu verzeichnen sei. Im Berichtsjahre 1911 betrug diese Zahl wieder 113.468, also immer noch

fast 6000 Arbeiter weniger als der höchste Stand vom Jahre 1908 mit 119.240 Versicherten. Die Unternehmern bemerken hierzu: „Es zeigt dies deutlich, daß die schweren Wunden, die unsern Gewerbe durch die Steuererhöhung verursacht wurden, noch lange nicht geheilt sind — dies um so mehr als der Zugang an versicherten Arbeitern zum erheblichen Teil auf die Zunahme der Wiederverlängerungen entfällt, welche in immer größerer Zahl errichtet werden, um an anderen Orten Abgang zu erzielen.“ Die Brauindustrie beschreitet auch weitere neue Wege. Sie verlegt sich jetzt mit aller Macht auch auf den Flaschenbierhandel und schaltet dadurch das Brauergewerbe fast ganz aus. Die Besserung im Brauergewerbe ist also vorhanden, jedoch nicht so übermäßig groß, als die Agrarier „feststellen“, die mit Schmerzen auf eine neue Erhöhung der Brausteuer warten. Der ständige Zusammenschluß des Großkapitals hat neben der unheilvollen Besteuerung des Gewerbes auch die Zahl der vorhandenen Brauereien wesentlich wieder vermindert. Der Bericht muß auch melden, daß die Zahl der Brauereien „wie in den letzten Jahren ständig zu beobachten, weiter zurückgegangen ist“. Die Zahl der Betriebe ist von 6478 auf 6271 gesunken. Auch die Aktien-gesellschaften sind von 493 auf 486 zurückgegangen — „in der Mehrzahl der Fälle durch Fusionierung“. Ebenso zeigen die Gesellschaften mit beschränkter Haftung einen Rückgang von 821 auf 801 auf — „es handelt sich dabei wohl meistens um kleinere Betriebe, die infolge ungenügender Existenzfähigkeit eingehen mußten“. Die neue Brausteuer hat ihnen den Rest gegeben und dabei fällt man von der „Erhaltung der Kleinbetriebe“. — Wie sich auch dieser die Großindustrie, die doch im Brauergewerbe vorrückend ist, annimmt, zeigt uns der weitere Vorschlag, daß jetzt, nach Einführung der vorgeschriebenen Verhältnismäßigkeiten, laut Bericht es „einer Forderung der Billigkeit entspricht, daß das Stimmrecht der Unternehmer nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter bemessen wird“.

So hilft man den Zwergbetrieben. Trotzdem die Zahl der beschäftigten Arbeiter nur um 3000 zugenommen hat, ist die Unfallziffer wieder gewaltig gestiegen und zwar von 12.682 auf 14.011, ein Mehr von 1329 Unfällen. Auf 1000 Versicherte entfallen somit durchschnittlich 116 Verletzte. Eine sehr hohe Zahl, die sich in einzelnen Sektionen, zum Beispiel in Berlin, auf 163 stellt, den höchsten Stand erreicht hat. Dagegen hat man in Sektion II, Karlsruhe, nur 107 und in Sektion V Nürnberg nur 84 Unfälle auf 1000 Versicherte gezählt. Berlin an der Spitze, ein trauriges Zeichen. Dafür hat aber wieder diese Sektion den Vorzug, daß sie in gewohnter Weise die meisten Fälle in Vorbehandlung übernommen und damit wieder einen Bombenerfolg erzielt. Von 2341 im Berichtsjahre von der Genossenschaft in den ersten 13 Wochen des Unfalls übernommenen Unfällen, hat allein Sektion Berlin 1984 Fälle übernommen und in den ersten 13 Wochen schon 1947 Erfolge erzielt, so daß nur 37 Fälle über die 13. Woche verblieben. Die Nettoausgaben der Berufsgenossenschaft für die Vorbehandlung betragen 74.715 M. und hat sich diese Ausgabe sehr gut rentiert. Das sieht man deutlich aus der weiteren Tabelle des Berichts über die Zahl der entschädigten Fälle. Von 14.011 gemeldeten Fällen wurden nur sage und schreibe 1115 entschädigt. Berlin hatte z. B. 5465 gemeldete Fälle und entschädigte nur 188.

Das macht ihr so leicht keine andere Berufsgenossenschaft nach. Und daß es sich nicht etwa um nur leichte Fälle gehandelt haben kann, beweist uns die Todesziffer. Während im Vorjahre 86 Todesfälle entschädigt wurden, mußte man im Jahre 1911 — 109 Todesfälle registrieren.

Wer sich einen Begriff von den Zuständen im Brauergewerbe machen will, der muß den Sonderbericht der technischen Aufsichtsbearbeiter der Berufsgenossenschaft lesen. Die Beamten nehmen sehr oft kein Blatt vor den Mund und schildern ihre Tätigkeit sehr anschaulich. Fast kein revidierter Betrieb war da in Ordnung und auch bei der Nachkontrolle zeigte sich die Nachlässigkeit der Unternehmer. Der Fuhrwerksbetrieb der Brauereien fordert auch die meisten Opfer und verursachte die schwersten Unfälle. In einzelnen Sektionen mußten über 1000 Wagen allein mit Sitzgelegenheiten für die Klutcher verladen werden. Und dann das moderne Fahrzeug, das Automobil. Der Bericht bemerkt hierzu:

„Die stetige Zunahme in der Verwendung von Automobilen hat im Berichtsjahre eine bedeutende Steigerung der entschädigungspflichtigen Unfälle herbeigeführt. Sollte die Steigerung anhalten, so würde eine Aenderung des Gefahrenrisikos für die mit Automobilen betriebenen Betriebe in Erwägung zu ziehen sein.“ Daß das Auto in einigen Jahren das Braupferd verdrängt hat, ist sicher und die Großbrauereien werden schon gestillt auf ihre Uebermacht der Stimmen für einen „gangbaren“ Tarif sorgen.

Von eigentlichen Musterbetrieben im Brauergewerbe kam man im Bericht der Aufsichtsbeamten wenig lesen. Sogar in den Großbetrieben fehlt es z. B. noch an dem nötigen Verbandsgeld. Ein Beamter meldet: „Watte, Binden usw. war in einer Anzahl von Betrieben so schmutzig, daß die sofortige Entfernung dieser Gegenstände verlangt werden mußte.“ — Ein Glück, daß der Beamte kam, denn sonst wäre mit dieser schmutzigen Watte die „erste Hilfe“ geleistet worden. Große Arbeit macht den Beamten auch der Aufzug in den Brauereien, der bekanntlich viele Opfer fordert. Nur ein Fall sei erwähnt: „Eine Aufzugsanlage, die neu schlecht eingerichtet wurde, mußte vom lgl. Bezirksamt auf Grund des § 147 der Gewerbeordnung gesperrt werden. Eine spätere unermutete Nachschau der Aufsichtsbehörde fand, daß die Aufzugsanlage dennoch weiter benutzt wurde; die Folge war, daß Strafantrag gegen den Unternehmer gestellt und dieser wegen Zuwiderhandlung gegen die G.-O. zu ganzen 5 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Der Sektionsvorstand erhielt Kenntnis von der Sachlage und dabei stellte sich durch Erhebung seitens der Genbarmerie heraus, daß der Aufzug immer noch weiter benutzt wurde.“

Das ist die Haltung der Unternehmer vor dem Gesetz, so lange noch mit — — — 5 M. Geldstrafe in solchen Fällen vorgegangen wird.

#### „Gewöhnung an Unfallfolgen“.

Seit das Reichsversicherungsamt den unsozialen Grundsatz aufgestellt hat, daß eine wesentliche, zur Klärung der Rente ausreichende Besserung auch durch „Gewöhnung an Unfallfolgen“ eintreten könne, machen die Berufsgenossenschaften ausgedehnten Gebrauch von diesem bequemem Rentelösungsmittel. Dabei haben sie ja nicht nötig, den Nachweis einer wirklichen Besserung tatsächlicher Art zu führen.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Chemnitz beschloß jetzt eine Sache, in der die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft den Antrag auf Aufhebung einer Unfallrente mit der Behauptung begründete, daß durch weitere Gewöhnung die Unfallfolgen völlig ausgeglichen seien, nachdem schon im Jahre 1909 die Herabsetzung der damals 20 Proz. Rente auf 10 Proz. mit voller Gewöhnung begründet und vom Schiedsgericht ausgesprochen worden war. Es handelte sich um die Folgen eines Bruches des linken Oberschenkels, den am 12. Oktober 1902 der Hausdiener Jahn in Annaberg beim Obstpflücken durch einen Sturz aus fünf Meter Höhe erlitten hatte. Zunächst war dem Unfallverletzten eine 60 Proz. Rente gewährt, diese aber später auf 40 und 20 Proz. und im Jahre 1909 auf 10 Proz. herabgesetzt worden. Bei der letzten Herabsetzung hatte Sanitätsrat Dr. Horn in seinem Gutachten gesagt, daß eine weitere Besserung kaum zu erwarten sei, es sei volle Gewöhnung eingetreten. Dielem Gutachten hatte sich auch Dr. Braem angeschlossen. Dieser Arzt sprach sich jetzt auf Grund einer von ihm vorgenommenen Röntgenuntersuchung dahin aus, daß eine wesentliche Veränderung nach dem objektiven Befund nicht eingetreten, auch nicht mehr zu erwarten sei. Das linke Bein sei und bleibe verkrüppelt. Dagegen sei eine weitere Gewöhnung eingetreten. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts wies den Vertreter der Berufsgenossenschaft darauf hin, daß nur mit „Gewöhnung“ gewirtschaftet werde, eine objektive Besserung aber nicht nachzuweisen sei. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes könne aber Gewöhnung nicht zweimal als wesentliche Besserung zum Zwecke der Rentenherabsetzung angewendet werden. Hierauf zog der Vertreter der Berufsgenossenschaft den Antrag zurück. Der Verletzte behält die Rente.

# Gewerkschaftliches.

## Lohnstatistik als Schutzmittel gegen Streiks.

Auch die Schanzmacher müssen der Zeitströmung Konzeptionen machen. Bis her gewöhnt, in brutalster Weise ihren auf die Kapitalmacht gestützten Willen durchzusetzen, wollen sie jetzt auf die Öffentlichkeit Rücksicht nehmen. Nicht dadurch, daß sie den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen, sondern durch — systematische Täuschung der Öffentlichkeit.

Durch die Unternehmerrpresse geht eine Notiz über den Wert der Lohnstatistik:

„Auf die Wichtigkeit einer sorgfältigen Pflege der Lohnstatistik wurde auch in der letzten Ausdehnung Deutscher Eisenbahnen hingewiesen. Zur Begründung der Forderung, daß es für die Industrie von größter Wichtigkeit sei, jederzeit einwandfreie statistische Angaben und Tatsachen zur Hand zu haben, wurde in der Hauptsache angeführt, daß der letzte große Streik der Kohlenarbeiter die Notwendigkeit, Material über die Löhne stets zur Verfügung zu haben, aufs beste nachgewiesen hat. Dadurch, daß die Vergewerke unmittelbar nach Ausbruch des Streiks hatten nachweisen können, wie die Löhne augenblicklich stiegen und daß sie im Steigen begriffen seien, sei die öffentliche Meinung, auf die es bekanntlich bei diesen Dingen sehr viel ankommt, aufs günstigste beeinflusst und der wichtigste Streikgrund der Arbeiter als nichtig nachgewiesen worden.“

Gegen eine einwandfreie Lohnstatistik wäre gewiß nichts einzuwenden, nur darf sie dann nicht einseitig von den Unternehmern und nicht von vornherein zu dem ausgesprochenen Zweck zurechtgemacht werden, als Abwehrmittel gegen Lohnforderungen der Arbeiter zu dienen. Und um das zu verhindern, ist vor allem nötig, mit einer objektiven Lohnstatistik auch eine Lebensmittelpreisstatistik zu verbinden; erst aus dem Vergleich dieser Statistiken kann die öffentliche Meinung ein gerechtes Urteil schöpfen.

### Berlin und Umgegend.

## Die Lohnbewegung der Stukkateure vollständig beendet.

Das Einigungsamt hatte am 31. Mai die Beratung des Akkordtarifes in eine Kommission verwiesen, in der eine Einigung nicht erzielt wurde. Am 22. Juni tagte unter Leitung des Magistratsrats W. Böbling die Schlichtungskommission, die nach mehrwöchiger Verhandlung eine Einigung erzielte.

Der alte Akkordtarif bleibt unverändert bestehen. Neu ist einzufügen: Ranten an Schwunglatten auszulassen bis 7 Millimeter Stärke und wenn genügend Vorrat geliebert werden, bis zur einfachen Teilung das laufende Meter 85 Pf. Zur komplizierten Teilung nach Vereinbarung. Angelegte Leisten auf einer Seite auszulassen, bis 7 Millimeter Stärke, pro Meter 15 Pf. Jeder 1/2 Zentimeter mehr, das Meter Zuschlag 8 Pf. Aufgehauene Leisten, bis 7 Millimeter Stärke und 2 Zentimeter Breite, pro laufenden Meter 87 1/2 Pf. Jeder Zentimeter Breite mehr 1,5 Pf. Ueber 7 Millimeter Stärke jeder 0,5 Zentimeter ein Zuschlag von 8 Pf. Aufzuhängende Platten bis 1 Zentimeter Stärke für 100 Quadratzentimeter 2,5 Pf. Jedoch das Stück nicht unter 30 Pf. Zur Teilung und auf Unterflächen nach Vereinbarung.

Diese Erneuerung tritt am 1. Juli in Kraft. Die Arbeitszeit ist vom 1. Oktober 1912 8 1/2 Stunden mit 1/2 Stunde Frühstück und 1 Stunde Mittag, vom 1. Oktober 1913 8 Stunden mit 1 Stunde Mittag. Bis 1. Juli ist der Tarifvertrag reviditional fertig zu stellen und ist die Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises und der Schlichtungskommission mit aufzunehmen. Damit ist der neunwöchentliche Kampf beendet und werden die Stukkateure am 27. Juni dazu Stellung nehmen.

Zu dem Fleischerboikott in Reußla ist zu berichten, daß die Fleischermeister Franz Müller, Böhmische Str. 10, und P. Guze, Vondastr. 20, den Tarifvertrag anerkannt haben.

Der Gastwirt R. Stelter, Heberstr. 10, teilt uns mit, daß er seine Fleisch- und Wurstwaren nur in Schlächtereien laufe, wo die Forderungen bewilligt sind. Zentralverband der Fleischer.

### Deutsches Reich.

## Der Verband der Fabrikarbeiter im Jahre 1911.

Erfreuliche Fortschritte in der Organisierung der ungelerten Arbeiter zeigte der Geschäftsbericht dieses Verbandes. Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 167 097 auf 189 407; darunter befinden sich 23 478 weibliche Mitglieder. Im laufenden Jahre fällt die erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl, soweit sich bisher übersehen läßt, an; schon vor einigen Wochen veränderte eine Festnummer des Verbandsorgans, daß die Mitgliederzahl mehr als 200 000 beträgt.

Die Finanzen des Verbandes haben sich gleichfalls erfreulich gestaltet. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 8 924 112 M. gegen 8 117 497 M. im Jahre 1910. Die Ausgaben für Unterstützungen aller Art betrugen 2 151 951 M. Für Streikunterstützung wurden 875 688 M., für Gemahrgeldentwertung 53 155 M., für Erwerbslosenunterstützung 1 100 200 M., für Sterbegeld 89 596 M. verausgabt. Das Vermögen des Verbandes betrug insgesamt 2 983 688 M., davon 2 150 023 M. in der Hauptkasse und 833 665 M. in den Lokalkassen.

Die Erfolge der Streiks und der friedlich verlaufenen Lohnbewegungen waren im Jahre 1911 größer als in irgend einem früheren Jahre. Es wurden 418 Lohnbewegungen ohne Streik zu einem günstigen Ende geführt. Diese Bewegungen erstreckten sich auf 550 Betriebe mit 47 998 beschäftigten Personen. An den Erfolgen partizipierten 43 068 Personen, von denen 17 000 eine Verkürzung der Arbeitszeit um insgesamt 40 868 Stunden die Woche und 33 434 Personen eine Erhöhung der Löhne um insgesamt 50 148 M. pro Woche erreichten. Der Hauptteil der Erfolge entfällt auf die chemische Industrie, in der für jetzt 13 000 Personen eine Lohnerhöhung und für mehr als 9000 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht wurde. Von Streiks oder Ausperrungen wurden 18 198 Mitglieder in 300 Betrieben betroffen. Die Kosten dieser Kämpfe betragen einschließlich der Ausgaben der Lokalkassen 1 024 128 M. Von den an Streiks oder Ausperrungen Beteiligten waren bei Beginn des Kampfes 98 Prozent, sechs Monate vor Ausbruch des Kampfes 70 Prozent organisiert.

Erhebliche Fortschritte machte auch im abgelaufenen Jahre die Sicherung der erreichten Erfolge durch Abschluß von Tarifverträgen. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge stieg von 175 zu Beginn auf 298 am Ende des Jahres. Die Zahl der unter Vertrag stehenden Verhandlungsmitglieder liegt von 20 906 auf 31 897. Von den abgeschlossenen Verträgen entfallen 108 mit 8831 Personen auf die chemische Industrie; 67 mit 6773 auf Ziegeleien, Tonwarenfabriken usw.; 20 mit 4410 auf Papierfabriken; 37 mit 7093 auf die Lebensmittelindustrie (Brotfabriken, Margarinefabriken usw.) und der Rest auf sonstige Betriebe.

## Eine christliche Verleumdung aufgedeckt.

Im bayerischen Wald, also einer völlig katholischen Gegend, hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Sitz Leipzig) viele Anhänger. Der schwarze Keramarbeiterverband ist dort nur spärlich vertreten. Gegen den „roten“ Verband wird nun in der bekannnten christlichen Weise gewirkt. Am 20. April brachte ein Zentrumsorgan, das „Chamer Tageblatt“, eine skandalöse Terrorismusgeschichte, die von einigen frei organisierten Steinarbeitern aus Plauenberg gegenüber einem unorganisierten verübt sein sollte. Das Blatt schrieb, der unorganisierte sei nachts von drei Genossen überfallen und gehörig durchgeprügelt worden. Zum Schluß hätten ihn die „Roten“ mit dem Meißel bearbeiten wollen, aber der gute Christ konnte sich zum Glück noch in den Wald flüchten.

Gegen drei unserer Genossen wurde Anklage erhoben. Das Amtsgericht Cham, vor dem die Sache dieser Tage verhandelt wurde, sprach sämtliche Angeklagte frei.

Das „Chamer Tageblatt“, das jene Verleumdung in die Welt geschleudert hatte, muß nun Abbitte leisten. Es bringt eine Richtigstellung, in der es unter anderem wörtlich heißt:

„Weiter wurde (seinerzeit) berichtet, daß der betreffende Arbeiter an einem Sonnabend überfallen und wahrscheinlich auf Verabredung zu Boden geworfen wurde, und daß sich dabei zwei Vorstandsmitglieder der freien Gewerkschaft rühmlichst herorgetan hätten usw. — Der Verlauf der heute im lgl. Amtsgericht Cham stattgefundenen Verhandlung war aber dergestalt, daß unser Bericht über den Vorgang der Mauterei (vordem war es ein nächstlicher Mordfall! D. V.) nicht aufrecht erhalten werden kann.“

Im Gegenteil zeigte sich, daß eigentlich — der Kläger auf die Anklagebank geholt hätte; es wurden dann auch zwei Angeklagte freigesprochen, während der Dritte, wohl schuldig eines Vergehens der Körperverletzung, aber auch strafrei erklärt wurde. Von einer Ausübung eines Terrorismus war aus dem Verlauf der Verhandlung nichts zu entnehmen, was hiermit konstatiert sei.“

Es hat sich somit herausgestellt, daß das frumde Zentrumsblatt die organisierten Steinarbeiter in gewissenloser Weise verleumdet hatte. Leicht wird es dem „Chamer Tageblatt“ nicht geworden sein, eine solche Richtigstellung, auf Grund der Amtsgerichtsverhandlung bringen zu müssen.

## Die „apolitischen“ Gelben.

Auf dem Stammlichen Hüttenwerk in Reußla wurde ein „nationaler Hüttenverein“ gegründet. Von jedem sich anmeldenden Mitglied wird die ehrenwörtliche Erklärung verlangt, daß es „nicht Mitglied irgend einer Gewerkschaft oder eines Vereins mit gewerkschaftlichen Tendenzen“ ist. Einzig in seiner Art aber sind die Satzungen dieses Vereins, die u. a. bestimmen:

„Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitglieder-Verammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefaßten Beschlusse strikt zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlung tritt Artikel 4 § 9 der Statuten in Kraft.“

Die Strafbestimmung betrifft den Ausschluß aus dem Verein. — Der gelbe Verbverein konstituiert sich also einfach als Wahlverein und beschließt die politische Entrechtung der Arbeiter. Diese Gelben haben ihre Aufgabe richtig erfaßt.

## Arbeitseinstellung auf den Kölner Festungswerken.

Köln, 25. Juni. (P.-C.) Zwischen den Unternehmern und Arbeitern bei den hiesigen Festungsarbeiten ist es zu Lohn Differenzen gekommen. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen wandten sich zwecks Beilegung der Differenzen schriftlich an die Unternehmer mit dem Ergebnis, daß ihnen vom Verband Deutscher Tiefbauunternehmer mitgeteilt wurde, die bauausführenden Firmen hätten einstimmig beschlossen, jede Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen abzulehnen. Infolge dieser schroff ablehnenden Haltung kam es in mehreren Festungswerken zu Arbeitseinstellungen.

Der Streik der Kohlenarbeiter in Straßburg dauert fort. Die Firma Rapp-Boeder hat mit ihren Arbeitern Frieden gemacht. Montag früh wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Lohn beträgt jetzt 4 M. pro Tag, gegen 3,40 M. früher. Ueberstunden werden mit 50 Pf., Nachtarbeit mit 70 Pf. und Sonntagsarbeit mit 80 Pf. pro Stunde bezahlt.

Bei der Firma Harpener Bergbaugesellschaft sind nach einseitigem Streik die Differenzen ebenfalls beigelegt, und die sämtlichen Arbeiter sind wieder eingestellt. Die Firma hatte nämlich den Arbeitern das Verbot des Streikvertrages angeboten und sie, nachdem die Arbeiter dies verweigert hatten, entlassen. Nunmehr wird Streikarbeit von den Arbeitern nicht mehr verlangt. Dagegen hat der Aufstand auf die städtischen Hofenarbeiter übergreifen. Die bei der Stadt beschäftigten unständigen Arbeiter verweigern das Löschen der Kohle, soweit diese als Streikgut angesehen ist. Da angeblich keine andere Arbeit vorhanden war, wurden diese Arbeiter sofort entlassen.

Die bestreikten Firmen sind auf der Suche nach Streikbrechern. Zu diesem Zweck sucht ein Arbeiter Poffing, beschäftigt beim Gaswerk, die Herbergen ab und verspricht den Arbeitssuchenden 6 M. pro Tag und freie Kost. Die Kohlenhändler scheinen viel übriges Geld zu haben, denn solche Angebote konnte man früher nicht. Die Polizei ist teilweise immer noch sehr besorgt um das Wohl der Streikbrecher. In der bürgerlichen Presse wird versucht, zum Teil unter wahrheitswidrigen Darstellungen, die Forderungen der Arbeiter als unbegründet hinzustellen und das baldige resultatlose Ende des Streiks zu prophezeien. Der Wunsch ist natürlich der Vater des Gedankens. Der Stand der Bewegung ist ohne Frage sehr günstig. Die Einigkeit der Arbeiter hat die Unternehmer überrascht, so etwas ist im Straßburger Hofen noch nicht dagewesen.

### Ausland.

## Erntearbeiterstreik in Ungarn.

Im Komitate Jolmar steht ein Streik der Erntearbeiter bevor. Die besser situierten Grundbesitzer haben bereits Erntemaschinen bestellt, um dem Auslande wirksam entgegenzutreten zu können. Die Arbeiter verlangen einen Mindestlohn von 7 Kronen, den die Grundbesitzer angeblich zu zahlen nicht in der Lage sind.

## Im französischen Seemannsstreik

ist die Lage noch immer unverändert. Die Gesellschaften erklärten gegenüber dem neuen Vorschlag des Ministers des Innern Steeg, daß sie keineswegs in ihren Anschauungen eine Aenderung eintreten lassen könnten. Die Seeleute haben sowohl in Paris wie in der Provinz zahlreiche Versammlungen abgehalten und sich energisch geweigert, ein Schiedsgericht anzuerkennen, in dem die Arbeiter nicht vertreten sind. Der Ueberseesdienst wird weiter mit Matrosen der Kriegsmarine aufrecht erhalten. In Port Vendre horten die Passagiere des Dampfers „Marisa“ der Befahrung 800 Fr., wenn sie ihre Tätigkeit fortsetzen und die Abfahrt des Dampfers ermöglichen würden. Die Streikenden erklärten sich hierzu auch dann bereit, wenn die Organisationsleitung in Marseille sich gleichfalls einverstanden zeigen würde. Auf ihre telegraphische Anfrage in Marseille wurde ihnen jedoch die Genehmigung zur Aufnahme ihrer Tätigkeit verweigert. Um 10 Uhr abends konnte das Schiff dann mit einer neuen Befahrung aus Matrosen der Kriegsmarine die Fahrt nach Algier antreten. In Bordeaux kam es gestern zwischen streikenden und arbeitswilligen Seeleuten zu Zusammenstößen. Die Streikenden, die bemerkt hatten, daß auf dem Dampfer „Chile“ die Lichter angezündet worden waren, begaben sich in großer Zahl nach dem Hafen. Als nun die Arbeitswilligen an Bord wollten, um den Dienst zu versehen, wurden sie hieran gehindert. Es kam zu einem Zusammenstoß und erst einem großen Polizeiaufgebot war es möglich, die Ruhe wieder herzustellen. Abends fanden in Bordeaux zahlreiche Versammlungen statt, nach deren Schluß es abermals verschiedentlich zu Zusammenstößen kam, bei denen die Polizei einschritt. Eine Person wurde verletzt.

## Ruchthandstrafen für Boykott in Nordamerika.

Bürgerlichen Blättern wird aus New York gemeldet: Die Gewerkschaftsleiter Compers, Morrison und Mitchell sind vom Obersten Gerichtshof in Washington wegen Mißachtung des Gerichts zu je einem Jahre Zuchthaus verurteilt worden. Die Anklage resultierte aus einer Privatklage einer Firma, die in

der von den Gewerkschaften veröffentlichten Boykottliste aufgeführt worden war. Die Verurteilten haben Berufung eingelegt und wurden nach Hinterlegung einer Bürgschaft von je 80 000 M. auf freien Fuß gesetzt.

# Aus Industrie und Handel.

## Stinnes über die Konjunktur.

Nachdem sich Leiter von verschiedenen großindustriellen Unternehmungen über die Konjunktur geäußert haben, hat sich auch der Reichsgewaltige Hugo Stinnes in der außerordentlichen Generalversammlung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft am Montag über die gegenwärtige industrielle Lage ausgesprochen. Er führte dabei (nach dem „Berl. Tagebl.“) aus:

„Was die Eisenindustrie angeht, so könne er aber sagen, daß die Beschäftigung zu lohnenden Preisen sehr gut sei. Man dürfe annehmen, daß die jetzigen zufriedenstellenden Verhältnisse noch weiter bestehen bleiben würden. Der Kohlenmarkt liege ebenfalls sehr gut, wenn auch infolge der Verhältnisse auf dem Seefrachtmarkt der Absatz nicht mehr so stürmisch sei, wie er mehrere Monate hindurch gewesen sei. Man könne aber annehmen, daß, wenn in den Seehäfen wieder mehr Linnage frei werde, der Versand allmählich, namentlich zum Herbst hin wieder eine außerordentliche Höhe erreichen werde, vorausgesetzt, daß der Wagenmangel nicht wieder einen Strich durch die Rechnung mache. Er, Stinnes, lege nach dieser Richtung hin ernste Besorgnisse. Im Mai hätten schon Tausende von Tonnen Stabeisen in Differenzen wegen fehlten. Der Kohlenmarkt liege ja aus den bekannten Gründen weniger gut als der Kohlenmarkt, wovon zwar „Deutsch-Luxemburg“ direkt wegen seiner großen Hoheisenproduktion nicht so sehr betroffen werde, immerhin könne es aber der Gesellschaft „Deutsch-Luxemburg“ als einem Unternehmen, das auch zu einem erheblichen Teile an dem Absatz des Hoheisenproduktes beteiligt sei, nicht gleichgültig sein, ob die Einschränkung der Hoheisenproduktion höher oder niedriger sei. Alles in allem glaube er, daß die industrielle Konjunktur heute noch eine recht gute sei.“

Ueber die Lage der Gesellschaft gab Stinnes bekannt, daß Frühjahr 1914 der Umbau nebst den großen Neuanlagen ganz fertig sein werde. Dann werde sich „Deutsch-Luxemburg“ mit den besten der großen Montangesellschaften messen können.

Diese allgemein beschäftigten Angaben auf die erhöhte Rentabilität der Werke werfen nochträglich ein bezeichnendes Licht auf die Grundgesamtheiten, die durch ihre Weigerung besserer Löhne der Arbeiter den großen Streik im Ruhrrevier hervorgerufen.

## Kartell in der Baumwollindustrie.

Der Verband der Deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe, E. V., in Leipzig hatte in einem Rundschreiben seinen Kunden mitgeteilt, daß fortan alle Verbandsartikel einen Schutzausschlag von 33 1/2 Prozent erfahren würden, wenn der Kunde nicht seinen gesamten Umsatz in Verbandsartikeln ausschließlich den Mitgliedern des Verbands Deutscher Veredelungsanstalten überweise. Die Abnehmer schlossen sich zur Abwehr dieses geplanten Druckes zum Zentralverband Deutscher Baumwollwarenhersteller zusammen. In dem Kampfe gegen den Veredelungsverband sind sie aber unterlegen. Zwar wird in dem offiziellen Bericht über die „Einigung“ beider Verbände gesagt, daß der Zentralverband seine Einwendungen gegen den Schutzausschlag habe fallen lassen, da auch ihm vom Veredelungsverband Entgegenkommen gezeigt wurde. Dieses Entgegenkommen kann nur in Lieferungsbedingungen bestehen, die zurzeit eine Erleichterung für die Käufer bedeuten mögen, die aber nichts an der Tatsache ändern, daß die Veredeler den Preismarkt einseitig beherrschen werden. Die Konsumenten werden schließlich die Leidtragenden sein.

# Letzte Nachrichten.

## Die französische Wahlreform.

Paris, 25. Juni. (W. L. W.) Die Deputiertenkammer schloß heute die Beratung über die Wahlreform fort und zwar über den Zusatzantrag des Abgeordneten Javal, der beabsichtigt, die Departements als Basis der Wahlkreiseinteilung zu verwenden. Ministerpräsident Poincaré erklärte, alle Bemühungen der Regierung zielen darauf ab, soviel als möglich, unter den Republikanern die Einigkeit wieder herzustellen. (Beifall.) Er appellierte dann an diese Einigkeit und fügte hinzu, daß Änderungen und Zusätze unter der Bedingung, daß sie nicht das allgemeine Prinzip des Gesetzes berührten, ihm hinzugefügt werden könnten.

Weiterhin wies der Ministerpräsident auf die Unzutüchtigkeit seiner Wähler hin, die aus der zu großen Abhängigkeit des Gewählten von seinen Wählern sich ergeben. Mehrere Gegenredner wollten ihn hier unterbrechen, wurden aber am Reden durch das Zentrum, die Rechte und die äußerste Linke gehindert. Der Ministerpräsident wies dann darauf hin, daß die Wahlreform eine Verwaltungsreform im Gefolge haben müsse und schloß mit der Bitte, den Text der Kommission anzunehmen. (Lebhafter Beifall.) Darauf wurde der erste Teil des Zusatzantrages Javal, der besagt, daß jedes Departement einen Wahlkreis bilden solle, mit 298 gegen 251 Stimmen angenommen. Den zweiten Teil seines Antrages sog Javal zurück.

## Der Dieb der Kaiserkette.

Köln, 25. Juni. (W. L. W.) Die Kriminalpolizei verhaftete heute nachmittag den Einbrecher Franz Meyer. Meyer kommt bei dem Raub der Kaiserkette des Kölner Männergesangsvereins und der Eigelsteiner Turburg, sowie bei einem kürzlich begangenen Einbruch in das Postamt Kachenerstraße ungewisslich in Frage. Er wurde außerdem noch wegen verschiedener anderer Einbrüche gefaßt.

## Die Raube des Ruinierten.

Indopost, 25. Juni. (P.-C.) Auf den Chef der Firma Wobanka u. Co., Blaslaus Wollner, verübte heute der Räuberbesitzer Stefan Kovacs in den Bureauräumen der Firma ein Raubverbrechen. Wollner, der schwer verletzt wurde, soll Kovacs schlechte Maschinen geliefert haben, so daß sich dieser genötigt sah, seine Zahlungen einzustellen. Darauf soll ihn Wollner durch ein gerichtliches Verfahren um sein ganzes Hab und Gut gebracht haben. Auch ein Angestellter, der seinem Chef zu Hilfe eilen wollte, wurde von Kovacs durch einen Schuß schwer verletzt.

## Die Autorsperrei.

Dreizeh, 25. Juni. (P.-C.) Bei der Automobilrennfahrt um den Grand Prix des französischen Automobilklubs hat sich heute ein weiterer schwerer Unfall ereignet. Von einem amerikanischen Sunbeam-Wagen löste sich in voller Fahrt eines der Hinterräder und flog in die Zuschauermenge hinein. Eine Person wurde sofort getötet. Der Wagen überrollte sich und wurde schwer beschädigt. Der Chauffeur sowie der Mechaniker blieben wie durch ein Wunder unverletzt. (Siehe auch „Aus aller Welt“.)

## Schiffskatastrophen bei Neu-Seeland.

London, 25. Juni. (P.-C.) Der englische Dampfer „Star of Canada“ ist bei Gisborne (Neuseeland) in dichtem Nebel auf eine Sandbank aufgelaufen. Das Schiff befindet sich in gefährlicher Lage. Raul Singer & Co., Berlin SW, Dierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Allgemeiner Deutscher Fürsorge-Erziehungstag.

Telegraphischer Bericht.

Dresden, den 25. Juni 1912.

In Gegenwart von über 300 Männern und Frauen, die in der Deutschen Fürsorgeerziehung tätig sind, begannen heute vormittag im großen Saale des „Zoologischen Gartens“ die Verhandlungen des allgemeinen Deutschen Fürsorgeerziehungstages.

In der Eröffnungssitzung wurde nach den Begrüßungen mit Vertretern der Behörden in die Tagesordnung eingetreten. An erster Stelle sprach Oberarzt Dr. Mönkemöller-Hildesheim über:

Die Psychopathologie der Pubertätszeit.

In der Pubertät verläuft neben der Geschlechtsreife eine wesentliche Weiterentwicklung des Gehirns. Die Individualität des Menschen bildet sich aus. Schon in die physiologische Pubertät bezwecken sich nicht selten vereinzelte psychische Abweichungen, zumal wenn ungünstige Faktoren die gerade bei Fürsorgezöglingen häufig in Betracht kommen, die Wucht dieses Entwicklungsprozesses verstärken. Diese Periode bleibt ein sehr labiler Zustand. Außerdem läßt sie bis dahin verborgene gebliebene Krankheitsanlagen zum Leben erwachen und verschlimmert bestehende Krankheitszustände. Der Progenitor der geistigen Krankheiten steigt in dieser Zeit bedeutend. In der Pubertätszeit wurzelt in erster Linie das Jugendirresein, das in manchen Erscheinungsformen mit den physiologischen Veränderungen dieser Zeit eine große Ähnlichkeit hat. Besonders wichtig sind die schleichend verlaufenden Formen, die sehr häufig übersehen werden. Zuweilen propfzt sich diese psychische Verschlechterung in der Pubertät auf die angeborene Geisteschwäche. Die Pubertät verleiht aber vor allem den Symptomen der Ambivalenz eine aktive Gestaltung. Sie prägt die schlechten ethischen Eigenschaften stärker aus, wie sich überhaupt manche Schwachsinnszustände zuerst lediglich durch kriminelle Ausschläge kundgeben. Auch die psychopathischen Konstitutionen werden meist erst in der Geschlechtsreife sozial unbrauchbar. Epilepsie setzt nicht nur oft erst in den Entwicklungsjahren zum ersten Male ein, sondern es leitet sich jetzt auch oft die epileptische Entartung und die kriminelle Ausgestaltung ein, wie auch die Hysterie erst jetzt ihre typische Ausbildung als Krankheitsbild erlangt und ihre Schatten auf den Lebensweg wirft. Den nachteiligen Einflüssen der Pubertät sind besonders stark die Nachkommen der Alkoholisten ausgesetzt.

Bei ihnen gelangt jetzt oft auch die Reizung zum Alkoholgenuß zum Durchbruch. Wie diese Entwicklungsperiode schon normalerweise durch ein lebhaftes Hervortreten der Stimmung gekennzeichnet ist, so stellen sich auch hier manchmal zum erstenmal schwere Stimmungsanomalien ein. In hohem Maße gefährdet ist das weibliche Geschlecht durch das Eintreten der ersten Menstruation, die gelegentlich mit schweren psychischen Schwankungen, ihrer Verwandtschaft mit der Hysterie, verbunden ist. Es ist hinreichend ihre nahe Verwandtschaft mit der Geisteskrankheit. In alle psychopathologischen Vorgänge dieser Zeit spielt nicht selten ein Hervortreten des sexuellen Kriebelens hinein.

Die krankhaften Veränderungen dieser Zeit gleichen sich zum größten Teil aus. Man soll sich daher davor hüten, vor schnell die Unerschickbarkeit anzunehmen. Bei der großen Menge von psychopathologischen Material, das der Fürsorgeerziehung zufließt, hat diese die Aufgabe, an Stelle des Elternhauses für einen ruhigen Ablauf dieser Entwicklungsphase zu sorgen. Sie muß darauf bestehen, daß diese innere Umgestaltung dem gereiften Willen des Elternhauses entgegenwird. Möglicherweise muß sie über die psychische Wertung der Zöglinge ins Klare kommen, um besonders gefährdete Individuen in der Uebergangszeit im Auge zu behalten. Bei streng durchgeführten Individualisierung und nach Ausschaltung der schwersten psychopathologischen Zöglinge ist eine straffe und zielbewußte Behandlung gerade in dieser Zeit am Platze. In der Schule darf man im allgemeinen auch bei einem stärkeren Hervortreten der inneren Umwälzung seine Ansprüche nicht zu sehr herablassen. Anzuerkennen ist besonders regelmäßige körperliche Arbeit, gute Ernährung und eine allgemeine Körperhygiene. Der Kampf gegen den Alkoholismus steht am zweitmäßigsten schon jetzt ein. Eine

genaue Kenntnis der psychopathologischen Vorgänge dieser Zeit erleichtert das Werk der Fürsorgeerziehung. Redner legte dann der Versammlung im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Leit-sätze vor.

In der Diskussion spricht Geheimrat Ganser-Dresden dem Vortragenden warme Anerkennung aus. Wenn er aber meine, man solle sich nicht scheuen, die Zöglinge etwas scharf anzufassen, so braucht die Fürsorgeerziehung solche Mahnung nicht, denn sie handelt bereits danach. Die Affektstimmungen sind in den einzelnen Teilen des Deutschen Reichs sehr verschieden, so ist z. B. in Sachsen die Steigerung zum Selbstmord am höchsten. Darauf muß durch differenzierende Behandlung Rücksicht genommen werden, denn wir dürfen nicht riskieren, daß die Fürsorgeerziehung etwa durch zu große Strenge zur Erhöhung der Selbstmordzahl führt. — Pastor Roth-Groß-Rosen (Schl.): Je elastischer und willenskräftiger der Erzieher ist, desto weniger wird er gezwungen sein, Strafen anzuwenden. Die Fürsorgeerziehung wird leider in mancher Beziehung diskreditiert, aber trotzdem können wir diese Strafen nicht ganz entbehren. Darum möchte ich die Behörden um mehr Freiheit für uns Erzieher bitten auch in bezug auf die Anwendung der Strafen. Wir freuen uns, daß die Psychiater mit uns zusammen arbeiten wollen und daß frühere Mißverständnisse auf diesem Gebiet gehoben worden sind. Vieles gleicht sich in der natürlichen Entwicklung aus. Wir wissen ja selbst, wie die Zöglinge unter unserer Hand manchmal ohne unser Zutun das zu verlieren scheinen, was die Erziehung gefordert hat. Bei Mädchen bedeutet häufig das 19. Jahr eine solche Wende, und manchmal unserer Zöglinge habe ich mit Erfolg gesagt: „Wenn Ihr erst dieses Alter erreicht, wird mancher Druck von Euch genommen werden.“ Wir wollen unsere Zöglinge mit stählerner Energie anfassen, aber auf die Dauer können wir nur dann wirksam erziehen, wenn es uns gelingt, das Vertrauen unserer Zöglinge zu gewinnen. Goethe hat gesagt: „Erziehen kann man nur, wenn man liebt!“ Geben wir also unseren Zöglinge bei aller Strenge doch auch bis in die innersten Empfindungen nach.

Dirigierender Arzt Dr. Schnitzer-Stettin ergänzt die Ausführungen des Referenten durch Erwähnung einiger Fälle aus der Praxis, namentlich über das jugendliche Irresein, die sogenannte dementia praecox, die sich in einem Falle in täuschend vollkommener Nachahmung epileptischer Anfälle durch den Zögling äußerte. Gerade bei dem jugendlichen Irresein ist eine pädagogische Einwirkung von größter Bedeutung. — Direktor Dr. Ruge-Potsdam bespricht die frühere Isolierung von Geisteskranken. Gerade solche Zöglinge, die manchmal als brutal erscheinen, sind mitunter die Empfindsamsten, und wenn man ihnen die Schwierigkeiten aus dem Wege räumt, kann man sie zu tüchtigen Menschen machen. — Sanitätsrat Dr. Reicher-Wunzlau betont die Schwierigkeiten, Irre und Gesunde auseinanderzuerkennen, wenn nicht die elementare Forderung vernünftiger ist, daß von jedem Zögling eine genaue Beschreibung seines ganzen Vorlebens von seiner Kindheit an gegeben ist. Im Gegensatz zu den Gefängnissen wird in den Fürsorgeanstalten eine Trennung von Mutter und Kind vorgenommen. Wir müssen doch bedenken, daß 80 bis 100 Mädchen im Jahre in schwangerem Zustand oder sofort nach der Entbindung in Fürsorgeerziehung gebracht werden. Die Damen der Gesellschaft sollten hier für Abhilfe sorgen.

Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die Besprechung geschlossen.

Am Nachmittag unternahmen die Teilnehmer des Fürsorgeerziehungstages einen Ausflug nach Roritzburg, wo das Schloß, das Bruderhaus und die Erziehungsanstalt besichtigt wurden. Abends sprach dort Pastor Knaut, der Direktor der Berliner Städtischen Fürsorgeerziehung, über:

„Die Selbstverwaltung der älteren Fürsorgezöglinge“.

Redner fasste seine Darlegungen dahin zusammen, daß die psychologischen Voraussetzungen für die Selbstverwaltung der Zöglinge im Alter von 15 bis 21 Jahren in dem diesem Alter besonders eigenen Freiheitsdrang und dem Streben nach Selbstbetätigung liegen. Wird dieser Trieb gewaltsam unterdrückt, so ergibt man unselbständige Menschen oder unzufriedene rebellierende Elemente. Leitet man ihn in die rechten Bahnen, so dient er zur Erziehung froher, freier und selbständiger Persönlichkeiten. Die Voraussetzungen liegen aber auch in dem in diesem Alter hervortretenden Streben nach sozialer, kollektiver Betätigung. Wenn man dieses Streben unterdrückt, so befördert man geheimes Komplottieren und ungefundenes Klammern. Leitet man es aber in rechte Bahnen, so

schafft man ein wichtiges Erziehungsmittel zu staatsbürgerlichen Tugenden und man leitet den staatsbürgerlichen Unterricht zu staatsbürgerlicher Praxis über. Nach diesen Gedanken kann die Selbstverwaltung gestaltet werden, und zwar im Gefamleben der Anstalt, wobei die Hausordnung und alle Veranstaltungen aus dem Lebensinteresse der Zöglinge erwachsen und so freiwillig übernommen werden, die einzelnen Familien und Arbeitsgruppen ein selbständiges Gepräge erhalten und einzelne Zöglinge zur Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung herangezogen müssen. Dagegen wäre ein aus Jugendlichen zusammengesetzter Jugendgerichtshof eine verfehlte Einrichtung, weil es den Jugendlichen an Lebenserfahrung, psychologischer und intellektueller Reife und an Interesse für die Einrichtung fehlt. Wenn aber die Selbstverwaltung in einzelnen Vereinen organisiert wird, so sind dabei folgende Gesichtspunkte zu beachten: Es sind nur solche Vereine zu bilden, die der körperlichen, geistigen und sittlichen Erziehung dienen (Turnvereine, Gesangvereine, Jugendwehr, dramatische Vereine). Jedem Verein ist ein Erzieher als Berater beizugeben, der nicht regiert, sondern leitet. Die Mitglieder wählen ihren Vorstand und die Beamten (Vorstand, Kassawart, Gerätemwart usw.) und zahlen Beiträge aus dem ihnen zu gewährenden Arbeitsverdienst. Für Ordnung und Zucht sollen die Vereine selbst sorgen.

Morgen (Mittwoch) gehen die Verhandlungen zu Ende.

Der Verbandstag der Holzarbeiter.

In der gestrigen Vormittagsitzung wurde die Diskussion über den Vorstands- und Kassabericht fortgesetzt. Storch-Charlottenburg geht nochmals auf die Angelegenheit seiner Zahlstelle ein und wünscht, daß ihn für den Anschluß an Berlin nochmals eine Bedenkzeit, und zwar bis zum 1. Oktober gemährt werde. Von anderer Seite ist hierzu übrigens schon ein Antrag eingegangen, aber die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Ein Antrag der Zahlstelle Charlottenburg, bei der Einberufung von Vorort-zahlstellen in eine größere Zahlstelle keinen Zwang auszuüben, hat keine Unterstützung gefunden und ist somit von vornherein erledigt. Schneegas (Verbandsvorstand) ist der Ansicht, daß den Charlottenburgern Zeit genug zur Ueberlegung gemährt worden ist, und daß sie sich bis zum 1. Juli zum Anschluß entscheiden müßten. — Schmidt-Braunschweig spricht über die geplante Einführung des Umlageverfahrens bei großen Lohnkämpfen anderer Gewerkschaften und billigt durchaus den Standpunkt des Verbandsvorstandes. Im übrigen wird in der Diskussion weiter über die Tätigkeit der Zentralkommissionen der Branchen und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften und dem Hauptverband gesprochen und ein Antrag eingebracht, der Vorstand solle eine Konferenz der Vorsitzenden der Zentralkommissionen einberufen, um die Richtlinien für die weitere Tätigkeit dieser Kommissionen festzulegen. Außerdem wurde noch hervorgehoben, daß in der Agitation und bei Abschluß von Tarifverträgen mehr Wert auf die hygienischen Verhältnisse in den Werkstätten gelegt werde. Neben den Unfallgefahren durch den Maschinenbetrieb seien es die Verunreinigung der Luft, die Staubentwicklung, der Mangel an ausreichender Ventilation und Reinlichkeit in den Betrieben, was die meisten Opfer an Leben und Gesundheit erfordert. — Die Diskussion, in der noch verschiedene, mehr innere Angelegenheiten berührt wurden, erreichte gegen 11 Uhr ihr Ende. Der Verbandsvorsitzende Leipzig antwortet in seinem Schlußwort auf verschiedene Anfragen und Einwendungen. Eine Anfrage richtete sich auf die Stellung des Verbandsvorstandes zu der Privatversicherung mit Rücksicht auf die Verbandsangelegenheiten. Diese Frage ist der Revisionskommission überwiesen worden und wird später nach zur Erledigung kommen. Eine andere Anfrage, den Bau des Verbandshauses betreffend, beantwortet der Redner dahin, daß der Vorstand wohl an die hundert Offerten eingehend geprüft habe, ehe er sich zum Erwerb des Grundstücks im Zentrum Berlins entschloß. Es sei als selbstverständlich anzusehen, daß außer der Hauptverwaltung auch die Zahlstelle Berlin ihre Bureaus nach dem Verbandsbau verlegen werde, wenn das Haus fertig ist. Die berechtigten Wünsche und Anregungen, die die Zentralkommissionen haben, sollten sowohl von dem Verbandsvorstand wie bei den Gewerkschaften beachtet und befolgt werden. Bei Einführung des Umlageverfahrens zu gegenseitiger Streikunterstützung dürften nicht alle Gewerkschaften über einen Kamm geschoren werden, sondern es müßte den Gewerkschaften, bei denen es sich um große Summen und Mitgliederzahlen

beruht langsam abzurufen, und so sind seitdem in fortschreitendem Maße die alten Knappen auf Ruhelohn gesetzt, die jüngeren, die noch anderwärts ihr Auskommen finden werden, mit Kündigung abgelohnt worden. Im nächsten Jahre wird der letzte Freiburger Häuer seine letzte Schicht verfahren haben. . . .

Rubikatesknäufel. In der gegenwärtigen Ausstellung im Münchener Glaspalast war auch ein Gemälde von Hoffmann von Vestenhof ausgestellt mit dem Titel: „Im Schoße der Götter“. Dieses Bild hat der Maler auf Verlangen der Ausstellungsleiter entfernen müssen, angeblich weil es durch seine Rubikatesknäufel die Besucher verleidet. . . . Ueber das Sujet des Bildes ist folgendes zu sagen: Es ist ein Triptichon mit einer tempelartigen Umrahmung, die sich in allen drei Teilen des Triptichons über eine Gruppe zieht. Links auf dem Bilde sieht man die Mädchen noch einem Tempel schreiten. Die Mädchen sind bekleidet. In der Mitte sieht auf einem Sockel ein roter Götze, der vom Altarfeuer rot beleuchtet wird. Auf seinen Knien ruht ein nacktes Mädchen. Dieses Mädchen hat der Künstler auf Entschüden der Ausstellungsleitung bereits früher einmal umgemalt. Andere Mädchen schüren das Altarfeuer und bilden auf das lauernde Mädchen. Auf dem dritten Bilde des Triptichons kommen die Mädchen aus dem Tempel zurück. Eines der Mädchen hält eine goldene Kette hoch, ein anderes wendet sich in Verzweiflung und das dritte Mädchen hockt auf der Treppe, blickt dem Beschauer entgegen und hält Goldmünzen auf der flachen Hand. Auch diese Mädchen sind mit Ausnahme jenes, das auf der Treppe sitzt, bekleidet. Erkläret mir, Graf Jacomit. . . .

Notizen.

- Im Bessing-Museum findet morgen, abends 8 Uhr, eine Rousseau-Feier statt. Dr. P. A. Werboth hält den Festvortrag und Theodor Pantow registriert das Monodrama „Vogelwahn“, das bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in Berlin mit der von Rousseau selbst dazu komponierten Musik zur Ausführung kommt. Vorher singt Vira v. Dombronska vom Londoner Convent Garden einige Rousseausche Arien und Lieder.
- „Lilientron“, ein sinnvoller Melodram für großes Orchester und Tenorsolo aus der Feder unseres Münchener Musikreferenten Wilhelm Rauke soll im nächsten Winter dort zur ersten Aufführung in Deutschland kommen.
- Heinrich Heine wird in Halle a. S. ein Denkmal erhalten. Die Enthüllung der von Paul Schönemann geschaffenen Kolossalbüste soll im August geschehen.
- Eine Gedentafel für Hermann Conradi, den jung verstorbenen Führer der Jungdeutschen Sturm- und Drangliteratur, soll an seinem Geburtshause in Jekny (Anhalt) enthüllt werden.
- Zensur. Die vom Münchener Schauspielhaus geplante Aufführung der Komödie „Die heilige Sacke“ von Felix Dörmann und Hans Buchs wurde verboten.
- Alma Tadema, der einst viel geküßte Maler griechischer und römischer Figurenbilder ist zu Wiesbaden, wo er zur Kur weilte, im Alter von 76 Jahren gestorben.

Kleines feuilleton.

Unabhängigkeit der Kritik. Es gibt noch immer großkapitalistische Unternehmer, die da glauben, daß die Presse Schuttpulverdienste für ihre lukrativen Interessen zu leisten, hingegen jeder Verminderung gebotener Leistungen sich zu enthalten habe. Allerdings sind diese Leute es gewohnt, solches zu erwarten, weil die Mehrzahl bürgerlicher Zeitungen allen ihren Wünschen entgegenkommt, und sie geraten vor Entrüstung aus dem Häuschen, sobald einmal ein Blatt sich erlaubt, statt Lobespalster zu singen, gerechte Kritik zu üben, freudigen Schand — Schand zu nennen. Unser Rheinfrankfurter Vorzeitsblatt hat neulich ein vom Zirkus Schumann zur Aufführung gebrachtes Ausstattungstück: „Das Krotzperd“ als minderwertig bezeichnet. Darüber war Kommissionsrat Schumann nicht erbaut. Die Kritik konnte ihm möglicherweise das „Geschäft“ vermitteln, weshalb er von der Redaktion der „Volksstimme“ das Passpartout, d. h. die ständige Platzkarte für die Vorstellungen im Zirkus zurückfordern ließ. Selbstverständlich erhielt der Direktor Schumann eine gebührende Abfertigung. Es heißt da: „Der Direktor Schumann scheint von der irrigen Auffassung auszugehen, die der Presse überlassenen Passpartouts sind eine Belohnung für wohlwollende Berichterstattung; wer nicht in für Herrn Schumann zufriedenstellender Weise über die Vorstellung des Zirkus berichtet und nicht alles so lobt, wie er es wünscht, der wird mit Entzug des Passpartouts bestraft. Der Herr Direktor stellt damit die Presse auf eine Stufe mit freibillettsnorreern. Er meint, die Presse müsse ihm, wie jene Leute, dankbar sein, daß er ihr eine Freifahrt überläßt. Das ist natürlich ein großer Irrtum des Herrn Kommissionsrats Schumann, der um so bedauerlicher ist, als in dieser Auffassung eine Herabwürdigung der Presse liegt. Die Passpartouts der Presse sind keine Freibilletts, sondern sie sind für jedes Theaterunternehmen und für jeden Zirkus ein billiges Äquivalent für eine Leistung der Presse.“ Es zeigt nun aber doch schon von einer Art Gefundenheit der bürgerlichen Presse, daß auch in ihrem Lager die Empfindung von einer ihr angetanen Herabwürdigung sich offenbart. Mehrere Frankfurter Zeitungen fanden es für geraten, Herrn Schumann auch ihrerseits die Passpartouts zurückzuschicken, woraus erhellt, daß das, was in Berlin Herrn Schumann erlaubt sein mag, wo anders als unziemliche Zumutung an den Pranger gestellt wird.

Der Tiefstand des musikalischen Geschmacks. Mit dem Geschmacksniveau auf musikalischem Gebiete ist es zurzeit in Deutschland nicht gerade zum besten bestellt. Das geht besonders aus einer Statistik hervor, die der Vorstand des Deutschen Musikalienverlegervereins aufgestellt hat. In dem Bericht, der sich über die letzten zwei Jahre erstreckt, heißt es, daß zwar der Musikalienhandel an sich einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, daß aber die „leichte Kost“ den meisten Absatz findet. Ernste Musik und gute Hausmusik bleiben nach wie vor schwer einzuführen, wogegen die Verbreitung der Operetten und sogenannten „populären“ Musik in immer weitere Kreise dringt und eine zunehmende Anspruchslosigkeit und Verschlechterung des musikalischen Geschmacks herbeiführt. Das Ende eines deutschen Silberbergwerkes. Freiberg, die alte Bergbaupfadt Sachsens, atmet Romantik. Man geht durch enge,

graue Gassen, an denen Häuser stehen mit schönen alten Türen, löstlich feinen Giebeln und dicken Mauern. Im den Stadtkern zieht sich die schöne neue Promenade im geschlossenen Ring auf dem alten Wallgelände, auf dem noch alte Mauern- und Grabenreste und drei wechshafte Türme von der Zeit zeugen, in denen sich die reiche Bergstadt vor Kriegsüberfällen zu sichern hatte. Hier in der alten Markt Reichen war ja immer etwas los, und von den Schrecken, die während des dreißigjährigen Krieges über die Stadt hereinbrachen, raunt noch jetzt eine dreihundertjährige Linde, unter der noch seinem freigelegten Einzug in Freiberg der Schwedengeneral Torstenson rast gemacht hat. Ein Stück weiterhin schaut das trophäe Mauerwerk des Schlosses Freudentein übers Land. Und nun endlich der Dom! Der gedrungene Bau steht kantig und in seiner Turmlosigkeit finster und verschlossen da. Dem Antlitz dieser Stadt wittert die Geschichte aus allen Zügen, Gesichte, die bald nur noch Erinnerung sein wird. Denn schon wendet sich das letzte Blatt des jüngsten Abschnittes.

Weit im Lande, ja in der Welt löst der Name der Stadt Freiberg die Vorstellung einer betriebenen Gegend aus, die durch das von einer bis auf unsere Tage lebenden Romantik umgebene Wirken des Bergmannes ihr Gepräge erhalten hat. Schürflust und Kinderfreude, Mühsal und Tod des heitersten Bergknappen flingen und klingen durch die deutsche Dichtung, und das deutsche Märchen, dem aus dem dunklen Reich unserer Tage eine ganze Anzahl seiner uns und unserer Kindern vertrautesten Gestalten geboren wurden. Der sächsische Bergmann, und zumal der Knappe aus dem Freiburger Silbererzgebiet steht in dem Bilde nicht an letzter Stelle. Wie sollte er auch. Seit mehr als 800 Jahren nennt ihn deutsche Geschichte. Von der Ausdehnung des erzgebirgischen Bergbaues und seiner Folgen Vergangenheit freilich hat wohl niemand da draußen eine rechte Vorstellung. Man staune: schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts haben mehr denn 700 Freiburger Gruben in Erglieferung gestanden, und seitdem war es, von kurzen Unterbrechungen durch Kriegsnot abgesehen, ein unaufhörliches Weiterleben. Immer neue Gänge wurden gefunden und angebrochen, immer neue Schichten senkten sich in die Tiefe, immer ergiebiger wurde der Betrieb der einzelnen Gruben und immer großartiger unter der Wirkung des Aufstrebens der bergleichen Wissenschaften, für die seit Mitte des 18. Jahrhunderts die alte, in der ganzen Welt berühmte und heute namentlich aus dem europäischen Osten fast besuchte Freiburger Bergakademie den Mittelpunkt bildete, die neuen Anlagen, die großartigste unter ihnen der längste Stollen der Welt, der zur Wasserhaltung dienende, über 14 Kilometer ausgebeutete Rößchenberger Stollen, dessen erste Planung vom Oberhauptmann von Herder, dem Sohne des Dichters, herrührt. Diese fortwährende Steigerung der Entwicklung und des Fördergutes hielt bis zum Jahre 1884 an, in dem für nicht weniger als 5 1/2 Millionen Mark Silber zu Tage gebracht wurden. Der Erzeugung des Höhepunktes aber folgte ein jäher Sturz: das Ueberhandnehmen der Goldwährung und die Nebenbuhlerchaft der überseeischen Silbergruben haben zu einem ständigen Preisrückgang des Edelmetalles geführt, und heute löst das Silber etwa nur noch ein Drittel so viel wie vor 40 Jahren. Seit 1888 ist der Ertrag mit rasender Schnelligkeit zurückgegangen. Endlich gab es doch kein Halten mehr. Sachsen mußte sich entschließen, den Bergbau Frei-

handelt, auch entsprechendes Stimmrecht gewährt werden, und es müßten ferner Vorschriften für die Verwendung der Unterstützung zur Geltung gebracht werden, wie sie bei uns maßgebend sind. — Im übrigen kann der Redner konstatieren, daß die Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen vom Verbandstage als zufriedenstellend anerkannt wurde.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Zur Charlottenburger Angelegenheit wird folgender Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Der Verbandstag beschließt, daß durch die Beschlüsse der Verbandstage von Köln, Stuttgart und München die Voraussetzungen für den Anschluß Charlottenburgs an Berlin gegeben sind. Der Verbandstag erklärt damit diese Angelegenheit für erledigt und beschließt, daß die Jahrsitzung Charlottenburg sich mit dem 1. Juli 1912 Berlin anschließt.“

Der Antrag auf Veranstaltung einer Konferenz der Zentral-Kommissionen wurde mit 82 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung:

#### Vericht der Redaktion und der Preßkommission

Führt der Redakteur Kahfer in den Hauptpunkten aus: Die Redaktion hat in den letzten beiden Jahren darauf verzichtet, im Jahresbericht schriftlichen Bericht zu geben. Wenn sich nichts Außergewöhnliches ereignet, würde der jährliche Bericht Wiederholungen bieten. Im übrigen liegt ja das Resultat der Redaktions-tätigkeit den Mitgliedern allwöchentlich vor, und die Preßkommission, die ja als Aufsicht- und Bescheidstelle fungiert, hat in den zwei Jahren nicht ein einziges Mal Veranlassung gehabt, in unsere Tätigkeit einzugreifen. Daraus ist natürlich nicht zu schließen, daß die Redaktion sich etwa die volle Zufriedenheit der Kollegenschaft erworben hätte. Es konnten selbstverständlich nicht alle Wünsche befriedigt werden. Korrespondenzen aus den verschiedenen Orten müßten oft gekürzt werden, und in der Hochsaison ist die Zahl der Bewegungen in der Regel so groß, daß die Redaktion sich schon aus Rücksicht auf den Raum Beschränkungen auferlegen muß. — Der Redner geht näher auf die Grundzüge ein, die bei der Berichterstattung über Lohnbewegungen und Tarifverhandlungen maßgebend sind, und fährt dann fort: Die „Holzarbeiterzeitung“ will und soll ein Organ zur Belehrung und Erziehung der Verbandmitglieder sein. Wir wollen in den Mitgliedern das Klassenbewußtsein wecken und sie zu Klassenkämpfern erziehen. Unsere Zeitung ist ein Organ des kämpfenden Proletariats und darf demnach auch an den politischen Kämpfen der Arbeiterschaft nicht achtlos vorbeigehen, und als Gewerkschaftsorgan hat sie auch alle die Fragen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaftsbewegung gemeinsam berühren, wenn sie auch vor allem die Interessen der Holzarbeiter und des Holzarbeiterverbandes wahrzunehmen hat. Wir nehmen für uns auch gegenüber anderen Verbänden das Recht selbständiger Stellungnahme in Anspruch, und dadurch kann es vorkommen, daß unsere Auffassung mit der anderer Organe innerhalb der Arbeiterschaft auch einmal nicht übereinstimmt, wie dies bei dem Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe zutage trat. In politischer Hinsicht vertreten wir die Auffassung, daß die Gewerkschaftsmitglieder die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten unterstützen und fördern sollen, daß aber die Gewerkschaften aus ihren Reihen keine Beiträge zu den Wahlfonds leisten. Soweit die „Holzarbeiterzeitung“ zu den politischen Vorgängen Stellung nimmt, tut sie es im Sinne der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, die wirklich die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Daß ein Gewerkschaftsblatt sich mit Politik beschäftigt, ist notwendig und bei dem engen Zusammenhange der politischen Zustände mit der Sozialpolitik und den wirtschaftlichen Verhältnissen unvermeidlich. Dadurch wird selbstverständlich die Organisation, die das Blatt vertritt, nicht zu einer politischen gemacht. — Der Redner spricht dann noch über die Ausführung einiger Aufträge des Münchener Verbandstages. Es war dort gewünscht worden, in der Sterbetafel des Organs die Todesursachen mit anzuführen, um auf diese Weise eine Statistik hierüber zustandzubringen. Dieser Zweck konnte jedoch nicht erreicht werden, da die Angaben allzu unzureichend ausfielen. Es wäre bei der Größe der Organisation zu empfehlen, die Sterbetafel überhaupt abzuschaffen. — Der Redner fordert schließlich zur Kritik an der Tätigkeit der Redaktion auf und spricht die Erwartung aus, daß das, was in der Berichtszeit geleistet wurde, gerechte Würdigung finden werde.

Der Bericht der Preßkommission ist bereits erledigt durch die gedruckt vorliegende Mitteilung, daß aus den Mitgliederkreisen Beschwerden über die Holzarbeiterzeitung während der ganzen Berichtperiode nicht eingegangen sind.

In der Diskussion nimmt zunächst Leopold Berlin das Wort und begründet folgenden Antrag der Statutenberatungskommission:

„Der Verbandstag hält eine ausgiebige Behandlung der Lehrlingsfrage in der Holzarbeiterzeitung für sehr wünschenswert und empfiehlt der Redaktion, diesem Gegenstand auch künftighin die erforderliche Beachtung zu schenken.“

Leipziger (Verbandsvorsitzender) erklärt, er sehe sich veranlaßt, hinsichtlich der Haltung der „Holzarbeiterzeitung“ beim Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe seine abweichende Meinung kundzutun. Wie man im eigenen Verband auf dem Standpunkt stehe,

daß während der Dauer eines Kampfes über die faktischen Maßnahmen nicht gestritten werden dürfe im Verbandsorgan, so habe die Redaktion auch in diesem Fall gegenüber einer befreundeten Organisation handeln müssen. Es habe mit Recht Unwillen erregt, daß Mitglieder des Buchdruckerverbandes sich gegen ihren Verbandsvorstand auf die „Holzarbeiterzeitung“ berufen konnten. Jedenfalls wäre es besser, in Zukunft derartige Auslassungen über das Vorgehen befreundeter Organisationen zurückzustellen bis zur Beendigung eines Konflikts.

Rietzmüller-Freiburg wendet sich gegen einen Artikel der „Holzarbeiterzeitung“ über den Magdeburger Parteitag, worin der Redakteur sich im Interesse der Disziplin mit dem Parteitagsschluß einverstanden erklärte, durch den das Verhalten der Badischen Budgetbewerber verurteilt wurde. Dergleichen Parteikritik, meint der Redner, gehöre nicht in das Fachblatt. Die Badischen Landtagsabgeordneten seien schon im „Vorwärts“ verurteilt worden. —

Hin-Hannover wünscht mehr Artikel über das Genossenschaftswesen und über die Alkoholfrage, sowie mehr Berücksichtigung der einzelnen Branchen im Verbandsorgan.

Schneppenhorst-Nürnberg glaubt gerne, daß der Artikel über den Magdeburger Parteitag nicht überall gefallen hat. Er, Redner, aber wolle den Redakteur gegen die Neigungen Rietzmüllers in Schutz nehmen. Der Redakteur dürfe sehr wohl eine kritische Betrachtung über die Beschlüsse eines Parteitages geben.

Rösbecker-Fürth wünscht, daß in der „Holzarbeiterzeitung“ über die Verschmelzungsfrage das gesagt werde, was notwendig sei. Man brauche dabei nicht allzu rücksichtsvoll zu sein, wenn es gelte, keinen Organisationen klar zu machen, daß sie nicht imstande sind, die Interessen ihrer Mitglieder ausreichend zu vertreten.

Kahfer antwortet in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Einwendungen. Dem Genossenschaftswesen werde tatsächlich im Verbandsorgan große Berücksichtigung zuteil, jedoch könne man nicht in jeder Nummer Artikel darüber bringen. Ebenso sei die Alkoholfrage schon lange wiederholt behandelt worden, und das werde auch in Zukunft geschehen. Den Tadel über die Stellungnahme des Verbandsorgans zum Konflikt im Zeitungsgewerbe halte er, Redner, nicht für berechtigt. Da große Zeitungen nicht erscheinen konnten, habe die Sache solche Bedeutung für die Öffentlichkeit gewonnen, daß Stellung dazu genommen werden mußte. In der Verschmelzungsfrage müsse das Verbandsorgan dieselbe Haltung wie der Verbandsvorstand beobachten, nämlich die, daß man es den betreffenden Organisationen selbst überlasse, zu entscheiden und sich darüber klar zu machen, ob der Anschluß an den Holzarbeiterverband für sie zweckmäßig ist. Was den Artikel über den Magdeburger Parteitag betreffe, so sei er, Redner, der Meinung, daß die „Holzarbeiterzeitung“ sich nicht in innere Streitigkeiten der Partei einzumischen habe, wohl aber über die Parteitage kritisch berichten und zu den Beschlüssen Stellung nehmen dürfe.

Leipziger erklärt nochmals, persönlich, daß er mit der Haltung des Verbandsorgans zum Konflikt im Zeitungsgewerbe nicht einverstanden sei, was jedoch dem freundschaftlichen Zusammenarbeiten mit dem Redakteur in keiner Weise Abbruch getan habe.

Der Antrag Kahfer, daß in Zukunft die Sterbetafel nicht mehr erscheinen soll, wird angenommen; ebenso der Antrag der Statutenberatungskommission zur Behandlung der Lehrlingsfrage.

Am Nachmittag kommt in geschlossener Sitzung der Punkt

#### Unsere Lohnbewegung

zur Verhandlung. Das Referat hält Reumann (Verbands-vorstand). Die Sitzung wird um 5 Uhr geschlossen, um den Delegierten den Besuch der Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg möglich zu machen.

### 6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer Deutschlands.

München, 24. Juni.

Die Verhandlungen begannen am Sonntag im „Spatenkeller“ in München. Anwesend sind 19 Delegierte: Vom Vorstand sind Dupont, Weller und Stahl-Berlin, vom Ausschuß Lüttich-Leipzig, von der Generalkommission Genosse Imbrecht-Berlin anwesend. Eingelassen sind Begrüßungsdelegierte aus Hamburg, Nürnberg und von den Gipfern und Stulldateuren Oesterreichs. Der

#### Geschäftsbericht

liegt den Delegierten gedruckt vor und wurde von Dupont in einigen Punkten ergänzt. Infolge der Dämpfung der Arbeit sei im Zentralbureau die Anstellung einer Hilfskraft nötig geworden. Zu beklagen sei die geradezu auffällig schwache Beteiligung bei der Wahl zur Generalversammlung. So haben sich beispielsweise in Hamburg, wo die Kollegen immer auf dem Posten waren, nicht einmal ein Drittel derselben an der Wahl beteiligt. Der Redner rügt, daß bezüglich der Zentralarbeitsvermittlung die Statistik so

mangelhaft geführt wird und ersucht die Verwaltungsstellen, über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit genau Buch zu führen. Das gleiche treffe auch auf die statistischen Karten zu. Auch diese Karten müßten korrekt ausgefüllt und regelmäßig an den Zentralvorstand eingeschickt werden. In bezug auf Reichsschutz erwählte Dupont einen Fall, der seinerzeit in der Partei- und Gewerkschaftspresse des In- und Auslandes Aufsehen erregte. Ein Kollege wurde wegen Meineids, den er in einer Strafkammerverhandlung wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen geleistet haben soll, vom Schwurgericht Detmold zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Organisation gewährte dem Kollegen Rechtsschutz. Rechtsanwalt Genosse Heinemann-Berlin legte Revision beim Reichsgericht ein, das dieses unerhörte Urteil auch aufgehob und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schwurgericht Detmold zurückverwies, das dann in der zweiten Verhandlung auf Freisprechung des Kollegen erkannte. Dadurch sind der Organisation 1237 M. Kosten entstanden. Selbst wenn die Kosten noch höher geworden wären, würde niemand unter den Kollegen sein, der dies bedauern würde. Aber der Zentralvorstand habe sich die Frage vorgelegt, ob nicht auch die in Frage kommende Organisation, der Schneiderverband, zu den Kosten herangezogen werden könnte. Eine Aussprache zwischen den beiderseitigen Zentralvorständen führte dazu, daß der Schneiderverband in der entgegenkommendsten Weise sich zur Tragung der Hälfte der Kosten bereit erklärte. Der

#### Rassenbericht

wurde vom 2. Vorsitzenden Weller in einigen Punkten ergänzt. Die Zunahme des Verbandsvermögens sei nicht allein auf die auf der Magdeburger Generalversammlung beschlossene Sanierung, sondern hauptsächlich auf den Rückgang der Ausgaben zurückzuführen. Seit der Magdeburger Generalversammlung habe das Verbandsvermögen stetig zugenommen. Ausgaben für größere Streiks sind seit dem Kampf in Berlin im Jahre 1907 nicht zu verzeichnen. Es müßten nur kleinere Streiks geführt werden. Die Frage, ob das Vermögen der Organisation bei der Genossenschaftsbank der Großenlaufs-genossenschaft anzulegen sei, habe den Vorstand in einigen Sitzungen beschäftigt. In einem Beschlusse sei es aber nicht gekommen und überlasse der Hauptvorstand die Entscheidung der Generalversammlung. Der Bericht des Hauptverwalters Stahl-Berlin bietet kein allgemeines Interesse.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht wurde eine schriftlich eingegangene Beschwerde der Ortsverwaltung Reichen gegen den Zentralvorstand behandelt. Die Reichen Kollegen haben infolge eines Vermögens in größerem Defizit. Sie verlangten vom Zentralvorstand zur Deckung der Schulden den Betrag von 300 M. Der Vorstand lehnte dies ab, weil aus Mitteln der Organisation Gelder zu solchen Zwecken nicht bewilligt werden dürfen. In der Diskussion wurde die Haltung des Zentralvorstandes von allen Rednern gebilligt, worauf die Beschwerde einmütig zurückgewiesen wurde. Die

#### Diskussion über den Geschäftsbericht

setzte mit einer Kritik über die Haltung der „Bildhauerzeitung“ ein. Es wurden die alten Klagen über Kürzungen, Änderungen von Berichten laut. In seiner Kritik über die Tätigkeit des Redakteurs begründete König-Berlin einen Antrag auf Schaffung einer Preßkommission am Orte. Die Berliner Kollegen glauben, daß sie damit einen größeren Einfluß auf die Zeitung erhalten und daß eventuell Beschwerden durch eine persönliche Aussprache mit der Redaktion schneller erledigt werden könnten. — Die folgenden Redner halten die Schaffung einer Preßkommission für überflüssig und ebenso halten sie es nicht für opportun, daß der Sitz der Preßkommission gerade in Berlin sein müßte. Schröder-Leipzig ist mit der im Verbandsorgan betätigten Propaganda für den 1. Mai nicht einverstanden. Nach den bestehenden Beschlüssen der Gewerkschaftslogenreife und Parteitage ist die Arbeitstube am 1. Mai die würdigste Feier. Die gelinde Propaganda im Verbandsorgan genüge nicht und es müßte vom Redakteur verlangt werden, daß in Zukunft mehr Propaganda für die Arbeitstube am 1. Mai gemacht werde. Lüttich-Leipzig (Vorsitzender des Ausschusses) hatte in der Begründung des Gesetzer Antrages großzügige Gesichtspunkte erwartet und konstatiert, daß von allen vorgebrachten Beschwerden und Wünschen nicht ein einziger Fall dem Ausschusse unterbreitet wurde. Beschwerden, wie sie von König zur Sprache gebracht wurden, können auch nicht durch eine Preßkommission beseitigt werden. Der Antrag sei ungewinnlich und unpraktisch, daher sollte es bei dem jetzigen Zustand belassen werden. Verbandsvorsitzender Dupont, in dessen Händen die Redaktion liegt, rechtfertigte seine Haltung gegenüber den verschiedenen in der Diskussion aufgeworfenen Fragen und wies die gegen ihn gerichteten Angriffe zurück. Eine bessere Propaganda für den 1. Mai im Verbandsorgan zu machen, könne er nicht versprechen. Diese Beschränkung sei gegeben in dem Umstand, daß Redakteur und Vorsitzender in einer Person vereinigt sei.

Der Antrag Berlin auf Schaffung einer Preßkommission wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Bei der weiteren Diskussion über den Geschäftsbericht nahm die Arbeitsvermittlung einen breiten Raum ein. Wir berichten darüber morgen.

## Erfrischende Getränke

Bereitet man sich am besten selbst mit Reichels Limonaden-Extrakt. Ein halber Teelöffel voll auf ein Glas Zuckervermischt genügt zur augenblicklichen Bereitung einer ganz köstlichen schmeckenden Limonade von edlem Aroma und reinem Fruchtgeschmack in Himbeer, Erdbeer, Kirsche, Zitronen, Grenadine, Orange etc. Unglaublich vorteilhaft und einfach. 1 Originalflasche 75 Pfg. Zur Probe 1/2 Liter. In den bekannten Drogerien erhältlich. Alleiniger Fabrikant Otto Reichel, Berlin SO., Lindenbaumstraße 4. Vor Nachahmungen schützt die Schutzmarke Lichterg. Ausführliches literarisches Rezeptbuch: „Die Destillation im Haushalt“ gratis.

## Humor-Quartett

Von der Reise zurück Dr. Kell

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4



Ein Kuss für

**Servus** bester Schuhputz mit Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf. Fabrikanten: Lubzynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

## Oeffentliche politische Versammlungen.

# Kinderschutzkommission

Am Mittwoch, den 26. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:

1. Die Lebensverhältnisse als Schicksale der proletarischen Jugend. Referent: H. Barentha, Genosse

2. Diskussion

217/8\*

Die Einberuferin: Martha Demmling, Vorhogener Str. 29.

## Maschinen-Arbeiter!

Montag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, in den „Andreas-Festsälen“, Andreasstraße 21:

## Außerordentliche Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

„Die Unfallgefahren in der Holzindustrie.“ Referent: Kollege A. Ralsh-Berlin, Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Da zu dieser Versammlung die Vertreter der Berufsvereinigungen und Gewerkschaften eingeladen sind, erwarten wir von den Kollegen, daß Mann für Mann erscheint. Die Kommission.

Die Wander-Ausstellung im Gewerkschaftshaus, Saal 3, ist täglich geöffnet von 9-1 und 4-9 Uhr. Sonntag von 9-1 Uhr.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Amt Norden, Nr. 1239. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987

Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**

der  
**Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins**  
in den Musiker-Festsälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m (großer Saal).

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Eduard Bern-  
stein: „Englische Gewerkschaftskämpfe“. 2. Diskussion. 3. Branchen-  
angelegenheiten und Verschiedenes.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**

der **Drahtarbeiter und Arbeiterinnen**  
im Lokal von Merkowski, Andreasstr. 26.

Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Ver-  
schiebenes.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 Uhr:  
**Versammlung**

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie sämtlicher in den  
mechanischen Betrieben beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen  
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal).

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Schriftstellers Genossen Dr. Rud. Breitfeld  
über: „Der Spindelfabrikant“. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Ver-  
bandsangelegenheiten.  
Kolleginnen und Kollegen! Wir erlauben, für einen guten Besuch dieser  
Versammlung zu agieren!

Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**

der **Klempner**  
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.

Tagesordnung:  
1. Vortrag: „Die preussische Gewaltpolitik gegen die Ar-  
beiterklasse“. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse D. Strödel.  
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.  
Die Kollegen der Firma Bunk sowie aus den Tempelhof-Ver-  
trieben, ferner aus den Weichblech- und Emballagebetrieben werden  
erlaubt, zahlreich zu erscheinen.  
Mitgliedsbuch ist zwecks Legitimation mitzubringen.  
Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir einen  
zahlreichen Besuch.

Donnerstag, den 27. Juni, abends 7 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung für Ober-Schöneweide**

im **Wilhelminenhof, Ober-Schöneweide.**

Tagesordnung:  
1. Bericht der Kommission zur Wahl der Beitragsammler. 2. Wahl  
der Beitragsammler.  
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

**Achtung! Erwerbslose (Kranke).**

Regen Quartalsabschluss bleibt das Bureau am  
Montag, den 1. Juli, den ganzen Tag geschlossen  
und erhalten die Kollegen schon am Sonntag, den 29. Juni, für  
diesen Tag ihre Unterstützung.

Da sämtliche Bücher eingezogen werden, bitten wir, die Unterstützung  
bis zum Sonntag, den 29. Juni abzugeben. Ausgeschlossen davon  
sind nur diejenigen Kollegen, welche sich in Krankenhäusern oder Heilstätten  
befinden und ihre Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abgeben.  
119/19 Die Ortsverwaltung.

**Heideschloß Hohenbinde**  
„Zum Gutenberg“  
Stadtbahnhof an Oranien. Fernruf 293.  
Wald und See gelegen.  
Wohlfühl Sommerwohnungen u. Zimmer.  
Für Vereine u. der schönste Ausflugs-  
ort. Brauerei und Halle. Regel-  
bahnen u. c.  
H. Schumann.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden).

**Neuerscheinungen:**  
Abhandlungen und Vorträge  
zur sozialistischen Bildung.  
Herausgegeben von  
**Max Grunwald.**

Hef 2:  
Partei und Gewerkschaft  
in vergleichender Statistik  
von  
**August Mai.**

Hef 3:  
Goethe und die Arbeiter  
von  
**Max Grunwald.**  
Preis jedes Heftes 40 Pf.

**Zigarren-W. Herbst**  
Fabriken  
Begr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873.  
BERLIN SW., Ritterstr. 83  
Erstklassige Ware. Zigarren-  
männern bestens empfohlen.  
— Tarifarbeit.

# Zentralverband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.  
Bureau und Arbeitsnachweis: Lindenstr. 73. Telefon: Amt Norden 9714.  
Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokal von Docter, Weberstraße 17:

**Außerordentliche General-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Berichterstattung vom Verbandsstag.  
2. Anträge und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.  
Kollegen! Der Verbandsstag in Düsseldorf hat für unsere Organisation  
außerordentlich wichtige Beschlüsse gefasst und ist es deshalb notwendig, daß  
sämtliche Mitglieder zu dieser Versammlung erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Berliner Spar- u. Bauverein**  
eingetragene Genossenschaft mit be-  
schränkter Haftpflicht.  
Bilanz am 31. Dezember 1911.

Aktiva.	
Bebaute Grundstücke . . .	9 095 809,94
Teilweise bebaute Grund- stücke . . .	541 185,99
Unbebaute Grundstücke . . .	234 180,—
Bau-Rantine . . .	1 500,—
Wörterbuch . . .	1,—
Inventory . . .	1,—
Einlage-Akt. d. Eheg. Fried- rich-Schönung . . .	50 000,—
Kirchengemeinde Tempel- hof . . .	17 725,—
Rückständige Mieten . . .	56,50
Bertpapiere . . .	62 326,85
Dank-Guthaben . . .	404 125,50
Raffen-Bestand . . .	24 925,50
<b>Ga. 10 431 817,34</b>	

Passiva.	
Rückstellung für die An- siedelung Tempelhof . . .	18 371,82
Rückstellung f. d. Ansiede- lung Charlottenburg . . .	148 094,14
Rückstellung für d. Wohl- fahrts-Haus Charlotten- burg . . .	34 431,20
Noch zu zahlende Schuld- verpflichtungen . . .	10 560,—
Einbehalten Bar . . .	13 924,68
Reife Darlehen . . .	18 663,75
Hypotheken . . .	6 392 221,90
Schuldverschreibungen . . .	493 000,—
Spareinlagen d. Genossen . . .	2 496 392,30
Geschäfts-Gut- haben . . .	534 865,90
Vermehrung i. J. 1911 . . .	57 826,85
Eheg. Leih-Schönung . . .	58 171,75
Reife Bernstein-Schenk. . .	96 430,60
Referenzfonds . . .	41 799,85
Reingewinn . . .	21 473,50
<b>Ga. 10 431 817,34</b>	

**Gewinnverteilung.**  
3/4 Proz. Dividende auf  
Geschäftsguthaben am  
31. Dezember 1910 . . . 17 961,30 Mr.  
Dem Referenzfonds gut-  
geschrieben . . . 3 512,20  
**Ga. 21 473,50 Mr.**

**Mitgliederzahl.**  
Am 1. Januar 1911 . . . 5479  
Eingetretene im Jahre 1911 . . . 592  
6071  
Am 31. Dezember 1911 schieden  
aus infolge Ausschlus, Tod  
und Austritt . . . 575  
Bestand an Mitgliedern am  
1. Januar 1912 . . . 5496  
Die Gesamtsumme sämtlicher  
Mitglieder betrug am  
Schlusse des Geschäftsjah-  
res 1910 . . . 1 663 500 Mr.  
Sie hat sich vermehrt um  
4 500 . . . 1 668 000 Mr.

105/6 Der Vorstand.  
L. Schmidt. Ernst Roscher.

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt-Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schlei-  
er etc. v. einfachsten bis zum  
hocheleganten Genre. Ausrüst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

Allen Partei- und Gewerkschafts-  
genossen zur Nachricht, daß ich die  
**Franz- u. Blumenbinderei**  
von **Robert Meyer**, Mariannen-  
straße 2, übernommen habe.  
**Paul Golletz.**

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot**  
nach Maß, schnell, sauber. Zusatzen  
von 25 Mark an. **Moritz Laband**,  
Neue Promenade 6, II. (Stadth. Börs.)

Reparaturen. Spez.: Un-  
erklärlich saubere Renur  
für Schüler. Towerbeser-  
rung, auf Wunsch auch solche,  
die dem alt-italienischen Tone  
ähnlich sind. Besondere  
Vorteile und eventuelle  
Rabatte. Ungewöhnlich  
schöne Anerkennungen.  
**Smil Toussaint.**  
Werkstätte für Kunstgegenbau  
in Berlin N. 24, Al. Hamburgerstr. 17.

**Wer Kenner ist, der kaut nur**  
**G. Rokahrs**  
**Export-Kautabak**

Unübertroffen in Qualität. X Sparsam im Gebrauch.  
Hauptniederlage: **Berlin C. 2, Klosterstraße 63.**  
Amt Kgrst. 8498.

**Westmann**  
Mohrenstr. 37 a Gr. Frankfurterstr. 115

Ich bitte um Prüfung meines heutigen Angebotes!  
**Kostüme | Mäntel**

zum größten Teil  
eigenes Fabrikat, nur beste  
Stoffe, Fassons und Zutaten

Blaue Kammgarn, Phantasie, Loden, Leinen, Bast (deutsches Fabrikat), Seide etc.	leichtes Tuch in schwarz u. farbig <b>Frauen - Mäntel</b> Tüll, Loden, Alpaka, Seide, Popeline
<b>Musseline - Kleider</b> <b>Voile - Kleider</b> <b>Seiden - Kleider</b>	<b>Ulster, Übergangs- und Regen-Mäntel</b>

Alle Größen, alle Welten, selbst für  
die stärksten Figuren.

Preislagen:  
von M. 10 an, je nach Qual. 12, 15, 18,  
21, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 60 bis M. 200  
Zurückgesetzte Konfektion!  
Kostüme . . . M. 10 (früh. bis M. 50) | Paletots . . . M. 6 (früh. bis M. 20)  
Lein.-Kostüme M. 6 (früh. bis M. 22) | Kleider . . . M. 15 (früh. bis M. 60)  
Röcke . . . M. 5 (früh. bis M. 15) | Blusen . . . M. 8 (früh. bis M. 15)

**Todes-Anzeigen**

Am Sonntag entschlief sanft nach schwerem Leiden  
einer meiner ältesten Arbeiter, der Ablieferer  
**Franz Tietz**  
welcher fast neun Jahre für meine Firma tätig war.  
Treue Anhänglichkeit und stets gewissenhafte Pflicht-  
erfüllung haben ihm bei mir ein unauslöschliches und  
ehrendes Gedenken für immer gesichert. 2299b  
**Adolf Behmack.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
3. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Klempner  
**Robert Galinowski**  
Erlanger Str. 142, verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von  
der Leichenhalle des Zentral-Fried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
210/18 **Der Vorstand.**

**Deutscher Textilarbeiter-**  
**Verband.**  
Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Detateur  
**Franz Tietz**  
am Sonntag, den 23. d. M. ge-  
storben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.  
197/5 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
Am 24. Juni verstarb unser  
Genosse, der Schankwirt  
**Fritz Maab**  
Wiesenstr. 27.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. d. M., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des Freiwilligen Friedhofes in  
der Doppelallee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
229/20 **Der Vorstand.**

**Verband der Kupferschmiede**  
Deutschlands. Filiale  
Berlin.  
Am 23. Juni verstarb plötzlich  
und unerwartet unser Mitglied,  
der Kollege  
**Ludwig Riemenschneider**  
im Alter von 29 Jahren an  
Scharlach.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. Juni, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Golthaus-Kirchhofes, Vorjussstraße,  
aus statt.  
Die Sängler treffen sich im Lokal  
von Ferdinand Schutz, Müller-  
straße 59, Ecke Vorjussstraße.  
Rege Beteiligung erwartet  
99/4 **Der Vorstand.**

**Verband der freien Gast- und**  
**Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Friedrich Maab**  
(Wiesenstr. 27, Bezirk 2)  
verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 27. Juni, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Freiwilligen Friedhofes  
in der Doppelallee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
78/14 **Die Ortsverwaltung.**

Am Montag verstarb nach  
kurzem aber schwerem Leiden  
meine liebe Frau, unsere gute,  
liebe Mutter, Tochter, Schwester  
und Schwägerin  
**Berta Kundmüller**  
geb. **Kathen.**  
Dies zeigt um stille Teilnahme  
bittend an  
**Ernst Kundmüller**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 5 Uhr,  
von der Leichenhalle des neuen  
Jakobi-Kirchhofes, Neudörfen, Her-  
mannstraße aus statt. 2245b

**Männerchor**  
**Neukölln.**  
Hierdurch die traurige Nachricht,  
daß unser langjähriges Mitglied,  
der Sangesbruder  
**August Metscher**  
am 23. Juni verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 26. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeindefriedhofes,  
Neudörfen, Mariendorfer Weg, aus  
statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
22495 **Der Vorstand.**

**Danksagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und  
Kranzspenden bei der Beerdigung  
meines lieben, unvergesslichen Vaters  
**August Schulz**  
sage ich allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, dem Transport-  
arbeiterverband, dem Personal der  
Firma H. Fensler, Nachfolger Otto  
Fische, dem Sperverstein „Goldbe“,  
dem Lotterieverein „Zufriedenheit“,  
der Firma Otto Levy und den Mit-  
demolnern des Hauses meinen herz-  
lichsten Dank. 6134  
**Witwe Johanna Schulz.**

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß mein  
herzenguter Mann, treuerstehender  
Vater, Sohn, Bruder und Onkel,  
der Bauer  
**August Metscher**  
im Alter von 86 Jahren am  
22. Juni 1912 nach schwerem, kurzen  
Leiden plötzlich gestorben ist.  
Dies zeigt, um stille Anteil  
bittend, herzlich an  
**Wwe. Martha Metscher**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Gemeindef-  
riedhofes Neudörfen, Mariendorfer  
Weg, aus statt.  
Auch gleich zur Nachricht, daß  
mir meine einzige Tochter  
**Erna**  
durch ein schmerzliches, kurzes Leiden  
plötzlich durch den Tod entrissen  
wurde.  
Die Hebefräule Mutter  
**Wwe. Martha Metscher.**

**Danksagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei  
der Beerdigung meines unvergesslichen  
Vaters, des Restaurateurs  
**Wilhelm Erdmann**  
sagen wir allen Verwandten, Bekan-  
nten, Freunden, dem Schankwirt-  
verein Neudörfen, dem Textilarbeiter  
Firma Varg u. Co. (Filiale Mühl-  
straße), der Firma Scheller sowie den  
Handwerkern nebst Anführern des Igl.  
Hospitalkomitees W. Nicolai meinen  
herzlichsten Dank. 2245b  
Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Kola Erdmann und Sohn Walter.**

**Zentralverband**  
der **Maschinisten und Heizer**  
sowie Berufsgenossen Deutschl.  
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
Am 24. d. Mts. verstarb unser  
Mitglied, Kollege  
**Hugo Prillwitz.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Donner-  
stag, den 27. Juni, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
neuen Johanneskirchhofes, Pich-  
ler, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
145/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Danksagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei  
der Beerdigung meines unvergesslichen  
Vaters, des Restaurateurs  
**Karl Vorwerk**  
sage ich allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten sowie dem Gelang-  
verein Hilgards meinen herzlichsten  
Dank. 3144  
**Wwe. Marie Vorwerk.**

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben, unvergesslichen Vaters und  
Onkels **Christoforus Ferdynands**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kanten, dem Sozialdemokr. Wahl-  
verein, dem Unterhaltungsverein der  
Schmiede und allen Kollegen meinen  
herzlichsten Dank. 314  
Frau Mathilde Ferdynands u. Besse,  
Spanbau, Pichlerdorfer Str. 23.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben, unvergesslichen Vaters und  
Onkels **Christoforus Ferdynands**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kanten, dem Sozialdemokr. Wahl-  
verein, dem Unterhaltungsverein der  
Schmiede und allen Kollegen meinen  
herzlichsten Dank. 314  
Frau Mathilde Ferdynands u. Besse,  
Spanbau, Pichlerdorfer Str. 23.



# Knaben-Mode Für die Reise ungewöhnlich billige Preise, äußerst günstige Kaufgelegenheit.

- Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff, für 3-8 Jahre, Einheitspreis **70 Pf.**
- Blusen-Wasch-Anzüge neueste Streifen, für 3 bis 8 Jahre, Einheitspreis M. **1 30**
- Matrosen-Wasch-Anzüge gestreift, Kragen mit schöner Garnierung für 3-8 Jahre, Einheitspreis M. **2 25**
- Ledersatin-Anzüge in vielen Formen und Mustern, für 3-8 Jahre, Einheitspreis M. **3 40**
- Prinz-Heinrich-Wasch-Anzüge schrelegant Aussehen, gestreifte Waschstoffe, mit Goldknöpfen für 3-8 Jahre, Einheitspreis **3 10**
- Einzelne Waschblusen verschiedene Stoffe u. Formen für 3-8 J. M. 1.65, 1.15, 90, **45 Pf.**
- Einzelne Waschoosen aus Resten gearbeitet, für 3 bis 8 Jahre, M. 1.15, 50, **45 Pf.**
- Satin-Sporthosen waschecht, für 3-8 Jahre, Einheitspreis **1 60**
- für 9-12 Jahre Einheitspreis **1 95**

**Kieler Anzüge** gestreifter Kadettstoff mit festem Kragen u. Manschetten für 3-8 Jahre **3 30**  
für 9-12 Jahre **3 95**

- Dauer bis 29. Juni
- Sport-Anzüge aus haltbaren Stoffen gearbeitet, für 3-8 Jahre, Einheitspreis M. **6 50 4 50**
  - Blaue Kammgarn-Anzüge hochgeschlossen und Matrosenform für 3-8 Jahre, Einheitspreis M. **6 50**
  - Jackett-Anzüge in verschiedenen Stoffarten, für 3-12 Jahre, Einheitspreis M. **9 50 7 50**
  - Sport-Anzüge dauerhafte Stoffe, neueste Fasson, f. 9 Jähr. Knaben, Einheitspreis M. **9 50**
  - Jedes ältere Jahr 50 Pf. mehr
  - Schul-Anzüge aus gut. grauen od. grünlichen Waschstoff, Joppe u. Hose f. 8-12 Jahre, Einheitspreis **3 60**
  - Sport-Hemden in den neuesten Mustern, gut waschbar, von M. **1 75**
  - Knaben-Sportmützen in vielen Stoffarten, neueste Formen **60 Pf.**
  - Sport-Gürtel in Gummi, Band oder Leder, von **90 Pf. an**

**Loden-Pelerinen** imprägnierte Strichloden, grau od. oliv Länge: 70, 80, 90 Preis: **4 35 100, 110 5 85**  
für Knaben und Mädchen, cm



## Seppel-Anzüge

- Jacke für 3 bis 5 Jahre, Einheitspreis **3 25**
- Jacke für 6 bis 9 Jahre, Einheitspreis **3 50**
- Hose schön zurecht, für 3 bis 5 Jahre, Einheitspreis **2 85**
- Hose für 6 bis 9 Jahre, Einheitspreis **3 10**

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke, der größten ihrer Art in Deutschland, wird unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gestattet

Sonntag nur von 8-10 Uhr geöffnet.

Der Haupt Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.

Jedlicher Nachdruck verboten.

# MANOLI Kardash

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. N. Gahnisch, Auguststr. 50, Eingang KochstraÙe.
- W. G. Schmidt, Kirchb. 14.
- O. H. Gabelbusch, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpenicker Str. 82, H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
- NO. P. Zucht, Annamuelstr. 12, J. Neul, Bernauerstr. 42.
- N. W. Baumann, Albrechtsberger Str. 67, F. Trapp, Ballanstr. 6, Karl Ward, Grelsenhagen Str. 27, J. Gönisch, Nazarethstr. 49, G. Vogel, Vorplatzstr. 37, H. Tieg, Invalldenstr. 124, S. Dechand, Rudeplatzstr. 24.
- NW. Karl Anders, Salzweidestr. 8.

- SW. G. Werner, Gnelenaustr. 72, Dachs, Hagenberger Str. 27, S. St. Fris, Prinzenstr. 11, F. Schumann, Rottbuser Damm 8, SO. Paul Böhm, Kaufher Weg 14/15, P. Gorch, Engländer 15, Adlershof, Karl Schwarzsche, Hoffmannstr. 9, Bamschulenweg, G. Pörzig, Raxenbalerstr. 15, L. Borsigwalde, Paul Rieck, Radebr. 10, Charlottenburg, Gustav Schornberg, Seidenheimer Str. 1, Friedrichshagen, Ernst Wertmann, Kopenider Str. 18, Grünau, Franz Klein, Friedh. 10, Johannisthal, Bielle, Kaiser-Wilhelm-Platz 6, Karlshorst, Richard Ritter, Radebr. 9, II, Köpenick, Emil Wähler, Rieperstr. 6, Laden, Lichtenberg, Cito Seifert, Bartenbergstr. 1, Nieder-Schöneweide, Gehrt, Priyer Str. 6.

- Nowawes, Wilhelm Japke, Friedh. 7, Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmshofstr. 17, II, Pankow, Otto Rihmann, Mühlent. 50, Reinickendorf, P. Gursch, Droppingstr. 56, Laden, Rixdorf, W. Heinrich, Redarstr. 2, Conrad, Jermannstr. 50, G. Rohr, Siegh. 25/29, Rammelsburg, H. Rosenkranz, Alt-Borsig 56, Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden, Spandau, Köppen, Breiter 64, Steglitz, G. Bernser, Uferstr. 5, Tempelhof, Joh. Krohn, Borsigstr. 62, Treptow, Robert Gramann, Rieboldstr. 412, Laden, Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schiller, König-Thaussee 30a, Wilmersdorf, Paul Schubert, Wild-im-Haus 27.

# Theater und Vergnügungen

- Mittwoch, 26. Juni 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Prater. D. die Berliner.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Im Lande der Witternachtslande.  
Königliche Oper. Helligwald.  
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.  
Kurfürstentor. Der Lanzknecht.  
Reines. Der liebe Augustin.  
Residenz. Alles für die Firma.  
Berliner. Große Rollen.  
Schiller O. Hohe Politik.  
Schiller O. Charlottenburg. Das Konzert.  
Neues Cigaretten. Der Kongress von Sevilla.  
Thalia. Kattolischen.  
Ricines. Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Strawatte.  
Metropole. Schwindelmeyer u. Co.  
Kofe. Der Pfarrer von Kirchfeld.  
Apollo. Spezialitäten.  
Vollage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Sanatorium Sonnenlicht.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Bessing. Vergnügungstheater.  
Neues Schauspielhaus. Partell. Nr. 10.  
Lustspielhaus. So'n Bindhund.  
Friedr. - Wilh. Schauspielhaus.  
Die leuchtende Sussanne.  
Polles Caprice. Parifana-Ensemble.  
Walhalla. Um eine Krone.  
Anfang 8 20 Uhr.  
Luisen. Schwester Garmen.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Mammerspiele. Weinfreund Teddy.  
Neues Volkstheater. Der Haub der Sabinerinnen.  
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.  
Stierwarte. Invalldenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O.**  
Walner-Theater.  
**Hohe Politik.**  
Schwank in 3 Akten v. R. Stowronnel.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Hohe Politik.**

**Schiller-Theater**  
Charlottenburg.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel in 3 Akten von Herrn Bohr.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Das Konzert.**

**IKLA**  
Intern. Kongress Lebender Abnormitäten.  
Die größte Ausstellung lebender Naturwunder von 10 bis 10 Uhr in den Gesamträumen des **Passage-Panoptikums.**  
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.  
Kinder, Sold. 25 Pf.

**Metropol-Theater.**  
Schwindelmeyer & Comp.  
Phantastisch musikalische Komödie in 4 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von F. Freund. Musik von R. Nelson. II. a. Länge v. B. 1.1.1. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.  
Anfang 8 Uhr. Hausen gestattet.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Rollen.**

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**

**ZOO-LOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 M. von abends 8 Uhr ab 50 Pf.; Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
Jahres-Abonnement an allen drei Schalterkassen.

**Ausstellung deutscher Konsumvereine**  
16.-30. Juni 1912  
**CLOU**  
Berlin  
Mauerstr. 82  
Geöffnet von 10 Uhr Vorm. bis 9 Uhr Nachm.

Mittwoch, den 26. Juni 1912:  
**Großes Konzert**  
ausgeführt durch das **Neue Tonkünstler-Orchester**  
Dirigent Franz Hoffelder.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
Operette von Leo Fall.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Auf der Gartenbühne:  
Juhu! Es ist erreicht! Hr. Neuse.

**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen Badstraße 58.  
Heute: **Elite-Tag.**  
**Die Tochter der Hexe**  
Koffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Hagenbeck's Indien**  
**Tempelhofer Feld**  
Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.  
Haupt-Vorstellungen: 11 1/2, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
Ab 3 Uhr: **Doppelkonzert** Leitg. des Kgl. Obermusikmeisters a. D. **Gustav Offeney.**  
Fußgänger-Promenade 50 Pfg. Reserv. Sitplätze: Loge 2.-, I. Trib. 1.50, II. 1.-, Kinder u. Militär die Hälfte.  
Unbeschränkter Aufenthalt.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger zum Schluss neu:  
**Sanatorium Sonnenlicht.**  
Bücherei von Neusel.  
Anfang Bodenl. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Gde Holzmarkt u. Alexanderstr.  
Täglich: Theater und Varieté.  
Anfang wochentags 8, Sonntags 5 Uhr. Vom 16. Juni bis 1. Juli: Erkl. Spezialitäten u. „Rosen a. d. Säulen“, gr. Operettenburleske

**Apollo Theater**  
Letzte Tage!  
ab 8 Uhr.  
10 große Attraktionen.  
Karl Adler mit seinem Kollegen „Riki“, Paul Beckers ufm.

**Admiralspalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast.  
Angenehm kühl. Aufenthalt  
Heute:  
2 Vorstellungen!  
Nachmittags und abends:  
„Yvonne“, Eis-Ballett  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.  
**Restaurant 1. Ranges**  
Wein- und Bier-Abteilung.

**LUNA PARK**  
Das schönste Vergnügungs-Etablissement des Kontinents!  
Entree 50 Pf. Bis 6 Uhr Kinder und Zwergstadt frei!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 25. Juni. (Privattelegr. des „Vort.“)

Am heutigen siebenten Verhandlungstage spricht sich als erster Zeuge der Zentrumsstadtverordnete Professor Uebel gegen die Tätigkeit der Frau Schapiro aus. Der Zeuge beschäftigt sich selbst viel auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und hat dabei aus dem Ältesten Kenntnis von einigen Fällen bekommen, in denen nach seiner Meinung das Verfahren der Frau Schapiro zu beanstanden sei. Im ersten Fall handelt es sich um ein etwa 14 jähriges Mädchen, das von den Eltern nicht erzogen werden konnte. Es ging abends nicht nach Hause und blieb sogar eine Nacht von Hause weg. Es wurde dann aufgegriffen, ärztlich untersucht und dem Mädchenheim überwiesen. Dort habe man es so streng gehalten, daß es nicht einmal seinen religiösen Pflichten nachgehen konnte. Diese Behandlung sei ihm zu weitgehend erschienen. Man habe dann das Kind nach Groß-Gerau als Dienstmädchen in ein Reggerhaus gegeben, ohne sich vorher um die Stelle zu vergewissern. Dort wurde es nach vier Tagen auf die Straße gesetzt, weil es sich mehrerer Diebstähle, u. a. bei einem Reggerburschen, schuldig gemacht haben sollte. Das Mädchen, das nun wieder nach Mainz kam, scherte sich aber nach Hause zurückzugehen und trieb sich in recht schlechter Gesellschaft herum. Die Assistentin wollte das Mädchen halten, es sei indessen direkt in das Kloster zum guten Hirten gelaufen. Zeuge hat die Auffassung, daß das Kind im Elternhause überlässig war. Es hatte nämlich im siebenten Jahre den Vergewaltigungsversuch eines Mannes, der dort wohnte, zu ertragen und behauptete dazu, seine eigene Mutter sei damit einverstanden gewesen. Er beanstandet einmal die von Frau Schapiro veranlaßte ärztliche Untersuchung, sodann, daß sich die Assistentin nicht vorher vergewissert habe wegen der Stelle. Frau Schapiro erklärt hierzu, daß das Kind auf Antrag der Mutter in dem Mädchenheim untergebracht wurde. Das Mädchenheim sei interkonfessionell. Dort hat sich das Mädchen ganz gut geföhrt. Die Vorsteherin des Mädchenheims habe dann eine Stelle für das Mädchen gefunden. Selbstverständlich habe sich die Assistentin darauf verlassen müssen, daß die vom Mädchenclubverein besorgte Stelle gut wäre. Der zweite Fall betrifft ein junges Mädchen, das aufgegriffen, untersucht und als geschlechtskrank befunden wurde. Der Zeuge Uebel beanstandet hier, daß man ein krankes Mädchen als Dienstmädchen vermietete; weiter, daß dem Mädchen im Cäcilienheim des Fräulein von Barner in Wiesbaden leuere Kleider angeschafft wurden. Das Heim sei für gefährdete Mädchen nichts, weil die Mädchen dort noch abends spazieren gehen könnten. Frau Schapiro hätte das Zwangs-erziehungsverfahren abwarten sollen.

Frau Schapiro: Alle drei Töchter dieser Familie waren sittlich verwahrloht. Die beiden ältesten Töchter befanden sich in anderen Umständen, die jüngste, hier in Frage stehende, war geschlechtskrank. Auf Wunsch des Vaters habe ich sie untersuchen lassen. Da ich damals noch in Mainz fremd war, erbot sich Fräulein von Barner, Mädchen von uns aufzunehmen. Ich habe das dann mit dem Beigeordneten und dem Beirat besprochen. Das Institut des Fräulein von Barner wird aus privaten Mitteln erhalten. Als das Mädchen als geheilt entlassen war, habe ich es vorsorglich nochmals vom Polizeiarzt untersuchen lassen, der feststellte, daß eine Ansteckungsgefahr nicht mehr bestehe. Darauf ist das Mädchen nach Wiesbaden gekommen.

In einem von dem Zeugen Uebel vorgetragene dritte Fall hatte die Assistentin ein der sittlichen Verwahrlosung anheim gefallenes Mädchen zeitweise in ihrem Heim aufgenommen, weil sie Bedenken gegen die Anstaltsberziehung hatte. Zeuge Uebel: Er sei für Anstaltsberziehung gewesen. Das Kind gehörte nicht in die Gesellschaft von Prostituierten, die im Fürsorgeheim seien. Er begreife nicht den Idealismus und Optimismus der Assistentin, daß sie selbst ihre eigenen Kinder mit Personen in ihrem Hause zusammenkommen ließe, die sie auf der Straße aufgelesen hat.

Frau Schapiro erklärt zu diesem Fall: Die Mutter war Prostituierte. Ich beanstandete, daß das Kind in diesen Verhältnissen weiter bei der Mutter bleibe, die auch nachts mit dem Kinde herumzog und darauf mit einem Witwer im Konkubinat lebte. Ich sprach darüber mit dem Polizeiarzt und brachte dann das Kind in mein Haus. Ueberwacht wurden allerdings die Kinder von einer Prostituierten, die durch unglückliche Verhältnisse in dieses Elend geraten, dann längere Zeit bei mir war und jetzt Ersieherin in einem guten Berliner Hause ist. Durch den Aufenthalt in meinem Haus wollte ich auch den gefährlichen Einfluß des Vaters verhindern. Das damals 12jährige Mädchen hatte natürlich auch Unarten, aber ich konnte nicht einsehen, daß darum nicht der Weg der Familienerziehung gewählt werden konnte. Die Mutter hat mich fast in jeder Hinsicht zu verhindern, daß ihr Kind in Anstalts-erziehung läme. Nach Rücksprache mit ihrem Vorgesetzten hat Frau Schapiro über den Wunsch der Mutter ein Protokoll aufgenommen und an das Kreisamt weitergegeben. Es wurde dort dann die vorläufige Unterbringung in der Anstalt verfügt. Es war ständig eine mit Vertrauen einsprechende Person in meiner Abwesenheit als Aufsicht im Hause, außer der Haushälterin jene nachmalige Ersieherin und zuletzt ganz kurze Zeit die Pabel.

Aus der weiteren Beweisaufnahme sei folgendes hervorgehoben: Ein netter Polizeiaspirant.

Die Zeugin Käberin H. vermutet, daß sie deshalb zu Frau Schapiro geladen wurde, weil sie sich mit dem damaligen Polizeiaspiranten Bruder nicht einließ, wie er es wollte. Der Bruder hat sie eines Abends, nachdem er sie und ein anderes Mädchen in eine spanische Weinstube eingeladen hatte, auf der Nambacher Straße stehen lassen, als sie sich seine Freiheiten vorbeiten hatte. Das war in der Fastnachtzeit 1910. Als sie zum erstenmal zu Frau Schapiro geladen wurde, sei sie unschuldig geladen worden. Bei der zweiten Vernehmung vor der Assistentin habe sie verschiedene unangenehme Sachen zugeben müssen. Bei der ersten Ladung sei sie alteriert gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden, gegen wen sich ihr damaliger Zorn richtete, antwortet die Zeugin, gegen den, der die Ladung veranlaßt hat. Vorsitzender: Sind Sie mütterlich ermahnt worden oder wurden Sie bedroht, Zeugin: Es ist mir auch gedroht worden. Auf weiteres Fragen des Staatsanwalts sagt die Zeugin, der Bruder habe sie doch zu dem erwähnten Zweck angesprochen. Zu ihrer Vermutung sei sie gekommen, weil der Bruder im Ruf stand, daß er es so mache. Der Zeugin ist aber nicht bekannt, daß Bruder an die Sittenpolizei Namen von Mädchen weiter gebe, die die Offiziere los sein möchten.

Verteidiger: Hatten Sie ein Verhältnis mit einem Hotelier? Zeugin: Erst nachher (vorwiegend) überhaupt Verhältnis! Justizrat Pause: Diese Bemerkung ist undankbar von Ihnen, ich könnte Sie noch ganz anders fragen. Zeugin: Dann nehme ich das zurück. Eine weitere Frage der Frau Schapiro, ob die Zeugin

weiß, daß deren Mutter bei der Assistentin war und Schritte getan hat wegen der jüngeren Schwester, damit diese vor sittlicher Verwahrlosung bewahrt werde, bejaht die Zeugin. Frau Schapiro hat damals den Bruder in dem Verdacht gehabt, daß er sich verhalten konnte, wie hier von dem Mädchen behauptet. Bruder bekräftigt auf Vorhalt, daß er Mädchen, die sich ihm nicht gefügig zeigten, der Sittenpolizei angezeigt habe. Durch ihn sei Frau Schapiro gar nicht auf die Zeugin aufmerksam gemacht worden. Des Vorfalls in der Fastnachtzeit könne er sich beim besten Willen nicht mehr entsinnen, auch nicht, daß er auf der Wesse Einjährige auf die Mädchen aufmerksam gemacht habe.

Er fährt dann aus, im Prozeß in Mainz sehr erregt und in einer müden Stimmung gewesen zu sein. So sei es gekommen, daß man aus seiner damaligen Aeußerung den Schluß zog, er habe Offizieren, die ihre Liebchen los werden wollten, dazu verholfen dadurch, daß er die Namen der Mädchen an die Sittenpolizei weitergegeben habe. Das sei nicht vorgekommen, er widerrufe darum jene Aussage. Er hatte starken Verkehr mit Offizieren. Dabei sind ihm viele Fälle bekannt geworden, in denen es aus sittenpolizeilichen Gründen dringend geboten gewesen sei, einzuschreiten, da es sich um geschlechtsranke Personen handelte. Er sei dabei aber niemals einem Eruchen nachgekommen und bitte, ihm seine Erregung zugute zu halten, wenn er sich damals anders ausgedrückt habe.

Am Mittwoch geht die Verhandlung weiter.

14. Ordentlicher Verbandstag der Schuhmacher.

Dresden, 24. Juni.

Im hiesigen Volkshause begannen heute die Verhandlungen der vierzehnten Generalversammlung. Es sind insgesamt 75 Delegierte erschienen, vom Hauptort sind anwesend: der Vorsitzende, Genosse Reichstagsabgeordneter Simon-Rürnberg, der erste Kassierer, Reu h-Rürnberg, sowie Weidners und König-Rürnberg. Die Redaktion des Schuhmacher-Fachblattes beirät Reichstagsabgeordneter W o d-Gotha, den Ausschuß Haupt-Regensburg. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch S a b a t h-Berlin vertreten, ferner sind als Gäste anwesend Vertreter der englischen, schwedischen und dänischen Kollegen. Eine Reihe ausländischer Organisationen hat bezügliche Begrüßungsschreiben gesandt; Oesterreich und Ungarn haben sich entschuldigen lassen.

Genosse Simon-Rürnberg erstattet den Geschäftsbericht

den wir bereits eingehend besprochen haben. Simon erinnert noch einmal an die wirtschaftlichen Zustände der letzten Jahre, die, beeinflusst durch die unglückliche Reichsfinanzreform, der Schuhindustrie schwere Wunden schlugen. Diese Tatsache muß bei der Entwicklung des Verbandes scharf unterstrichen werden. Die Mitgliederzahl ist um 26,02 Proz. gestiegen auf über 46 000. Das Verhältnis könnte noch günstiger sein, wenn der Erhaltung neugewonnener Mitglieder mehr Beachtung geschenkt würde. Genau so wichtig als die Gewinnung neuer muß die Erhaltung der aufgenommenen Mitglieder sein. Redner bedauert, daß keine Vertreterin der 8000 weiblichen Mitglieder anwesend ist; in Zukunft müsse in den großen Pilsalen auch darauf Wert gelegt werden. Die Statistik hat nicht die Beachtung gefunden, die sie verdient, und das nicht nur seitens der einzelnen Kollegen, sondern auch seitens der Zahlstellen. Ueber die Haltung des Unternehmerverbandes zu der Organisation macht Genosse Simon sehr beachtenswerte Ausführungen. Die Fabrikanten machen aus allen Forderungen „prinzipielle Fragen“, wobei sie freilich immer sehr ungünstig abschneiden. Besonders gilt dies von der Forderung von Ferien. Zu den 27 Vertrieben mit 1800 Arbeitern, die bisher schon Ferien gewährt, sind jetzt in den letzten Tagen drei neue Firmen mit über 8 1/2 Tausend Arbeitern gekommen, die sich verpflichtet haben, ihren Arbeitern acht Tage Ferien zuzubilligen. Dieses System ist besser als die Wechselferien, da es dann möglich ist, die Fabriken einmal gehörig zu desinfizieren. Der Unternehmerverband ist sehr, wie die Arbeiterorganisationen, zu der Bezirksorganisation mit angestellten Sekretären übergegangen zu dem Zweck, die Bewegung mehr zu überwinden. Wir stehen jetzt sowieso im Konflikt mit dem Fabrikantenverband, der in Birmasens entstanden ist. Man will uns vorschreiben, wer die Verhandlungen führen soll. Das lassen wir uns auf keinen Fall vorschreiben, wir werden dagegen mit allen Mitteln aufzutreten haben. Aus der ganzen gegenwärtigen Situation müssen wir uns veranlaßt sehen, den Stand unserer Organisation auf seine Schlagfertigkeit in jeder Hinsicht zu prüfen. (Beifall.) Ueber den

Stand der Kasse

orientiert Reu h-Rürnberg. Das Verbandsvermögen beträgt zurzeit rund 505 000 M. Für den Ausbau gibt Haupt-Regensburg einen längeren Bericht. Größere Differenzen und Beschwerden lagen nicht vor, es handelte sich meist nur um Unterstützungsansprüche und Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft.

Diskussion über die Berichte

schlechte in der Nachmittagsstunde ein, nachdem vorher die Mandatsprüfungskommission Bericht erstattet hatte, daß insgesamt 97 Teilnehmer an dem Verbandstag teilgenommen; 75 Delegierte, 10 Gauleiter und die übrigen sind ausländische Gäste und Verbandsfunktionäre. An den Bericht schloß sich eine längere Debatte über die Wahlkreiseinteilung und die Pflichten der Delegierten.

Aus der Frauenbewegung.

„Wir und die Arbeiterin“.

Unter diesem Titel veröffentlichte eine Frau v. Schmeling in der Frauenabteilung der hochkonservativen „Kreuzzeitung“ einen für jene Kreise leidlich verständigen Aufsatz, der die Fragen behandelt: „Weshalb brauchen wir (d. h. die bürgerliche Frauenwelt) die Arbeiterin, und weshalb braucht sie uns?“ Sie schilderte darin, daß von den etwa 8 Millionen im Erwerbsleben stehenden Frauen (tatsächlich sind es 9 1/2 Millionen) etwas über 2 Millionen in der Industrie beschäftigt sind, die für „uns“ notwendige Gebrauchsgüter und verfeinerte Mode- und Luxusartikel herstellen. Und zwar sind es „liberal“ ungelernete Arbeiterinnen, die zur Befriedigung unserer Bedürfnisse arbeiten, um sich ihr tägliches Brot zu verdienen. Aber die ungelernete Arbeiterin „tat nur immer geistig, unbefriedigende, verwirrende, unheimliche, ein ewiges Einerlei durch Tage und Wochen, durch Jahre und Jahrzehnte“. So wird die Arbeit in einer modernen Fabrikfabrik der vergangenen Spinnstubeversammlung gegenübergestellt. „Die ungelernete Arbeiterin arbeitet nicht mit der Maschine als mit ihrem Werkzeug, nein, sie muß mit angespanntester Aufmerksamkeit, mit Geschick und Fingerfertigkeit die rastlos schaffende Maschine bedienen, die oft sogar automatisch eingestellt ist; so heißt es für die Arbeiterin: nur schnell und immer schneller, — damit für unseren Gebrauch, für den Weltmarkt recht viel Ware herauskommt.“

Neben der industriellen Arbeit, die als „kostbares Volksgut“ zu schätzen ist, hat die Frau aber auch Aufgaben als Mutter und Erzieherin. Die Familie wird durch die Fabrikarbeit zerklüftet und zerstört. „Die Frauenarbeit verschlechtert die Ernährungsbedingungen, die ungenügende Ernährung schafft dem Schnapsgenuß zahlreiche Anhänger, Unterernährung und Alkoholismus untergraben die

Leistungsfähigkeit. Die ungelernete unorganisierte Arbeiterin wird zur Lohnrückerin und zur Schnapstürkenin ihrer eigenen Geschlechts-genossinnen, dies führt zur weiteren Verminderung des Lohneinkommens — und somit zur Verschlechterung der Lebensweise.“ Die schlechten Wohnungen, das Schlafstellenwesen zwingen oft die Arbeiterin, auf die Straße, auf den Dummel zu gehen. Unrationelle Ernährung und Verringerung und stützliche Gefahren sind die Begleitumstände des Fabrikarbeiterinnenlebens. Damit die Arbeiterinnen diesen Gefahren entzogen werden, müssen sie — aufgeklärt werden. In erster Linie soll ihnen die Religion nahegebracht werden, durch Bibelstunden, Vorträge über christliche Persönlichkeiten usw. Für das Berufsleben soll Aufklärung über Berufsrechte und -pflichten, über Berufsorganisationen, über volkswirtschaftliche Grundbegriffe, über die Arbeiterdurchgehörung, über die wohlthätige Einrichtung der Gewerbeinspektion, über Gesundheit und Körperpflege vermittelt werden. Der Vorbereitung für den Hausfrauenberuf sollen schließlich Vorträge über Säuglingspflege, Kochstunden und Ermahnungen zum Sparen dienen. Der Aufsatz klingt aus in eine Anpreisung der evangelischen Arbeiterinnenvereine, deren Standpunkt diese Aufklärungsarbeiten entsprechen.

Sollte man es für möglich halten, daß diese so äußerst milden Schilderungen der Wirklichkeit und schwachen Forderungen, die sich mit dem Tatsächlichen ganz abfinden, im eigenen Lager der Bourgeoisie noch Ansehen erfahren? Frau Grifa Herzlieb „belehrt“ die Verfasserin folgendermaßen:

„Die Verfasserin bedauert die Arbeiterin, daß sie sich in geisttötender Teilarbeit für uns ihr tägliches Brot mühevoll erwerbe. Daran ist die Arbeiterin ganz allein schuld, deshalb ist es falsche Humanität, sie zu bedauern. Es ist notwendig, dieses auszusprechen, weil in dieser Richtung zu viel ge-sündigt wird heutzutage.“

Die Arbeiterin flieht das weit reichlichere, sorgloosere Heim der Stadt- und Landfrau, wo ihr als Dienstmädchen ein gutes Auskommen, die besten Sparmöglichkeiten — wie statistisch feststeht — sicher sind, angetrieben durch den Durst nach Freiheit, den Wunsch, sich auszuleben, und weil sie sich keinerlei Autorität unterwerfen will. Sie weiß, daß sie schlechteren Lebensbedingungen entgegengeht, sie ist also voll und ganz verantwortlich für die Folgen, die im Anschlußwellen der unehelichen Geburtenziffern und der Strafarten zutage treten. Aber der Durst nach Freiheit ist zu groß, die abendliche Freiheit zu verlockend, so strömen die jungen Mädchen in Scharen dem Fabrikbetrieb zu und verlassen die einträgliche Stellung bei der Stadt- oder Landfrau oder versuchen es überhaupt erst gar nicht, ihren Unterhalt als Dienstmädchen zu erwerben. So entsteht die Dienstbotennot und Millionen Verluste durch Deutemangel in Stadt und Land, weil den Fabriken zu viel Arbeitskräfte zufließen, zum Schaden des Vaterlandes.“

Von der bitteren Not, welche die Kinder ohne Unterschied des Geschlechts sofort nach Beendigung der Schulzeit in die Fabriken zwingt, weiß E. Herzlieb nichts. Glaubt sie im Ernst, daß alle neun Millionen berufstätiger Frauen als — Dienstmädchen Unterschupf finden können? Auch die 8 1/2 Millionen berufstätiger Ehefrauen? Ist es doch statistisch festgesetzt, daß gerade verheiratete Frauen durch den Hunger ihrer Kinder Erwerbsarbeit suchen müssen, weil der Verdienst des Mannes auch bei größter Sparsamkeit nicht zur Lebenserhaltung ausreicht. Es ist eine Verleumdung gewissenloser Gattung, den Proletariern nachzusagen, daß Frauen- und Kinderarbeit nur deshalb notwendig sind, weil bei ihnen die richtige Einteilung an Zeit und Geld fehlt. Untersuchungen des kaiserlich statistischen Amtes, der Kemter von München und Halle über Haushaltsergebnisse von Arbeiterfamilien haben längst die Unwahrheit jener Behauptung in objektiver wissenschaftlicher Weise festgesetzt, wenn man den Erfahrungen von Proletariern nicht Glauben schenken will.

Ebenso beleidigend für die Arbeiterinnen ist folgender Passus: „Die Teilarbeit, ohne die ein Fabrikbetrieb gar nicht denkbar ist, ist ohne Zweifel einseitig, ja geisttötend. Man muß aber hier bedenken: Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Sie wird von der Arbeiterin nicht so stark empfunden, wie von Personen höherer Bildung. Dieselbe Gedankenlosigkeit, die sie hindert, bon den neuerdings angebrachten Schulpfortschritten zu ihrer eigenen Sicherheit Gebrauch zu machen, läßt ein volles Bewußtsein dieses ewigen Einerleis nicht aufkommen. Sie macht die Arbeit, weil sie dafür bezahlt wird, und macht sich dabei meist keine Gedanken über deren Art und Beschaffenheit, wenn es nur schnell und immer schneller geht, damit ihr Lohn steigt. Nicht jede Arbeiterin begreift leicht, die Teilarbeit aber wird bald von ihr verstanden, sie bringt es darin zu einer gewissen Fertigkeit und Vollkommenheit, sie leistet also einen ganz bestriedigenden Teil, und diese Befriedigung teilt sich ihr mit in Gestalt steigenden Lohnes.“

Das ist der Herrin- oder besser Damenstandpunkt, der nur von der arbeitenden Klasse als dem „Vad“ spricht, der kein besseres Los verdient. Dabei hat die edle Dame nicht einmal den kritisierten Aufsatz aufmerksam gelesen — daß ihre Entgegnung von Unkenntnis der bestehenden Literatur strotzt, wollen wir weiter gar nicht berühren —; sonst hätte sie sehen müssen, daß die Maschine zu schneller Arbeit antreibt und nicht die Arbeiterin geschleimigt. Wieviel milde Hände und Augen würden nicht häufig genug innehalten, wenn die Maschine es nur erlaube!

Und wie denkt sich E. Herzlieb die Lösung? Man höre: „Aus dieser Gegenüberstellung (von Fabrikarbeiterinnen- und Dienstmädchenleben) ergibt sich das Heilmittel für diese soziale Krankheit ganz von selbst.“

Man schide uns Stadt- und Landfrauen, die ungelernete, unorganisierte Arbeiterin, die zur Lohnrückerin und Schnapstürkenin ihrer eigenen Geschlechts-genossinnen wird und damit eine weitere Verminderung des Lohneinkommens und somit Verschlechterung der Lebensweise herbeiführt“ einfach sofort zurück, damit die Dienstbotennot ein Ende hat in der Stadt und nicht ungezählte Millionen dem Vaterlande auf dem Lande verloren gehen aus Mangel an Arbeitskräften während der Ernte!

Auch organisierte man nicht zu viel, sondern prüfe sorgfältig von Fall zu Fall. Ich muß offen sagen, wenn ich die vielen Schlagworte lese — folgt die Aufzählung der Schmeling'schen Forderungen — dann schwirrt mir der Kopf! Sollte alles dieses nicht auch für die einfache Arbeiterin allzuviel und verwirrend sein?

E. Herzlieb kommt mit wenigerem aus: „Ehre Vater und Mutter, liebe deinen Nächsten, sei ehrerbietig deinem Diensten und Lehrern, mache deine Arbeit gut, gehe Sonntags in die Kirche, lebe leinlich“. Verfolgen Ständesorganisationen mehr, so verfolgen sie Sonderinteressen und wachen sich aus zu einer Gefahr für das Vaterland.“

Daß solche Anschauungen in der angesehensten konservativen Zeitung Deutschlands ohne ein Wort der Kritik Aufnahme finden, ist ein Zeugnis für den brutalen Sinn unserer Junker und Junkerinnen, für die reaktionären Anschauungen und Forderungen jener Kreise. Die Proletarierinnen quittieren für diese Beleidigungen durch engeren Anschluß an ihre Klassengenossen, die in der Organisation gegen jenes politische System kämpfen.

Auch die bekannte konservative „Deutsche Tageszeitung“ schlägt ständig auf die Rechte fordernden Frauen los. In einem Artikel „Gegen das Frauenstimmrecht“ entzieht sich Elisabeth Honde über die „fürchterlichen“ Dienstbotenverhältnisse in — Kustalien. (Ein anderes Thema kennen unsere gebildeten Damen kaum noch!) „Ein Dienstbote erhält 15 bis 20 M. Wochenlohn. Die hochgestellten Beamtenfrauen müssen wegen Deutemangel oft jede grobe Hausarbeit selbst verrichten.“ Arbeit schändet doch nicht! Die Vertreterinnen des Frauenstimmrechts werden also mit Schmutz beworfen:







Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Im 4. Kreis hat der Besitzer des Lokals Remeler Straße 67 gewechselt. Der jetzige Inhaber Herr Grunwald stellt das Lokal uns zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung.

T.-B. Der Inhaber des Restaurants „Neu-Peringsdorf“ neben dem Elektrizitätswerk an der Spree weigert sich entschieden, sein Lokal der organisierten Arbeiterschaft frei zu geben, weil er nur auf das sogenannte bessere Publikum rechnet. Wir bitten die organisierten Arbeiter, das Lokal streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Groß-Lichterfelde. Freitag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Volksoberversammlung im Lokal von E. Richter, Chauffeestr. 104. Tagesordnung: „Die Demokratie im Vormarsch.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht. Donnerstag abend 7 Uhr in allen Bezirken Handzettelverteilung zu dieser Versammlung. Der Vorstand.

Konoweb. Freitag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Karlsgarten“, Kaiser-Wilhelm-Str. 27, öffentliche Versammlung. Genosse Emil Ungeler referiert über das Thema: „Wie steht die Sozialdemokratie zur Religion und Kirche?“ Zu dieser Versammlung sind die Geistlichen des Ortes schriftlich eingeladen. Parteigenossen, sorgt für Massendruck der Versammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Sommer im Grunewald.

Die längsten Tage sind vorüber, aber die langen Tage dauern an. Sie haben uns manchen schönen Tag und manchen Regentag gebracht, und vielleicht ist das die Signatur der Wochen, die noch folgen. Bis jetzt hat der Boden den Regen ausgenommen, wie ein Schwamm, denn noch immer ist das Defizit zu groß, das die vorjährigen Günsttage uns hinterlassen haben. Geht man vom Bahnhof Grunewald zum Hundehäusersee hinab und an diesem entlang, so findet man den Promenadenweg, der vor einigen Jahren hier angelegt wurde, jetzt mehrere Meter vom Ufer entfernt. Parallel zum Wege, nur eine Treppenstufe tiefer, hat sich ein neuer Uferweg gebildet, auf altem Seeboden, den das Wasser verlassen hat. Ursachen, die nur zum Teil natürliche sind, zum Teil von Menschen erst herbeigeführt wurden, senken Jahr um Jahr den Spiegel der Gewässer des Grunewaldes, die immer kleiner werden. Wo das Wasser zurückweicht, verdorrt auch der Pflanzenwuchs, soweit er an einen beträchtlichen Grad von Feuchtigkeit im Boden gebunden ist. Aber er stirbt trotzdem nicht ab, sondern zieht dem Uferlande nach. Das tun besonders die hohen Gräser und in erster Linie das Schilf, das mit seinen im Schlamm kriechenden weitausgreifenden Wurzelstöcken dem weidenden Wasser mit Leichtigkeit nachzieht und die nassesten Uferzonen immer von neuem wieder erobert.

An vielen Stellen liegt ein grüner, zarter Schleier auf dem Wasser. Auf dem Stock oder Finger, mit dem man den färbenden Stoff drücken will, bleiben nur kleine, grüne Punkte. Es sind verschiedene Arten winziger Algen, die in riesiger Zahl diese sogenannte „Wasserblüte“ in Szene setzen, die zu Zeiten ganze Havelseen überzieht.

An günstigen Stellen der Grunewaldseen hat der Strand sich frei von Schilf erhalten. Hier haben sich an heißen Tagen Miniaturfreibäder für die liebe Jugend herausgebildet. Ein munteres Treiben entwickelt sich dabei unter der Obhut der Eltern. An solchen Stellen pflegen auch die Besucher von Hund für die Erheiterung zu sorgen, indem sie ihren Vierfüßlern Freibäder angedeihen lassen. Dabei zeigen sich alle erdenklichen Verschiedenheiten. Während manche Hunde vor Freude bellend ins Wasser springen, müssen andere mit gehöriger Schwung hineingeworfen werden. Im allgemeinen verfehlt der ins Wasser geworfene Hund selten seine Wirkung, und er pflegt mit größerer oder geringerer Eleganz herauszuportieren zu werden. Darauf folgt regelmäßiges Schütteln des Felges, was, ins menschliche überseht, etwa unserem „Verr“ entsprechen würde, denn im allgemeinen sind unsere Hunde keine übermäßigen Wasserfreunde.

Weiter draußen auf dem Wasserregel schaueren Wasserhühner dem Spiel der Kinder und Hunde zu und sie glucksen unverständliche Laute über die Schiffe, die das kleine Volk an langen Reinen treiben läßt.

Voll und kräftig ist das Laub; der Hollerbusch blüht in tellerförmigen weißen Sträußen, die Rosen und die Linden duften. Der Sommer ist da!

Das Bibliothekswesen der Stadt Berlin.

Ueber die Bücherbestände, die für die Bevölkerung Berlins von der Stadtgemeinde bereit gehalten werden, bringt das Bibliotheksstatistikum in dem soeben vom Magistrat veröffentlichten Verwaltungsbericht für das Etatsjahr 1911 einige Zahlenangaben.

Die Stadtbibliothek hat im Laufe des Jahres ihren Väterbestand von 112 208 Bänden weiter auf 119 012 Bände erhöht, während in ihrem Lesesaal die Nachschlagewerke von 3917 Bänden auf 4012 Bände vermehrt wurden. Sie gab diesmal 2655 neue Leihorten aus (im Vorjahr: 2668), so daß von dem Zeitpunkt der Eröffnung dieser Bibliothek bis zum Schluß des Etatsjahres 1911 im ganzen 14 869 Leihorten abgegeben worden sind. Wie viele dieser 14 869 Leihberechtigten die Bibliothek im letzten Jahre noch benutzten, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen. Ausgeliehen wurden 176 624 Bände (im Vorjahr: 170 859), die mit nach Hause genommen werden durften. Den Lesesaal besuchten diesmal nur 94 894 Personen, weniger als im Vorjahr, wo 97 545 Besucher des Lesesaales gezählt wurden. Der Bericht sagt hierzu: „Der geringe Rückgang ist nicht nur durch den heißen Sommer von 1911, sondern auch und wohl in erster Reihe durch die sich immer fühlbarer machende Enge und Unbehaglichkeit des Lesesaales zu erklären.“ Benutzt wurden im Lesesaal 56 886 Bände der Handbibliothek und 19 559 Bände des Wählermagazins, gegenüber 55 289 und 17 518 im Vorjahr. Hier ist also, trotz Verringerung des Lesesaalbesuches, doch wieder noch ein Mehr gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Klagen über die Unzulänglichkeit des Lesesaales und überhaupt der Räume der Stadtbibliothek sind alt. Abgeholfen kann diesen Mängeln erst werden, wenn einmal das geplante neue Heim der Stadtbibliothek, das auf dem Inselplatzgrundstück errichtet werden soll, fertig sein wird.

Die 28 Volksbibliotheken vermehrten im letzten Jahr ihren Väterbestand von 216 890 Bänden auf 224 829 Bände. Wie viele Leihorten neu abgegeben wurden und wie viele Leihberechtigte diese Bibliotheken benutzten, sagt der Bericht nicht. Man darf hier allerdings annehmen, daß hinter den meisten Leihortenthabern mehrere Benutzer stehen. In der Regel wird ja auf eine Leihkarte der Leihbedarf einer ganzen Familie geliebt. Die Gesamtbenutzungsziffer der Volksbibliotheken war im letzten Jahr geringer als im Vorjahr; sie liegen diesmal 1 518 734 Bände aus, gegenüber 1 644 591 im Vorjahr. Den Rückgang erklärt der Bericht daraus, daß einige Volksbibliotheken infolge baulicher Arbeiten auf mehrere Wochen (eine sogar auf 8 1/2 Monate) geschlossen werden mußten. Mithin der höchsten Benutzungsziffer stand, wie seit langem, die 20. Bibliothek (Kavensstraße) an der Spitze. Sie ließ diesmal 150 652 Bände aus, wieder beträchtlich mehr als im Vorjahr, wo sie 128 139 Bände ausgeliehen hatte. Die schwächste benutzte Bibliothek war (wenn man von der 25. abliest, die 8 1/2 Monate geschlossen blieb) mit nur 10 400 ausgeliehenen Bänden die 23. Bibliothek (Oskarstraße). Da sie einen Väterbestand von 4733 Bänden hatte, so kamen auf jeden Band durchschnittlich rund 2 Entleihungen im ganzen Jahre. Das Gegenstück bildet die schon erwähnte 20. Bibliothek, die bei einem Väterbestand von 10 173 Bänden mit 150 652 Entleihungen durchschnittlich pro Band 15 Entleihungen hatte. Der Bericht bezeichnet es als eine außerordentliche Leistung, daß eine solche Volksbibliothek über 150 000 Bände in einem Jahre ausleiht.

In den 14 Lesehallen stieg im letzten Jahr der Väterbestand von 11 148 Bänden auf 11 428 Bände. Die Zahl der Besucher aller Lesehallen wurde auf zusammen 186 989 Personen ermittelt. Auch hier ist gegenüber dem Vorjahr, wo 141 107 Besucher gezählt worden waren, ein Rückgang eingetreten. Der Bericht erklärt ihn daraus, daß zwei Lesehallen wegen Bauarbeiten zeitweise geschlossen blieben. Die Benutzungsziffern der einzelnen Lesehallen fehlen in dem Bericht.

Der Zuschuß aus Gemeindemitteln stellte sich für Stadtbibliothek und Volksbibliotheken nebst Lesehallen auf zusammen 225 410 M.

Invalidentarten in Ordnung bringen! Die Karten der Invalidenversicherung werden bekanntlich nicht immer rechtzeitig mit Marken besetzt. Besonders in Familien wird diese gesetzliche Versicherung oft lange verzögert und dann auf einmal bewirkt. Wer etwa noch mit der Verordnungsabgabe von alten Marken im Rückstand ist, muß sich jetzt damit spülen. Seit Neujahr sind bekanntlich neue Marken eingeführt. Der Vertrieb der alten Versicherungsmarken durch die Postanstalten hört aber mit dem 30. Juni auf. In allen Schaltern, Markenverkaufsstellen usw. werden an jenem Abend nach Dienstschluß die nicht abgesetzten alten Marken zurückgezogen. Alte Versicherungsmarken, die sich in den Händen des Publikums befinden, werden dagegen noch bis zum 31. Dezember 1913 umgetauscht.

Die Gemeindeschulen Berlins

haben in diesem Sommerhalbjahr sich eine weitere Verringerung der Kinderzahl zu buchen gehabt. Bei der Frequenzermittlung vom 1. Mai, deren Ergebnis der Magistrat jetzt den Stadtverordneten vorlegt, wurden 223 450 Gemeindeschulkinder gezählt, während im Winterhalbjahr am 1. November die Zählung noch 224 424 Kinder ergeben hatte. Dieser Rückgang, der zum Teil aus der Abwanderung vieler Arbeiterfamilien nach den Vororten, zu einem vielleicht noch größeren Teil aus der Verringerung der Geburtenziffer zu erklären ist, dauert schon seit einer Reihe von Jahren an. Seit dem Mai 1908, wo mit 228 907 Gemeindeschulkindern der Höchststand erreicht wurde, hat ihre Zahl sich in nun vier Jahren im ganzen um 5457 (auf jetzt 223 450) erniedrigt.

Das sind die Zahlen für ganz Berlin, für die einzelnen Stadtteile aber hat die Entwicklung begrifflicherweise sich sehr verschieden gestaltet. Verrindert hat die Zahl der Schulkinder sich hauptsächlich in den älteren Stadtteilen, wo die Bevölkerungszunahme längst aufgehört hat und durch eine Bevölkerungsminderung abgelöst worden ist. Die noch nicht voll bedeuten Außenbezirke dagegen, deren Einwohnerzahl noch zunimmt, haben meist eine Zunahme der Schulkinderzahl. Im Innern der Stadt zieht die Schulverwaltung eine Schule nach der anderen ein, weil dort die Klassen nicht mehr so „voll“ werden, wie sie das bei den Gemeindeschulen als „normal“ ansieht. Daß sie dafür um so rascher die immer mehr sich verödenen Außenbezirke mit einer ausreichenden Zahl von Schulen versorgt, kann man leider noch immer nicht sagen.

In diesem Sommerhalbjahr bestehen 308 Gemeindeschulen, zu denen 20 Hilfschulen kommen. Gegenüber dem Winterhalbjahr haben nur die Hilfschulen sich um 4 vermehrt, während die Zahl der regelrechten Gemeindeschulen unverändert geblieben ist. Die Gesamtzahl der Klassen ist jetzt 5265, nur 28 mehr als im Winter. In den 5265 Klassen sind mit enthalten die 133 Klassen der 20 Hilfschulen, ferner 36 Nebenklassen, die an 11 Gemeindeschulen bestehen, und schließlich 31 Vorklassen, die an 30 Gemeindeschulen eingerichtet worden sind. Groß ist immer noch die Zahl der gemieteten Räume, die bis auf weiteres benutzt werden müssen, weil die eigenen Schulhäuser der Stadt nicht rasch genug vermehrt worden sind. In Rietschhäusern sind jetzt noch 406 Klassen untergebracht.

Für die Bekämpfung von Waldbränden

werden amtlich folgende Verhaltensmaßregeln empfohlen: Das Feuer ist stets von der Seite einzunehmen oder von der abgebrannten Seite aus zu bekämpfen. Der Versuch, der Feuerzündung entgegenzutreten, ist gefährlich und führt durch Rauch und Hitze zur Erschlaffung der Kräfte. Ist die eigene Kraft zur Bekämpfung eines Waldbrandes nicht ausreichend, so benachrichtige man den nächsten Forstbeamten und die nächste Ortspolizeibehörde. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß nach § 44 des Feld- und Forstpolizeigesetzes jeder, der von einem Forstbeamten oder Waldbesitzer bei einem Waldbrande zur Hilfe aufgefordert wird, dieser Aufforderung unverzüglich folgen muß, sofern er dieses ohne erhebliche eigene Nachteile vermag.

Wichtig sind von zusammenhängenden Ortsschulen Waldbrandkolonnen gebildet worden. Diese werden im Feuerkuchendienst ausgebildet, damit sie im gegebenen Falle durch wirksamen Feueranschlag eingreifen und die Feuerwehren in der Bekämpfung von Waldbränden unterstützen können. Durch gelegentliche Umrüstungen soll die Vertriebskraft dieser Waldbrandkolonnen erprobt werden.

Ein zweites „Werder“ am Scharnhöhe. In Silberberg, romantisch gelegen am Scharnhöhe und eingebettet in die Höhenzüge von Rauen und Bieslow, wird jetzt eine großzügige, nach den Grundrissen moderner Plantagenkultur angelegte Obstbauland erschlossen werden. Das 1500 Morgen große Rittergut Silberberg, das der Rittermeister v. Rörner erworben hat, wird zu diesem Zweck in seinem Kerngebiet aufgeteilt und zirka 500 Morgen werden in Obstbauparzellen zerstückelt. Der Direktor der Werderschen Obstbauschule, Herr Witsch, hat die fachkundige Meinung bei der Anlage in die Hand genommen und nach seinen Erfolgen in der märkischen Obstbaumzucht in Werder, wo seine Methoden von den Obstzüchtlern praktisch angewendet werden, darf man erwarten, daß er auch in Silberberg eine wertvolle Anlage, ein zweites Werder

im Südosten Berlins, schafft. Lage, Klima, Boden- und Wasserverhältnisse sind außerordentlich günstig für den Obstbau. Geschützt durch die Rauen und Bieslower Berge, herrschen der Obstproduktion besonders günstige klimatische Verhältnisse, und das ganze Terrain gilt dank dem natürlichen Schutz als absolut frostfrei. Die guten Resultate der jetzigen Kirschernte liefern den Beweis, wie geeignet das Gelände für Obstbauzwecke ist. Die heute mit marmeladenreichem Roggen, Weizen und fettem Hafer bestandenen 500 Morgen, die in Obstland umgewandelt werden, umschließen die schönsten Höhenpunkte des Rittergutes und der fruchtbare Boden fördert das Wachstum der Kulturen. Alle Bodenarten, wie sie in der Mark vorhanden sind, findet man auch in Silberberg vertreten. Vom leichten Sandboden, auf dem die Kirsche gut gedeiht, bis zum schweren Lehmboden können sich die Pächter für ihre Bedürfnisse beliebige Parzellen auswählen. Das Unternehmen genügt auch die Förderung der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg, die sich das Erstellen eines wichtigen Faktors in der heimischen Obstproduktion verspricht. Die Pläne werden von den Vertretern der Kammer ausgearbeitet. Eine wesentliche Begünstigung erfährt die Obstkultur durch den Wasserreichtum des Besitzums, der den Obstbauinteressen sehr zufließen kommt. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Vorteil, der auch das Projekt zur Verwirklichung kommen ließ, ist die bevorstehende Vollendung der neuen Bahnstrecke, die mit zwei Haltepunkten in Silberberg endigt. Die neue Bahn ermöglicht den Obstproduzenten einen raschen Absatz ihrer Früchte, für die als aufnahmefähiges Absatzgebiet die Millionenstadt Berlin in Betracht kommt, deren Nähe dem Silberberger Obstbau die besten Aussichten eröffnet.

Beseitigung von Tierfabriken. Nach den neuerdings ergangenen Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsgesetz, betreffend die Beseitigung von Tierfabriken, vom 17. Juni 1911 hat von jeder nicht zu Schlachtzwecken bewirkten Tötung und von jedem Fall von Pferden, Eseln, Maultieren, Maultieren, Tieren des Rindergeschlechts, Schweinen, Schafen und Ziegen — ausgenommen Saugferkel, Schaf- und Ziegenlammern unter sechs Wochen, sowie Einhuferföhlen und Kälber unter drei Wochen — der Besitzer Anzeige zu erstatten.

Die gleiche Pflicht hat, wer in Vertretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht, wer mit der Aufsicht über Vieh an Stelle des Besitzers beauftragt ist, ferner für die auf dem Transport befindlichen Tiere deren Begleiter, und für die in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere der Besitzer der betreffenden Geschäfte, Stallungen usw. In Berlin sind die Anzeigen zu erstatten an das nächste Polizeirevierbüro oder an die Sammelstelle der städtischen Fleischvermahlungs- und Verwertungsanstalt in der Paul-Heyse-Straße (Telephon: Amt Magistrat Nr. 81). Die Auserachtlassung der Anzeigepflicht ist nach einer Polizeiverordnung strafbar.

Die Grundeigentums-Deputation hat in ihrer gestrigen Sitzung u. a. beschlossen, das Grundstück in Treptow, auf welchem sich eine Kadettenbahn befindet, nach Ablauf des gegenwärtigen Mietvertrages am 30. September 1913 nicht mehr zu vermieten. Die Bahn muß bis dahin abgebrochen sein.

Die Grundeigentums-Deputation kommt übrigens damit einem Wunsch der Gemeinde Treptow entgegen, welche schon längst die Entfernung der Kadettenbahn im Interesse der Anlieger wünscht. Ueber die polizeiliche Verwendung des Grundstücks ist noch kein Beschluß gefaßt.

Betriebe zur Herstellung von Zelluloidwaren, Zelluloidlager, Filmlager und dergl. sind seit dem 21. Mai d. J. anzeigepflichtig. Durch landespolizeiliche Verordnung des Polizeipräsidenten in Berlin ist in den Stadtteilen Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neudamm und Nichtenberg mit Straußalder jebermann verpflichtet worden, künftig keine Anlage zur Herstellung oder Lagerung von Zelluloid und Zelluloidwaren vor Betriebsöffnung dem zuständigen Polizeirevier anzumelden, damit die zur Verhütung von Bränden nötigen Vorschriften rechtzeitig angeordnet und durchgeführt werden können. Die Lagerung von weniger als 50 Kilogramm Zelluloid oder Zelluloidwaren ist von dieser Vorschrift befreit. In erster Reihe werden damit diejenigen Lager und Arbeitsstätten getroffen, in denen Films aufbewahrt, geschnitten und wieder zusammengesetzt werden. Jedoch bezieht sich die Verordnung auch auf andere Zelluloidartikel. Die Veranlassung dazu gibt das häufige Vorkommen von Bränden, die durch Unachtsamkeit beim Hanieren mit dem feuergefährlichen Stoffe veranlaßt wurden. Die Polizeiverordnung ist bereits in Kraft getreten.

Sum Dampferunglück auf der Havel wird uns mitgeteilt, daß die Leiche der Frau Kimmel gestern vormittag 10 Uhr in der Nähe des Freibades Wannsee gelandet worden ist. Die Leiche des Lehrers Wilhelm Lepens aus Halensee ist noch nicht gefunden worden. Das Wrack des gesunkenen Motorbootes „Gans“ wurde gehoben und an das Ufer geschleppt, um die Schiffahrt nicht zu behindern. Die Untersuchung wegen der Schuldfrage wird von der Potsdamer Staatsanwaltschaft geführt.

Ein Liebespaar hat gestern nacht im Tegeler See bei Tegelerort Selbstmord verübt. Die Leichen wurden auf dem Wasser treibend vorgefunden und ans Ufer gebracht. Aus einer Nachforscherteilung ist festzustellen, daß es sich um den Hausdiener Karl Hilbicker aus der Kommandantenstraße handelt, die Persönlichkeit des Mädchens war noch nicht zu ermitteln. — Auf dem Bahnhof Grunewald erschah sich gestern nacht ein gut gekleideter Herr in dem Augenblick, da er ein Abteil 2. Klasse verließ. Man fand bei dem unbekanntem Toten eine Monatskarte auf den Namen Otto Bonlieb.

Auf einen verhängnisvollen Unglücksfall deutet ein Fund hin, der in der letzten Nacht in Oberschöneweide gemacht wurde. Dort fanden Passanten gegen 12 Uhr am Ufer der Spree in der Nähe des Kaiserfestes einen schwarzen Heisen Hut und eine Frühstücksdose. Die Gegenstände wurden als Eigentum des Drechers Paul Pfeffer aus der Brangelsstraße 76 erkannt, der in Oberschöneweide beschäftigt war. P. hatte mit mehreren Arbeitskollegen in einem Lokal am Kaiserfest gezecht und war dann gegen 12 Uhr in stark angetrunkenem Zustande fortgegangen. Offenbar ist der Arbeiter in der herrschenden Dunkelheit selbsteingegangen und in die Spree gestürzt. Zu der erwähnten Zeit waren auch Personen in der Nähe des Kaiserfestes einen Körper im Wasser haben treiben sehen. Sie benachrichtigten sofort die Polizei; als diese Nachforschungen anstellte, konnte man an der bezeichneten Stelle jedoch nichts entdecken. Die Leiche des Ertrunkenen konnte auch bisher noch nicht gelandet werden.

In hilflosem Zustande wurde am Montagmorgen auf dem Krasnischen Platz von einem Schuhmann eine unbekannt, gutgekleidete Frau aufgefunden. Der Dramatiker brachte die bereits Besinnungslose in einer Droschke nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, wo die Veranthe einen schweren Blausucht erlitt. Offenbar handelt es sich um eine Vergiftung, doch konnte die genaue Ursache der Erkrankung nicht festgestellt werden. Nachdem der Frau die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, wurde sie in das Urban-Krankenhaus eingeliefert. Die Unbekannte ist etwa 50 Jahre alt und ziemlich leipulent; sie trug eine Visitenkarte mit dem Namen Sghmannski bei sich.

Von Brettern erschlagen wurde gestern nachmittag auf dem Güterbahnhof der Nordbahn in der Bernauer Straße der Arbeiter Otto Schulz aus der Wolliner Straße 46. Der Mann half beim Einladen eines Eisenbahnwagens. Hierbei geriet plötzlich ein Teil der Bretterladung ins Rollen, fiel herunter und stürzte auf Schulz, der unten stand. Der Unglückliche erlitt außer einem Bruch beider Unterschenkel eine so schwere Kopfverletzung, daß er auf der Stelle verschied. Ein Arzt von der Rettungswache in

der Gaudystraße konnte nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Auf dem Flugplatz Johannisthal stürzte gestern nachmittags der bekannte Flieger Thelen mit einem Albatros-Doppeldecker beim Nehmen einer Kurde aus geringer Höhe ab. Die Maschine wurde total zertrümmert. Thelen erlitt einige leichte Hautabwühlungen.

Ein Opfer des Straßenverkehrs wurde gestern Abend ein unbekanntes Kind. In der Greifswalder Straße in der Nähe der Ringbahn geriet ein kleines Mädchen von etwa vier Jahren unter einen Arbeitswagen und erlitt schwere innere Verletzungen und Quetschungen an beiden Beinen. Die Hilfswache in der Gaudystraße brachte die Verunglückte, die benimmungslos liegen blieb, nach dem Krankenhaus.

Die genossenschaftliche Ausstellung erfreut sich fortgesetzt eines zahlreichen Besuches. — Allein am letzten Sonntag wird die Zahl der Besucher auf 5000 geschätzt. — Die Ausstellung ist noch bis einschließlich Sonntag, den 30. d. M., geöffnet. — Wir empfehlen unseren Genossen, die wenigen Tage noch zum Besuch der Ausstellung zu benutzen. — Willeits a 10 Pf. sind in allen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft sowie bei den genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Funktionären zu haben. — An der Kasse selbst kostet der Eintritt 50 Pf. Es ist also zu empfehlen, sich vorher an obenbezeichneten Stellen mit Willeits zu versehen. — Am Mittwoch dieser Woche findet in der Ausstellung Konzert statt. Außerdem wird den Besuchern täglich eine Probe von der in der Seifenfabrik der G. G. G. hergestellten Seife gegeben, sowie auch Tee-, Kakao- und Kaffeeproben.

Verloren bei einer Partie nach Erkner und Umgegend ging eine Brieftasche mit Wahlvereinsbuch (4. Kreis) und Verbandsbuch (Zentralverband der Steinarbeiter), beide auf den Namen Felix Sobinski ausgestellt. — Der Finder wird gebeten, die Bücher im Bureau der Steinarbeiter, Engelsufer 15 I, Zimmer 7a, abzugeben. Die Ortsverwaltung.

Verloren. Am Sonntag, den 23. Juni, ist in der „Neuen Welt“ bei der Eröffnungsfeste des Verbandstages der Holzarbeiter ein schwarzer spanischer Schal verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben im Gewerkschaftshaus, Saal 5, abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Ein Straßenbahnunfall, bei dem zwei Personen verletzt wurden, ereignete sich am Montagabend gegen 10 Uhr in der Berliner Straße. Dort scheute vor der Technischen Hochschule das Pferd eines Wagens des Bierhändlers Harpff aus der Friktsstr. 45 und rannte unmittelbar vor einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie N auf das Gleis. Bei dem Zusammenstoß wurden der Mitfahrer Herbert Wessel, Englische Straße 31 wohnhaft, und die 11jährige Tochter Frieda des Besitzers auf die Straße geschleudert. B. trug Hautabwühlungen an den Beinen, das Mädchen eine Quetschung an der Stirn davon. Das Pferd des Geschäftswagens kam bei dem Anprall zu Fall und brach die Vorderbeine. Durch den Unfall wurde eine Störung von zehn Minuten Dauer herbeigeführt.

### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Genosse Rosenbuhner gab den Antrag einiger Liberalen bekannt, der verlangte, daß die Hausruinen auf dem ehemaligen Wilmannschen Gelände endlich beseitigt werden möchten. — Oberbürgermeister Dominicus teilte mit, daß die Terrazengesellschaft sich bereit erklärt hat, dies umgehend zu tun. — Hierauf erstattete der Ausschuss zum Beobachtungsplan für das Südgelände seinen Bericht. Demnach sollen Verkehrsstraßen im Zuge der Innsbrucker-, Gothen-, Hedwig- und Peter-Bischer-Straße durchgeführt werden. Die Untergrundbahn verlegt ihre Trasse nach Steglitz und Mariendorf; am Wannseebahnhof wird ein Umsteigebahnhof errichtet. Der jetzige Bahnhof Friedenau wird nach der Saarstraße verlegt und an der Innsbrucker Straße wird eine neue Station der Wannseebahn gebaut. Auch der Rangierbahnhof soll wesentlich erweitert werden. Die Stadt stellt das erforderliche Gelände bereit. Die nördliche Spielwiese am Priesterweg wird vergrößert, während die Grünfläche am Matthäikirchhof verkleinert wird.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Errichtung eines Kleinwohnungsquartiers soll bis nach den Ferien zurückgestellt werden.

Jahow (Vib. Vergg.) befreit, daß die finanzielle Seite der Sache durch die Gegenüberlegung gelöst wäre. Unrichtig sei, daß im Südgelände ein feuerkräftiges Publikum sich ansiedeln würde. Die vom Magistrat aufgestellte Berechnung träge nicht zu. Die Einführung eines Ausschusses sei erforderlich, um die finanzielle Seite der Bebauung zu prüfen. — Genosse Bernstein meinte, daß damit die Bebauung hinfänglich werde. Multimillionäre gehörten zu den Ausnahmen und würden nicht überwiegend im Südgelände wohnen, so daß die verschiedensten Bevölkerungskreise sich dort niederlassen würden. Notwendig sei jedoch, daß endlich einmal die Konkurrenz unter den Gemeinden aufhöre. Dabei machten die Städte gewaltige Aufwendungen, die in gar keinem Einklang zu den Einnahmen zu bringen seien. Der Antrag Jahow sei abzulehnen, da die unsicheren Grundlagen nur zur Verleumdung des Grund und Bodens führten. — Bürgermeister Planckstein erklärte, die gewünschten Berechnungen seien aufgestellt worden. Es habe sich herausgestellt, daß sie zu keinem Ergebnis führten. Es könne nicht verlangt werden, jetzt schon anzugeben, wieviel nach 20 Jahren die Umsatz- und Wertzuwachssteuer einbringen würde. Die Stadtverwaltung als Ganzes sei kein wirtschaftlicher Betrieb, sondern nur einzelne Teile könnten wirtschaftlich betrieben werden. Die Bauordnung sei eine schwierige und mit der Umlegung allein sei es auch nicht getan. Herren, die nur in Terrains arbeiten, sehen die Vorteile ihrer Arbeiten in den Wäldern, das dürfe hier nicht maßgebend sein, sondern die gesundheitliche Seite wie Spielplätze, gesunde Wohnungen sei für eine Kommune ausschlaggebend. — Jabel (Vib. Prakt.): Die Bauordnung ändern zu wollen heißt die Stadt schädigen, dann würde eine große Verleumdung des Grund und Bodens eintreten und davon habe weder die Stadt noch ein Architekt das geringste Interesse. Es müsse verhindert werden, daß eine fünfgeschosige Bebauung eintritt. — Jahow (Vib. Vergg.): Im allgemeinen herrsche unter den bürgerlichen Parteien der Grundsatz, möglichst viel feuerkräftiges Publikum heranzuziehen und die Arbeiter fernzuhalten, daher werde der sozialdemokratische Antrag den Liberalen eine harte Nuß zu kneten geben. — Weise (Vib. Prakt.) meint, im Kaufmännisch-gelände seien gerade genug Arbeiter vorhanden. — Jabel meint, mit dem Antrag der Sozialdemokraten müsse gewartet werden; ob derselbe durchführbar sei, müsse die Berechnung ergeben. — Dann gelangte der Antrag Jahow, eine Berechnung darüber aufzustellen, welche Wirkung die Erschließung des Südgeländes nach dem vorliegenden Plan auf die Finanzen der Stadt ausüben werde, zur Abstimmung; er wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird:

Für den Fall, daß die Projekte der Kgl. Eisenbahndirektion Berlin an der Wannseebahn sowie am projektierten Vorkortbahnhof nach Berlin-Lichterfelde-Ost sich, wie von der Eisenbahnverwaltung mündlich angegeben, gestalten sollten, soll der Bebauungsplan nach der vorgelegten Variante geändert werden. Zwecks Erhaltung des nördlichen Teiles des Priesterweges wurde einer Variante zugestimmt, welche die nördliche Spielwiese bis zum Priesterweg annimmt. Durch diese Variante tritt eine Vergrößerung der Spielwiese ein. Der Mehraufwand am Grünfläche am Matthäikirchhof soll wieder eingebracht werden.

Der Antrag auf Einrichtung eines Kleinwohnungsquartiers wird, da vor den Ferien die Zeit zu kurz, bis nach den Ferien vertagt.

Für Asphaltierung der Straßen am Rathaus, am Stadtpark werden 80 000 M. bewilligt. Ferner wurde beschlossen, dem Neubau einer höheren Mädchenschule am Stadtpark nach einigen kleinen Änderungen zuzustimmen. — Die Erweiterung der Stadtgärtnerei wurde gutgeheißen und der Wunsch ausgesprochen, die Stadtteile, die weniger oder gar keine Schulanlagen aufweisen, mit solchen zu versehen. Dies wurde zugestimmt.

Infolge der beschleunigten Fertigstellung des Neubaus des Rathauses hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, daß Ausführungen, die für später vorgesehen, jetzt bereits erforderlich sind. Die Kosten betragen 85 000 M. und wurde demgemäß beschlossen. Der Bericht der Deputation zur Prüfung der Ventilationsanlage wurde zur Kenntnis genommen.

Nach der neuesten Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts hielt es der Magistrat für richtig, die Steuerordnung mit der Rechtsprechung in Einklang zu bringen und beantragt, dem anstehenden Paragraphen folgende Fassung zu geben:

Die als Gemeindegemeinschaft zu erhebenden Prozenzfälle des gemeinen Wertes sind für jedes Steuerjahr durch Gemeindegemeinschaft festzusetzen und in ordnungsgemäßer Weise bekanntzumachen. Die Grundsteuer für unbebaute Grundstücke wird dabei mit dem doppelten Satz, wie solcher nach den geltenden Vorschriften für bebauete Grundstücke festgesetzt ist, erhoben.

Engel (Vib. Prakt.) betont, der Magistrat ist juristisch derartig zusammengesetzt, daß das Oberverwaltungsgericht gar keinen Anlaß haben dürfte, um irgend eingreifen zu können. Die Schuld trifft einzig und allein nur den Magistrat. Es kann von einem Referenten nicht verlangt werden, innerhalb zweier Tage sich in die Materie einzuarbeiten. Der Magistrat sollte einen Ausschuss aus seinen Reihen bilden, der sämtliche Steuerordnungen auf ihre Richtigkeit prüft, damit derartige Schäden endlich vermieden werden. — Genosse Bernstein bemerkt, der Referent hat eine ziemlich schwere Anklage gegen den Magistrat erhoben. Bevor man gegen die eine Körperschaft vorgeht, soll man auch die Instanz des Oberverwaltungsgerichts prüfen. Gerichte sind nicht unfehlbar und die Richter auch Menschen. Es wird sehr häufig von den Richtern ein Geiß in die Gesetze hineingelegt, den die Gesetzesmacher gewiß nicht hinein haben wollen. Die Gemeinden sollten gegen eine solche Rechtsprechung ganz energisch Front machen. — Oberbürgermeister Dominicus ersucht, bei Beurteilung der Entscheidung nicht zu hart zu urteilen und das übliche Maß nicht zu überschreiten. Die Ausführungen des Stadtv. Engel seien übertrieben. In der Materie liege eben die Unsicherheit, und es wäre zu prüfen, ob das Oberverwaltungsgericht als zuständige Instanz beizubehalten wäre. — Lion (Unopf.) weist den Vorwurf zurück, daß der Haus- und Grundbesitzverein die Klage erhoben und die Stadt um über 100 000 M. geschädigt hätte. Personen, die dem Verein nicht angehören, können tun, was ihnen beliebt. — Die Steuerordnung wird in der neuen Fassung angenommen.

Mit dem Genossen Bernstein ist es das vierte Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, das von der Regierung als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung nicht bestätigt wurde. Nunmehr wurde dieser Sitz der Liberalen Fraktion überlassen mit dem Hinweis, daß die Sozialdemokratie ihren Anspruch auf die Mitgliedschaft deshalb nicht aufgibt, sondern stets wiederholen wird. In die Wahlfahrtsdeputation wurde Genosse Dr. Koeder als Bürgerdeputierter hineingewählt. Hierauf folgt geheime Sitzung.

### Friedenau.

Gegen die von der Gemeindevertretung beschlossene Ausdehnung der Sonntagstraße protestierte am Sonntagvormittag in einem Vereinszimmer des Restaurants „Kaisereiche“ der Verein für Handel und Gewerbe. An den Vorwürfern der Vorlage wurde natürlich kein ganzes Haar gelassen. Ganz besonders schlecht erging es dem Gemeindevorordneten Berger, der als Gewerbetreibender für die Vorlage eingetreten war. Ihm wurden gleich zwei Mißtrauensvoten erteilt, weil er vernünftigerweise für das eingetreten war, was andere Gemeinden, die auf sozialpolitischem Gebiete nicht ganz so reaktionär wie die Friedenauer Gemeindevorsetzer sind, schon lange eingeführt haben. Betonen wollen wir, daß die Hauptmacher der Komödie zu den Geschäftsleuten gehörten, die zum sehr großen Teil auf Arbeiterkundschaft angewiesen sind.

### Lichtenrade.

Der Termin der durch die Ungültigkeitserklärung notwendigen Neubewahlen ist auf Sonnabend, den 29. Juni, nachmittags 4—8 Uhr, im Restaurant Stieker, Dorfstraße, anberaumt. An die Genossen ergeht die dringende Mahnung, die kurze Zeit bis zur Wahl zur Agitation für unsere Kandidaten Lier und Kowig! auszunutzen. Vorher, am Donnerstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, findet noch eine öffentliche Versammlung der Gemeindevorsetzer im „Wirtshaus Lichtenrade“ am Bahnhof statt. Die Genossen wollen für guten Besuch dieser Versammlung sorgen.

### Spandau.

Zur Spionageaffäre. 500 M. Belohnung setzt das Kommandanturgericht in Spandau für diejenigen Personen aus, die den Eigentümer des Taschenmessers nachweisen, das nach dem Einbruch und Diebstahl von Zeichnungen im Artilleriedepot am Tatorat vorgefunden worden ist und zweifellos einem der Diebe gehört. Daß die Zeichnungen zu Spionagemitteln geflochten worden sind, unterliegt keinem Zweifel, doch fehlt von den Tätern noch jede Spur. Das Messer hat Perlmutterhaken, eine größere und eine kleinere Schneide, eine Nagelklinge und eine Säge.

### Pankow-Niederschönhausen.

Der Jugendsang wird, wie überall, so auch hier mit Hochdruck betrieben. Während Niederschönhausen neuerdings mit einem Pfadfinderbund beglückt worden ist, der mit dem örtlichen Kriegerverein in enger Verbindung steht, besitzt Pankow ein aus Gemeindegeldern errichtetes in Schulräumen untergebracht Jugendheim. Das Heim wird zum Teil von den Mitgliedern des an der Fortbildungsschule bestehenden Turnvereins benutzt, dessen Leiter mit einem Lehrer zugleich auch das Jugendheim leitet. Diejenigen Vereine, die im Verein stehen, nicht von oben protegiert zu sein, werden von der Polizei eifrig bewacht. In ihrem Eifer, Erfolge zu buchen, ist der Niederschönhauser Polizei jetzt folgender Reinsfall passiert. Der Vater eines jungen Menschen erhielt kürzlich von dem Bürgermeister Abraham ein Schreiben folgenden Inhalts:

Nach unseren Ermittlungen sind Sie Vorsitzender der „Freien Jugendorganisation Pankow-Niederschönhausen, Sig. Berlin“.

Da der Verein durch Reichsgerichtsurteil vom 10. 10. 11 (S. d. Verf.) nach § 17 des Reichsbereinsgesetzes für politisch erklärt wurde, fordern wir Sie auf, binnen 3 Tagen Statuten und Vorstandsliste einzureichen.

Da der Adressat bereits das 50. Lebensjahr überschritten hat, mußte er dem Herrn Gemeindevorsteher mitteilen, daß er mit der Jugendbewegung nichts mehr zu tun hat.

Die von den Bürgerlichen und der Regierung protegierte Jugendpflege wird allerdings von den alten Herren Papas geleitet; letzteres trifft auf die Arbeiterjugend nicht zu. Das hätte auch der Gemeindevorsteher von Niederschönhausen als Chef der dortigen Polizei wissen müssen.

### Notwahr.

Wohlt Polizei vor Gemeinderat? Vor einiger Zeit batte der Gardeverein an die Gemeinde das Erindien gestellt, ihm den Friedriehsplatz, auf dem auch das Kriegerdenkmal steht, zur Abhaltung eines Fahnenweihfestes zu überlassen. Die Gemeindevertretung lehnte in ihrer Sitzung vom 5. Juni das Gesuch mit der Begründung ab, daß eine Genehmigung insoweit zu unliebsamen Konsequenzen führen müßte, als dann vielleicht auch andere Vereine bei passender Gelegenheit dasselbe Recht beanspruchen würden.

Eine solche Benutzung aber würde nicht nur der Zweckbestimmung des Platzes widersprechen, sondern es sei auch zu befürchten, daß die auf Kosten der Allgemeinheit geschaffenen und unterhaltenen Schmuckanlagen bei dem zu erwartenden Menschenandrang erheblich beschädigt werden könnten. Dieser Beschluß löste nun bei den Gardemännern die größte Entrüstung aus, und sie beschloßen, beschwerdeführend bis zur höchsten Instanz zu gehen. Ihre Beschwerde war, wie vorausgesehen werden konnte, von Erfolg gekrönt. In der am 12. Juni abgehaltenen Sitzung, die sich nochmals mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, teilte der an Stelle des in Ferien gegangenen Bürgermeisters und Amtsvorstehers die Polizeigewalt ausübende Schöffe Steiner den erlauchten Gemeindevorsetzern mit, daß eine Beschlußfassung ihrerseits unnötig sei; der Landrat habe ihm gelegentlich einer Aussprache in dieser Angelegenheit dringend nahegelegt, dem Gesuch des Gardevereins stattzugeben, da nicht die Gemeindevertretung, sondern die Polizeibehörde die Genehmigung zu erteilen habe. — Inzwischen hat nun die Fahnenweih auf dem genannten Platz stattgefunden. Damit dürfte jedoch die Angelegenheit noch nicht ihre endgültige Erledigung gefunden haben; wird doch mit Recht die Frage aufgeworfen, ob sich die Gemeinde das Verfügungsrecht über ihr gehörige Anlagen so ohne weiteres nehmen darf, noch dazu, wo sie gezwungen ist, die durch die Abwehrungsmaßnahmen bedingten Kosten zu tragen. Die nächste Gemeindevertreterversammlung wird sich jedenfalls mit der Angelegenheit nochmals zu befassen haben.

## Aus aller Welt.

### Götterdämmerung im Mansfeldschen.

Woll die ehrbaren Jungfern und Junggesellen Mansfelds nicht immer „ihre heiligsten Götter“ gewahrt haben sollen und der Liebesgott Amor aus Sucht nach Reinheit häufig das kirchliche Personenstandsregister in Unordnung gebracht hat, haben mehrere Gemeindefürsprecher, so auch der in Herbst abt. beschloßen: Die Ehrenprädikate „Jungfrau und Junggeselle“ kommen künftig bei Aufgebot und Trauung in Wegfall. Der Beschluß wurde sogar auf Antrag der Geistlichen gefaßt, die darüber klagen, daß „gute Sitten“ im Schwinden begriffen sind und die Ehrenprädikate Jungfrau und Junggeselle von vielen Paaren zu Unrecht in Anspruch genommen worden sind. Das Geburtsregister habe in jedem Jahre bei einer Anzahl von Fällen nachgewiesen, daß Geistliche bei amtlicher Verlobung veranlaßt worden sind, die Unwahrheit auszusprechen. Die Folge der falschen Angaben war, daß die „Ehrenprädikate“ im Trauregister gestrichen wurden und die Geburt des ersten Kindes mit Datum daneben vermerkt wurde. An der „Sitte“ bezüglich Trauung mit Kranz und Schleier soll auch ferner festgehalten werden. Die Ehrenprädikate fallen stillschweigend fort. Auf ausdrücklichen Wunsch der Brautpaare werden aber die Ehrenprädikate dennoch verliehen. Dies soll aber dann „auf eigene Rechnung und Gefahr“ geschehen.

Was wird unser lieber Arentz zu dem „Sodom und Gomorra“ in seinem Kreise sagen. Mühte nicht er, der mindestens mit solcher Reinheit aus der Wahlfahnenbühne als Abgeordneter hervorgegangen ist, wie manche Jungfrau aus der kirchlichen Trauung, aus ehler Reinheit sofort das Mandat niederlegen? — Immerhin ist der Beschluß des Kirchenrates anzuerkennen. Er versucht die Heuchelei der „Gläubigen“ im Kreise etwas einzuschränken. — Es dünnet etwas.

### Eine Mördergrube aufgedeckt.

Bei Aufschachtungsarbeiten im Wohnhause des Weichenstellers August Möhle in Weende i. Hamm hat man einen graulichen Fund gemacht. Das Grabschild, an der Ecke der Chaussee und der Straße nach dem Klostergut gelegen, hatte nur einen sehr kleinen Keller, den der Besitzer erweitern lassen wollte. Zu diesem Zwecke wurde der Fußboden des Wohnzimmers aufgerissen und nun fand man in einer Tiefe von nur 60 Zentimeter nicht weniger als sechs menschliche Skelette. Die Gerippe sind noch sehr gut erhalten. Da das Haus schon länger als 150 Jahre steht, erscheint es wohl ausgeschlossen, daß die Skelette von einer früheren Begräbnisstätte herühren, da sie dann wohl schon längst hätten vermodert sein müssen. Man entsinnet sich nun, daß vor recht langer Zeit in jenem Hause eine Ausspannwirtschaft für Fuhrleute, genannt „Zum Varen“, betrieben wurde, und man nimmt daher an, daß die sechs Gerippe von Personen herühren, die in der Wirtschaft ermordet worden sind. Ob sich diese Annahme bestätigt, bleibt noch abzuwarten. Der königlichen Staatsanwaltschaft in Göttingen ist bereits Anzeige erstattet; die Untersuchung ist eingeleitet.

### Das Massenunglück am Niagara.

Der Zusammenbruch des Dampferfestes bei Grand Island am Niagara hat nach neueren Meldungen noch mehr Opfer gefordert, als zuerst angenommen wurde. Bisher sind aus den Fluten 80 Leichen geborgen worden. 17 Frauen und Kinder werden noch vermisst; es ist außer Zweifel, daß sie durch die hochgehenden Wogen des Niagara stromabwärts getrieben worden sind.

### Kleine Notizen.

Vier Arbeiter ertrunken. Auf der Bremerhavener Reede ist ein mit sieben Arbeitern besetztes Ruderboot gekentert. Vier von ihnen sind ertrunken, während die übrigen drei von dem Fahrtdampfer „Oldenburg“ und einem Lotsenbooter gerettet werden konnten.

Absturz eines Berliner Touristen. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist bei einer Hochtour auf dem Habicht der Berliner Lithograph Paul Willi mehrere hundert Meter abgestürzt. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Arbeiterriß. Im Betriebe der Firma Ulrich u. Müller in Weichwasser wurde gestern früh der 47jährige Plagemeister Bösch durch austretende Dämpfe aus einem geplatzten Dampfrohr derart verbrüht, daß er im Laufe des Vormittags verstarb. Ein weiterer Arbeiter wurde schwer verletzt.

Wäfer Auszug einer Spazierfahrt. Infolge Durchgehens eines Pferdes ist auf einer Spazierfahrt Frau Dr. Weichenstein aus Petersburg, die sich in einem Plantenburger Sanatorium befand, vom Wagen geschleudert und auf der Stelle getötet worden. Zwei andere russische Damen, die sich in ihrer Begleitung befanden, wurden ebenfalls schwer verletzt. Der Kutcher brach einen Fuß und mußte in das Rudolstädter Krankenhaus gebracht werden.

Die Autorserei. Bei einem Automobilrennen in Dieppe überschlug sich das Automobil des Fahrtnehmers Colinet. Der Chauffeur des Wagens wurde getötet, Colinet schwer verletzt.

Krieg in Frieden. In der Artillerieschule in Calais wurde beim Laden eines Geschüßes das Verschlußstück nicht vollständig festgemacht. Infolgedessen ging der Schuß hinten heraus und verletzte drei Artilleristen und einen Unterleutnant schwer.



**-Kinder- nahrung**  
**-Kranken- kost.**  
Harvomagend bewährte Nahrung.  
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.